

LEIPZIGS NEUE

Bei bester Gesundheit...

Ein Brief an unsere Leser sowie eine Frage **2**

Besuch beim Dissidenten

Eine Reisereportage aus Nishnij Nowgorod **4/5**

War das die Wende, die wir wollten?

Gespräche mit Zeitgenossen **18**

Der Krake und die Auster

Eine »Französin« im Leipziger Zoo (Foto: Boldt) **32**

Im Redaktionsarchiv gestöbert

Interessante und spannende Rückblicke auf acht Seiten



2,50 Euro/ABO 2 Euro

LINKE MONATSZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE

Die Redaktion:

*Kurt Schneider
Roman Stelzig
Helmut Ulrich
Michael Zock*

Autoren

*aus
Berlin
Bremen
Dresden
Hamburg
Köln
Leipzig
und
andernorts*

*Gestaltung
Jochen Fiedler*

*Büro- und
Verlagsservice
Ralf Fiebelkorn*

*Nordost-Druck
GmbH & Co KG
Neubrandenburg*

Titel: J. Fiedler

im Internet: www.leipzigs-neue.de

Mai 1993 bis November 2015 – Tausende Seiten, Beiträge, Fotos – meinungsstark und streitbar



An unsere Leser: **Bei bester Gesundheit ... trotz alledem!**

Diese erweiterte 32-Seiten-Ausgabe, in der Sie jetzt lesen, wird die letzte in der 23-jährigen Geschichte von »Leipzigs Neue« sein. »Eine Beerdigung bei bester Gesundheit«, zu diesem durchaus widersprüchlichen Bild griffen einige unserer Abonnenten, als sie davon erfuhren. Ja, es stimmt, diese Zeitung ist nicht »krank« und trotz alledem entschlossen sich der Herausgeberverein und die Redaktion mehrheitlich (zehn Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen) zu diesem Schritt.

»Meine Zeitung«, das dachten und denken viele unserer Leser in Sachsen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern, im Saarland, in Brandenburg, in Berlin, ja sogar in der Schweiz und in Brüssel. Die Auflage erklimm zwar keinen Höhenrausch, aber wir konnten mit ihr Redaktionsräume, Druckerei, Technik und Postvertrieb finanziell absichern. Das galt ebenso für wichtige, unabdingbare organisatorische Abläufe. Eine Zeitung muss einerseits zuverlässig ausgeliefert werden, benötigt andererseits ein Klima, das es ermöglicht, meinungsstark und streitbar zu schreiben und über die Welt und den Alltag nachzudenken, ohne dabei vordergründig und plakativ zu sein. Und außerdem noch Freude beim Tun zu empfinden.

Zwanzig Autoren, Sie können die Wohnorte auf der Titelseite nachlesen, haben das über die Jahre meistens gern und ohne Honorar getan. Jeder schreibt auf so einer Bais nur, wenn er das Umfeld,

also die anderen 23 Seiten samt Schreiber, akzeptiert. Einige sind verstorben. Nachwuchs und gute Autoren auf ehrenamtlicher Basis zu finden ist schwer. Die »hauptamtliche« LN-Redaktion war mit vier Mann unterschiedlichsten Alters (von 30 bis 85 Jahren) klein und – das sei mir an dieser Stelle gestattet – ein streitbares, ideenreiches Team. Das schließt den Fotografen Gerd Eiltzer und den Grafikdesigner Jochen Fiedler ein.

Trotz alledem ist nun Schluss? Gründe entwickelten und verstärkten sich seit Herbst vergangenen Jahres. Das nicht gerade berauschende Ergebnis der Landtagswahl für DIE LINKE in Sachsen führte zu personellen Veränderungen in der Fraktion und betraf auch Leipzig. Bescheidene Gehälter für zwei Zeitungsmacher brachen so seit Oktober 2014 weg und konnten oder wollten durch die »Neuen« im Landtag nicht mehr gezahlt werden. Der Leipziger Stadtverband unterstützte uns, wie seit Anbeginn zwar weiter, dieser Verlust war jedoch nicht zu kompensieren. So mussten zwei Kündigungen ausgesprochen werden. Tatsache ist: Eine so themenreiche, anspruchsvolle, kiosktaugliche(!) Zeitung ist auf Dauer nicht durch Ehrenamt und Zufälle zu bewerkstelligen. Es gab Versuche, mit Unterstützung des »Neues Deutschland«, die Lage wieder zu stabilisieren, da die Berliner Kollegen unsere Arbeit schätzen. Es ist müßig über Gründe zu fabulieren, warum dies nicht zu-

stande kam. Wie das im realen Leben so ist, alles hängt mit allem zusammen.

Seit knapp neun Jahren hatte ich die Freude als »Chef« diese Zeitung zu leiten. Wir waren, nein, sind eine engagierte, tolle Truppe. Ich denke in diesen Tagen mit besonderem Respekt an die Journalisten und Redakteure, die 1993 dieses mutige Projekt, von Dr. Maxi Wartelsteiner geleitet, aus der Taufe hoben. Ich weiß, dass einige Langjährige öfter mal in diesen Jahren ans Aufgeben dachten. Dazu kam es bisher nie.

Nun also doch eine »Beerdigung bei bester Gesundheit«. Ich verstehe das sogar als Anerkennung, denn die Alternative wäre: »Na, es wird Zeit, dass die aufhören!« Wie nun umgehen mit den Tausenden von Seiten? Sie sind abgelegt, unter anderem in der Nationalbibliothek in Leipzig. Werden sie vielleicht mal Wissenschaftler zu einer soliden Doktorarbeit anregen? Alle Ausgaben stehen im Redaktionsbüro, das der herausgebende Verein weiterhin anmietet. Wir beraten u.a. in den kommenden Wochen, wie wir die Jahrgänge im Internet zugänglich machen werden. Für diese letzte Ausgabe haben wir auch in unserem Archiv gestöbert und entdeckten Themen nach langer Zeit wieder. Es ist reizvoll, Beiträge von gestern bis heute zu lesen. Auf Papier!

Danke für Ihre Treue, für Zuspruch, für Kritik!
Michael Zock

War's das?

sDiese schwierige emotionale Frage stellt der herausgebende Verein hier in aller Öffentlichkeit. Nachdem Sie obigen Brief gelesen haben, bitten wir um gemeinsames, solidarisches Nachdenken: Kann dieses einmalige, langjährige Zeitungsprojekt »bei bester Gesundheit« doch die 30 erreichen? Ist von unseren Abonnenten und Freunden von Hamburg bis Dresden ein Teil in der Lage, einen regelmäßigen zwei- bis dreistelligen Betrag monatlich zu spenden, um ein Weitererscheinen zu ermöglichen?

Welche Ideen haben Sie als eventueller Förderer Ihrer Zeitung?

Bitte per Brief an:
Leipzigs Neue / Redaktion
Braustraße 15 / 04107 Leipzig
oder digital an:
redaktion@leipzigs-neue.de

Unter: **www.leipzigs-neue.de**
veröffentlichen wir Ihre Hinweise und Vorschläge.

Pfui! Ein politisch' Lied! Schimpft der Zecher in Auerbachs Keller und man wundert sich ob des Weitblicks, den Goethe schon mehr als 200 Jahre zuvor in seinem Faust erkennen ließ. Ja, es ist ein garstig' Lied, das uns jene singen, die sich auf der schmierigen Politbühne als Erstbesetzung gerieren. Wenn das Volk wirklich so ist, wie seine sogenannten Vertreter sich aufführen, dann, ja dann wäre es höchste Zeit, die Koffer zu packen. Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Wes Geistes Kind sind diese Hetzer, die da Hass und Zwietracht säend durch die Kulissen rasen und rollen? Die Seehofers, Söders, Bosbachs, Schäubles, de Maizières und wie sie alle heißen, die vom rechten Rand des nicht mehr Erträglichen täglich ihr Gift verspritzen, um der Lieb' zu gefallen. Der Lieb'? Im Klartext: den irren Tausenden, die derzeit der (noch) Zweitbesetzung Bachmann, Petry, Höcke in brauner Kulisse hinterherlaufen, galgenbewehrt das Prädikat »Volk« für sich reklamierend, fackelschwenkend im dumpfen Tritt. Nur die Feldherrenhalle fehlt, für diese muss die Semperoper erhalten. Deutschland, Deutschland über Einigkeit und Recht, von der Maas bis an die Memel und ...

Derweil die Sozial(?)demokraten sich mit den bayerischen Extremisten aus ihrer Koalition um Begriffe streiten, die aber alle eines gemeinsam haben: ihren eigentlichen Inhalt. Auffanglager, Asyl- und Transitzone, Registrierungs- und Einreisezentren, im wo auch immer hergenommenen Niemandsland oder mittendrin: im Grunde genommen alles dieselbe Soße, Begriffe, die kaum verschleiert dazu dienen, Flüchtlinge so schnell wie möglich abzuschieben. Zum Beispiel in so sichere Herkunftsländer wie das Kosovo oder Afghanistan. Wenn man schon keinen mauerartigen antiislamischen Schutzwall bauen kann, weil das angesichts der jüngsten Geschichte doch ein wenig komisch aussehen würde.

Tapfer erklärt die SPD-Generalsekretärin Fa-



Notizen aus der Hauptstadt der BRD

von Gerhard Schumacher

Ein garstig Lied!

himi gebetsmühlenartig im Fernsehen, was mit ihrer Partei alles nicht zu machen ist, während ihr Chef in der Kulisse die Kompromisse besiegelt, einer fauliger als der andere. Hier geht es schließlich um Macht und deren Erhaltung. Da kann die Souffleuse in ihrem Kasten soviel auf sozialdemokratische Textbuch verweisen wie sie will. Zur Not wird sie eben ausgetauscht.

Ich wünsche den Herren Seehofer, de Maizière oder Schäuble und Konsorten nicht, dass sie dereinst, weil sie um ihr Leben fürchten, an fremde Türen klopfen müssen und mit den gleichen Worten empfangen werden, die sie heute täglich in den Medien absondern. Alles schon einmal dagewesen! Der Schoß ist fruchtbar noch, wie sich gerade in diesen Tagen zeigt.

Und dann kam der Terror in Paris, der vielen Menschen den Tod brachte, ihren Angehörigen unsäglichen Kummer und kaum erträgliches Leid. Ich muss es leider so ausdrücken: ein gefundenes Fressen für alle Scharfmacher und Fremdenhasser. Nachdem Krokodilstränen geflossen sind, werden in den Medien die Rufe nach restriktiven Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik lauter werden, die Zeit der brandstiftenden Biedermänner hat wieder einmal Hochkonjunktur. Den Auftakt liefert schon mal der ehemalige Spiegel-Redakteur

und jetzige Welt-Kolumnist Matthias Matussek, der bei Facebook postete:

»Ich schätze mal, der Terror von Paris wird auch unsere Debatten über offene Grenzen und eine Viertelmillion unregistrierter junger islamischer Männer im Lande in eine ganz neue frische Richtung bewegen.«

Und damit auch alle wissen, wie ernst er es meint, setzte er noch ein Smiley dazu.

Da lugt der deutsche Neonazi unter seiner Kapuze vor und haucht ergriffen: »Merci«.

Noch ein Wort in eigener Sache.

Mit dieser Kolumne verabschiede ich mich von den Lesern dieser Zeitung. Nicht aus freiem Willen, sondern aus dem Zwang der Notwendigkeit heraus. Es fällt mir, ich gestehe es freimütig, nicht leicht, eine andere Lösung hätte ich vorgezogen. Aber was nicht ist, ist nicht. Ich möchte mich bei allen denjenigen bedanken, die mir über die Jahre hinweg lesend ihre Treue gehalten haben, auch wenn ich vielleicht nicht immer ihre Meinung getroffen habe.

Zum Schluss, aber nicht am Ende, möchte ich Ihnen allen ins Gedächtnis rufen: »Der Kampf geht weiter!«

In diesem Sinne: Macht's gut, Nachbarn!

Anzeige

Mach's gut, LEIPZIGS NEUE

Wir werden dich vermissen ...

Nicht vermissen sollen die Leserinnen und Leser der »NEUEN« engagierten Journalismus.

Sechs Tage die Woche im Briefkasten,
rund um die Uhr im Internet

und mehrmals im Jahr live in Leipzig im »interim«
Demmeringstr. 32 • 04177 Leipzig

Wir sehen uns ...



neues deutschland **nd**
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Zwischenflur im Museum – Vergessen und Erinnerung

Foto: Marohn

Als Andrej Dmitrijewitsch Sacharow hier eintraf, war Nishnij Nowgorod als Gorki bekannt. Den Künstlernamen des hier geborenen Schriftstellers Maxim Peschkow hat die Stadt gut ein halbes Jahrhundert getragen; und mit dem Ende der UdSSR nahm sie wieder ihren überlieferten an.

Die Gründung liegt über 750 Jahre zurück. Der zentrale Platz vor der Stadtfestung heißt nach Kosma Minin, im 17. Jahrhundert Heerführer bei der siegreichen Abwehr westlicher Invasoren. Neben den von den Altvordern übernommenen Benennungen gibt es Plätze und Straßen der Revolution, der Kommunisten, der Komintern oder solche, die an sowjetische Helden wie Kirow, Swerdlow oder Gagarin erinnern. U-Bahn-Stationen werden unbeirrt als Proletarskaja oder Leninskaja ausgerufen. Auf Standbildern erhebt außer Minin noch öfter Lenin grüßend die Hand. Bürger einstiger Sowjetrepubliken kommen hierher, um Arbeit zu finden, wie ich im Gespräch mit jungen Usbeken erfahre.

Mein erster Eindruck von der

fünftgrößten Stadt Russlands: Nishnij Nowgorod ist laut, jung, geschäftig, schnell – eine europäische Großstadt im einundzwanzigsten Jahrhundert, die vor Geschäftigkeit explodiert. Die Börse hat sich am Wolga-Ufer niedergelassen. Plakate in der Metro bieten Suchthilfe genauso an wie ungeprüft Kredite über 16 000 Rubel (knapp 400 Euro). Neue Hotels gehören nicht nur zu Ketten wie Hilton oder Ibis, sondern schmücken sich mit Namen wie RUSSISCHES KAPITAL. Alles, was der Westler zu brauchen meint, kann er hier jederzeit aufsuchen: Schönheitssalons, Tattoo-Studios, Stripbars, Sexshops, Karaoke. Überall, an jedem zweiten Lichtmast oder an Fabrikmauern, prangt das Angebot mit Telefonnummer: ----- A ----- (Hier gibt's Viagra). In der Prachtstraße »Große Pokrowskaja« sind Sushilokale und Küchenspezialitäten aus aller Welt zu finden, mittendrin eine einzige Stolowaja, wo man Pelmeni oder Borstsch essen kann. Das modernste Kaufhaus, am Moskauer Bahnhof, bezeichnet sich als REPUBLIK. Mein bleiben-

der Eindruck von Nishnij Nowgorod: Grünanlagen an allen Ecken. Autos und Busse in jedem Stadium des Verrostens. Es gibt weniger Bettler als in meiner Wohnstadt Leipzig. Im Alltag sind Frauen eleganter gekleidet, nicht wenige laufen leichtfüßig auf Pfennigabsätzen. Die Hälfte der Jungen wird mit einem Kopfhörer im Ohr geboren. Auch von den Älteren verfügt jeder über mindestens ein Handy, und alle sind anscheinend nur auf einen Klingelton einzustellen, auf den lautesten. Rücksicht beim Ein- und Aussteigen in Bus oder Metro bleibt nebensächlich. Die Menschen hier begegnen sich.

*

Ein einziges Mal erlebe ich in Nishnij Nowgorod etwas wie einen Stau, ein ruckartiges Fahren und Halten im stickigen Bus zur Mittagszeit. Spontan steige ich am lang gezogenen Gagarin-Prospekt aus. Die Haltestelle ist nach dem »Akademiestraße Sacharow« benannt, ich nehme also an, das ihm gewidmete Museum müsste leicht zu finden sein. Einen Weg-

weiser scheint keiner zu vermissen, eine Djewuschka und dann ein älteres Paar zucken mit den Achseln.

*

Ein Neubaviertel von einst: Ich bewege mich zwischen Zwölfgeschossern und Kiosken für frischgebackenes Brot, McDonald's und drei Apotheken im engeren Blickfeld. Endlich entdecke ich, in fünf Metern Höhe, eine schmale Tafel an einem der Plattenbauten, die mir zuerst entgangen ist: Hier wohnte von 1980 bis 1986 Andrej Sacharow.

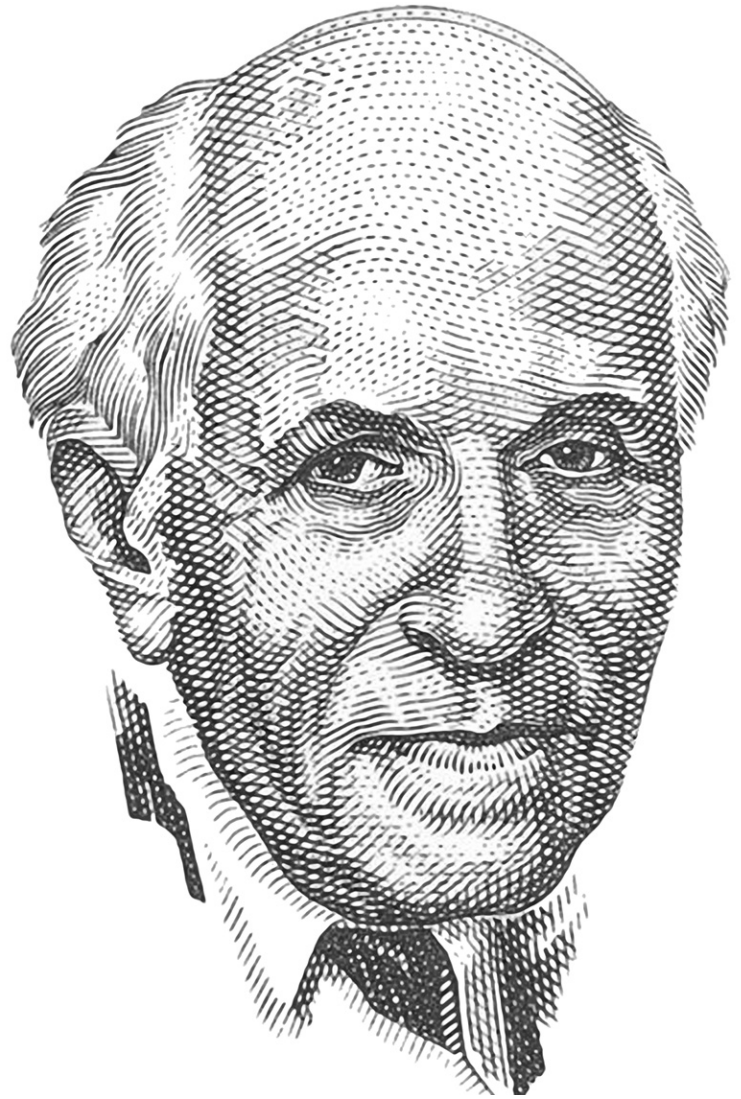
Und weiter? Ich umrunde das Haus. Der Eingang befindet auf der straßenabgewandten Seite. Ein handschriftlicher Hinweis: Zum Sacharow-Museum bitte bei Wohnung Nr. 3 klingeln. Auf ein kurzes »Ja?« aus der Sprechanlage erkläre ich, das Museum besichtigen zu wollen. Es schnarrt, ich stoße die Tür auf und gelange in ein dunkles Treppenhaus.

Meine Suche wird verkürzt, im ersten Stock öffnet sich eine Tür, eine Frau mittleren Alters begrüßt mich. Ich bin der einzige Besucher.

Besuch beim »Dissidenten«

Eine Reisereportage von Norbert Marohn

Ich bin Besucher in einem Museum, das viele Einheimische nicht beachten, weil sie nicht an den Mann erinnert werden wollen – ein Mann mit Verdiensten, unbestreitbar, doch in seiner zweiten Lebenshälfte als »Nestbeschmutzer« oder gar Verräter angesehen.



Dieses Abbildung Sacharows (1921-1989) erschien auf einer Briefmarke.

In der Wohnung, in der Sacharow und seine zweite Frau Jelena Bonner während ihrer siebenjährigen Verbannung lebten, ist seit 1991 eine Ausstellung eingerichtet, in zwei zusätzlichen Zimmern sind Dokumente ausgestellt.

Die Museumsführerin fasst für mich eine Biografie zusammen: Nach dem Physikstudium, im Zweiten Weltkrieg hatte ein Rüstungsbetrieb Sacharow verpflichtet. Nach der Habilitation, ab 1948 arbeitete er am Kernwaffenprogramm mit und wurde Spiritus Rector der sowjetischen Wasserstoffbombe. Eine erste, 1953 erprobte, übertraf die Sprengkraft der auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Bomben um das Zwanzigfache.

Die dritte und letzte, 1961 auf der Insel Nowaja Semlja gezündete, deren Lichtblitz man tausend Kilometer weit sah, deutete auf eine zwischenzeitlich erreichte nukleare Überlegenheit der Sowjetunion hin. Zu der Zeit wurden weltweit Proteste lauter gegen das Streben, den Feind – und damit die Erde nicht nur tausendfach, son-

dern millionenfach zu vernichten. Dass die Tests der Atommächte immer mehr Menschenleben kosteten, ließ sich nicht mehr verschweigen. Immer mehr Wissenschaftler, nun auch Sacharow, unterstützten den wachsenden Widerstand. 1963 vereinbarten die UdSSR, die USA und Großbritannien ein Verbot solcher Versuche unter Wasser, in der Erdatmosphäre und im Weltraum.

1968 – im Jahr des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und des Einmarsches sowjetischer Truppen in Prag – tritt Sacharow zum ersten Mal als Kritiker des Sozialismus hervor. Sein Aufsatz »Nachdenken über den Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit« erscheint sogar in Moskau und anschließend als »Memorandum« im Westen, in 18 Millionen Exemplaren. Im Jahr darauf schließt ihn die Moskauer Akademie der Wissenschaften aus. Gegenmaßnahmen verschärfen sich, je mehr er und das von ihm gegründete »KOMITEE ZUR DURCHSETZUNG DER MENSCHENRECHTE« mit Überlegungen zu einer

erneuerten Gesellschaft wahrgenommen werden.

*

Die Museumsführerin berichtet, während ich mich in Sacharows Räumen umsehe, von den Bedingungen seines Gorkier Exils: Tag und Nacht ein Posten im Flur der Wohnung, ständige Beobachtung aus dem Haus gegenüber, Abhören seiner Telefonate, Störung des Rundfunkempfangs. Besuchern ist der Zutritt verboten, aber Sacharow darf hinaus, etwa zum Einkaufen. Die subtile Knebelung besteht darin, ihm die Luft nicht völlig abzuschneiden. Mit der Zeit geht er dazu über, selbst zu kochen, Radio im Freien zu hören oder mit dem Auto in die Stadt zu fahren. Als letztes Mittel tritt er mehrmals in den Hungerstreik, vor allem, um die Behandlung seiner herzkranken Frau in den USA zu erzwingen.

Er schreibt seine Autobiografie, im tiefen Nachdenken über sein parteiregirtes Land, dessen Missstände ihn beunruhigen – er will mitwirken an notwendigen Umgestaltungen. Dafür greift die ausgrenzende Bezeichnung »Dissi-

dent« zu kurz: ein Westbegriff, auf Schlagzeilen-Verständlichkeit gestützt.

*

Am Ende des Jahres 1986 – fast am Ende der Sowjetunion, an das noch keiner denkt – ruft Gorbatschow persönlich an und lässt ihn nach Moskau zurückkehren. Als ich erwähne, dass nach neueren Umfragen Gorbatschow in Russland sehr unbeliebt ist, setzt meine Museumsführerin hinzu: Das betrifft Sacharow genauso.

Ich bin Besucher in einem Museum, das viele Einheimische nicht beachten, weil sie nicht an den Mann erinnert werden wollen – ein Mann mit Verdiensten, unbestreitbar, doch in seiner zweiten Lebenshälfte als »Nestbeschmutzer« oder gar Verräter angesehen. Nicht eingepasst in die Leitlinien der herrschenden Macht, war und bleibt er verbannt: Einer, den auch die Mehrheit lieber übergeht. Einer, der nicht mehr dazugehört – zum Selbstverständnis der Familie und/oder der Nation. Kein stubenreiner Angehöriger, ein verlorener Sohn, den Urteilen und Vorurteilen der Allgemeinheit ausgesetzt.

Gute Aussichten

Die vergangenen Bundestags- und Landtagswahlen brachten einige im Wortsinne offensichtliche Veränderungen für Leipzig mit sich. So drei Wahlkreisebüros, die sich ihrer Umgebung wirklich öffnen, mit Kultur und Niveau. Das vierte hat stattdessen nur Öffnungszeiten.

Welche Aussichten bringt uns da die Zukunft? Diverse Kämpen machen auf sich aufmerksam und scharren mit den Wahlkreis-Hufen. Im Norden der schwergewichtige Junior, im Süden eine ehemalige Abgeordnete. Ob das für den Bundestag reicht? Vielleicht soll es ja auch nur Sprungbrett in den Landtag sein. Denn auf diesem Feld tummeln sich noch ganz andere Heerscharen. Doch wie auch immer die Listen zustande kommen – eins ist Leipzig weiter zu wünschen: offene Büros der Leipziger Mandatsträger. Mit guten Aussichten,

meint – nun zum letzten Mal – Euer

Lipsius



Walter Ulbricht, Security und kommende Nachbarn

Zwei problemreiche Stunden in einer schönen Leipziger Aula

Als an einem Oktoberabend das Ziel vieler Leipziger die Aula der Sportmittelschule unweit des Stadions war, wusste vielleicht noch eine Handvoll, dass vor langer Zeit mal Walter Ulbricht die gleichen Treppen hochgestieft war, denn hier lernte er Lesen, Schreiben und Rechnen – und ich sehr schnell, dass Einwohnerversammlungen durch eine Vielzahl Security-Leute abgesichert werden. Ausweis musste ich zwar nicht vorzeigen, aber mir galt ein prüfender Blick der Breitschultrigen. Stehen Sozialbürgermeister Prof. Dr. Thomas Fabian und seine Mitarbeiterin unter Personenschutz? Ich dachte nicht lange nach, bemerkte beim Eintritt nur, dass ich mit Mühe noch einen Stuhl fand. Gut 300 Waldstraßenviertelbewohner saßen schon vor mir drin.

Ich hatte den Eindruck, dass die Stimmung der Saaltemperatur ent-

sprach: Unterrichtet wurde zunächst darüber, wie ein jahrzehntelanges Altenheim rasch zum Asylbewerberheim auf Jahre umstrukturiert werden muss, denn es fehlt an Quartieren. Die Leipziger Rentner, natürlich auch die Rentnerinnen, ziehen ab Dezember um, in einen teureren Neubau ganz in der Nähe.

»Wir sind nicht gekommen, um Reden zu hören ... wir haben Fragen!«, meldeten sich nach 35 Minuten Einführungsvortrag (!) Leute aus der ersten Reihe zu Wort. Damit kein falscher Eindruck entsteht, alles blieb an diesem Abend sachlich. Obwohl manche der 40 bis 50-Jährigen gereizt reagierten, als junge Leute bei Fragen, die ihnen nicht passten, lachten. Dann bekam eine Bewohnerin mit, dass einige der Jüngeren auf ihrem Handy von Reihe 1 in die Reihe 20 simsten: »Was denn hier für dumme Fragen gestellt werden!« Die Simser hatten

aber nicht den Mut, sich dem realen Leben zu stellen oder den Saal zu verlassen, wie es etliche forderten.

Zur Sache: Wer künftig im Altenheim wohnen wird, weiß das Rathaus noch nicht. Man vermutet, Menschen aus Afghanistan und dem Irak. Weitere Fragen kamen auch aus dem Ariowitschhaus, dem jüdischen Kulturmittelpunkt des Viertels: Werden sich die unterschiedlichen Religionen streiten?

Schließlich bemerkte eine Anwohnerin: »Wir sollten uns lieber in einem halben Jahr noch einmal in der Aula treffen. Dann wissen wir alle mehr und müssen uns nicht ausdenken, was denn eventuell sein könnte.« Thomas Fabian fand den Vorschlag gut. »Das nützt uns nichts«, bekam er zur Antwort, »bitte planen sie so einen Termin ein.« Der Professor aus dem Rathaus sagte zu.

•MIZO



Jahrzehnte Alten- und Pflegeheim, ab Dezember ziehen neue Bewohner ein.

Foto: Eiltzer

* /Notizen aus dem Stadtrat

● **Herausforderung Asylbewerber**
In seinem Bericht informierte Oberbürgermeister Burkhard Jung über die Herausforderungen der Stadt bei der Unterbringung und Integration von Asylbewerbern und über Gewaltandrohungen gegen sein persönliches Engagement. In einer anschließenden halbstündigen Debatte sprachen mehrere Stadtratsmitglieder zum Thema. Spürbar ließen mehrere Stadträte aus der Partei mit dem großen C Nächstenliebe vermissen.

● **Unterkünfte**
Der Stadtrat fasste Beschlüsse über die Einrichtung von Asylbewerberunterkünften in der Liliensteinstraße und im Deiwitzweg im Grünauer Wohnkomplex 8 und über den Bau

von Unterkünften auf der Alten Messe sowie in der Torgauer Straße.

In der Arno-Nitzsche-Straße wird ein Gebäudekomplex in Massivbauweise errichtet, der später als Internat genutzt werden kann. Kurzfristig werden das ehemalige Bürohochhaus am Brühl sowie die Halle 17 und ehemalige Pavillons auf der Alten Messe angemietet. Unter dem Vorbehalt, dass der Stadtrat über die Haushaltsmittel beschließen muss, hat das Bauvergabegremium bereits Aufträge zum Umbau von Objekten in der Liliensteinstraße und im Deiwitzweg erteilt.

● **Konzept für agra**
Ohne Gegenstimmen wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE angenommen, ein Konzept zur Ent-

wicklung des agra-Areals zu erarbeiten. Der Antrag bekennt sich zum langfristigen Erhalt der Wave-Gotik-Treffen in Leipzig und zur Durchführung weiterer Kulturveranstaltungen und Verkaufsmessen auf dem etablierten Standort.

Die Debatte führte zu Änderungsvorschlägen der Fraktionen Bündnis90/Grüne und der CDU sowie Stellungnahmen der Stadtverwaltung. Organisiert werden soll die Einbeziehung der Bevölkerung, der Akteure und der Stadt Markkleeberg. Dabei kann auf Erfahrungen bei der Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzeptes sowie der Entwicklung der Alten Messe zurückgegriffen werden

● **Aus für Linie 9**
Gegen die Stimmen der Linksfraktion und einzelner Stadträte wird die Straßenbahnlinie 9 ab Connewitzer Kreuz nach Markkleeberg West abgestellt.

Vergeblich bemühten sich Franziska Riekewald und Marco Götze, durch Anfrage und Änderungsvorschläge wenigstens einen Weiterbetrieb bis Markkleeberg-Mitte oder zum Wildpark zu erhalten. Aber spätestens bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes bis 2017 wird auch der Ausbau des Straßenbahnnetzes in einer wachsenden Stadt ein wichtiges Thema sein.

● **Wohnungskonzept beschlossen**
Der Stadtrat hat das Wohnungspolitische Konzept Leipzigs mit großer Mehrheit beschlossen. Es wurde unter breiter Akteurs- und Bevölkerungsbeeteiligung in den beiden zurückliegenden Jahren entwickelt.

Änderungsanträge einzelner Fraktionen legen u.a. fest, dass dem Konzept die Bevölkerungsprognose bis zum 3. Quartal 2016 zugrunde gelegt und die Einwohnerzahl kontinuierlich und kleinräumig beobachtet wird.



Helden marschieren nicht

Motiv: Eiltzer

Wer in den vergangenen Wochen in Straßen, Bussen und Bahnen verkehrte, dem wird es nicht entgangen sein: Die Bundeswehr feiert 60 Jahre ihres Bestehens, und ihre PR-Strategen haben sich für diesen Anlass eine Reihe hintersinniger Sprüche einfallen lassen: »Wir kämpfen auch dafür, dass Du gegen uns sein kannst.«, »Krisenherde löschst Du nicht mit Abwarten und Teetrinken.« oder »Bei uns geht es ums Weiterkommen, nicht nur ums Stillstehen.«, heißt es da auf Plakaten in der alten Manier des Militarismus, das Kriegshandwerk als attraktiven Lebensinhalt zu verklären, der von Tugend, Ehre und Heldentum geprägt sei. Frauen und Männer in Uniformen bebildern, neben Callcentern und Leiharbeitsfirmen, schon seit einiger Zeit Leipziger Plakate und werben für attraktive Arbeit in Zeiten der Krise.

Es haben viele – Schriftsteller, Humanisten und Menschen, die zwei Weltkriege erlebten – öfter und besser gesagt: Die Marschallsstäbe, die nach einem Ausspruch Napoleons jeder Soldat im Tornister trägt, entpuppten sich für die meisten Teilnehmer eines Kriegs als Krücken an Körper und Geist.

Die Wirklichkeit sieht anders aus als Hochglanzplakate versprechen, und Helden auch:

Schon im Treppenaufgang beißt ein Geruch aus Urin und Alkohol in der Nase als Bote dessen, was sie hinter der Tür erwartet, an der eine junge Notärztin die Klingel betätigt. Eine Frau mittlerer Jahre öffnet, klagt über Schmerzen und unkontrolliertes Wasserlassen, aus Körperöffnungen, die nicht dafür vorgesehen sind. Ekel und Angst überwindet die Gerufene an einem Ort, der in Müll und Exkrementen versinkt und keiner Wohnung mehr gleicht, und redet der Patientin zu: Sie muss die Ursache in Augenschein nehmen, (was kein Arzt bisher getan hat). Mit viel Geduld gelingt es ihr, die Grenze der Scham ihres Gegenüber zu überwinden, und diagnostiziert ein Todesurteil: Ein Karzinom des Unterleibes, das den Aufbau des Körpers lange zerstört hat. Es folgen Telefonate und Auseinandersetzungen – mit einem Chefarzt, der es lieber sehe, wenn sie Privatpatienten behandelt, mit einem Kranken-

haus, das kein Bett zur Verfügung stellt, mit einem Rettungsdienst, der ohne Ziel nicht fährt, und einer Patientin, die aus Angst ihre Wohnung nicht verlassen möchte. Nach einiger Zeit wird eine einsame, von Elend gezeichnete Frau sterben in einem Krankenhaus, unter ärztlicher Versorgung – aber wenigstens wie ein Mensch.

Auch als Teenager besitzt der Junge mehr Kraft und ist größer als seine Lehrerin, die in einer Förderschule arbeitet. Sie kennt und spürt die Gefahr, in der sie sich befindet, als sie mit ernstem Gesicht vor dem in Wut Tobendem und um sich Schlagenden steht und mit fester Stimme befiehlt: »Hör auf!« Minuten vergehen, in denen sie über ihr Verhalten nachdenkt, falls es schiefliegen sollte.

Doch der Rasende beruhigt sich, setzt sich auf seinen Platz, und der Unterricht geht weiter. Zukünftige

Philosophen und Ingenieure unterrichtet sie nicht. Das weiß die junge Frau, und der Zweifel am Sinn ihres Berufes, wenn die Polizei wieder einen Schwänzer zur Schule bringt, gehört zu ihrem Alltag. Lesen, Schreiben, Rechnen und Ethik richten wenig aus gegen ein Umfeld, das oft von Armut, Gewalt oder Drogen bestimmt wird. Aber wenn 50 Prozent ihrer Klasse regelmäßig zum Unterricht erscheint, dabei lernt, Konflikte nicht mit der Faust zu lösen, und später eine Lehre ergreift, dann hat sie einem meist unabwendbaren Schicksal wenigstens ein Schnippchen durch die halbe Rechnung geschlagen.

Dies sind zwei Beispiele für Geschichten, die mir erzählt wurden, von – hier mit Absicht gewählt – Frauen, die es in Leipzig wirklich gibt. Es sind Ausnahmesituationen und Alltäglichkeiten, und es sind Ereignisse, die die Zusammenhänge und Ursachen von Kriegen und Propaganda nicht behandeln. Kriege werden gemacht, aber sie funktionieren nur, wenn junge Menschen den Lügen ihrer Befehlshaber glauben. Denen sei damit gesagt, was unsere Leser lange wissen: Helden ziehen nicht in den Krieg!

• Roman Stelzig



Historische Prozesse aus der Sicht der Gegenwart zu betrachten, ist immer interessant und aufschlussreich. Das trifft insbesondere für die 83 Jahre dauernde Geschichte der UdSSR zu. Die auf dem Boden des sogenannten Marxismus-Leninismus stehenden Historiker – zu dem der Verfasser des Artikels auch gehörte – haben diese Geschichte als einen stetig aufsteigenden Prozess der Verwirklichung des freien Menschen interpretiert. So wie die Geschichte verlief, nur so konnte sie geschehen – die teleologische Geschichtsauffassung war dominant. Alternativen wurden nicht gesucht bzw. wurden a priori ausgeschlossen. Heute ist klar, dass es in der Geschichte der UdSSR und der KPdSU natürlich Momente gab, wo eine Entscheidung so oder so getroffen werden konnte – mit weitreichenden und unterschiedlichen Auswirkungen auf den geschichtlichen Prozess.

Als vor 90 Jahren der XIV. Parteitag der KPdSU(B) stattfand, war die Entwicklung Sowjetrussland sowohl in ökonomischer und sozialer Hinsicht als auch bei ihrer theoretischen Durchdringung an einer Wegmarke angekommen. Seit vier Jahren zeitigte die Neue Ökonomische Politik für einen kleineren Teil der Bevölkerung positive Ergebnisse. Großbauern (Kulaken), kleine und mittlere Unternehmer (NÖP-Kapitalisten), Teile der Angestellte und der Intelligenz führten ein gutes »bürgerliches« Leben. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung aber, für die Arbeiter und Bauern, für die, die die Lasten der Revolution und des Bürgerkrieges getragen hatten, waren die Veränderungen zum armseligen und elenden Leben der vorrevolutionären Zeit und zur Zeit des Kriegskommunismus nur marginal. Es musste eine Wende erzielt werden, eine Wende, die das weitere Voranschreiten der Revolution gewährleisten sollte.

Darüber hinaus war sich die Parteiführung auf der 14. Parteikonferenz (April 1925) klar geworden, dass es möglich sei, den Sozialismus auch beim Ausbleiben der sozialistischen Revolution in anderen (hochentwickelten) Ländern aufzubauen. A. I. Rykow, direkter Nachfolger Lenins als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, eröffnete am 18. Dezember 1925 den Parteitag: »In den vergangenen eineinhalb Jahren veränderte sich wesentlich die ganze wirtschaftliche Lage des Landes... Man kann sie als eine Periode der schnellen Wiederherstellung der gesamten Wirtschaft bestimmen... Wir treten in eine neue Epoche – die Epoche des Aufbaus...« Die Politik der NÖP schien nicht mehr den objektiven Anforderungen an die Richtung und die Geschwindigkeit

An einer Wegmarke angekommen

Vor 90 Jahren:
Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)
(18. bis 31. Dezember 1925)



Mitglieder der Führungsriege der KPdSU(B) posieren für ein Erinnerungsfoto auf dem XIV. Parteikonferenz im April. Von links nach rechts Michael Laschewitsch, Michail Frunse, Vlas Chubar, Alexei Rykow, Kliment Woroschilow, Josef Stalin, Nikolai Skrypnik, Alexei Bubnow, Sergo Ordschonikidse.

Foto: LN-Archiv

der ökonomischen Entwicklung des Landes zu entsprechen. Auf dem XIV. Parteitag fand eine teilweise offene Diskussion statt.

Neben dem Rechenschaftsbericht des ZK wurde ein Koreferat zugelassen, das G. K. Sinowjew (Parteisekretär von Leningrad) hielt. Im Rechenschaftsbericht betonte Stalin, dass durch harte Arbeit die UdSSR zu einem »wirtschaftlich selbständigen, unabhängigen, auf den inneren Markt basierenden Land (werden müsse), zu einem Land, das als ein Anziehungsfeld für alle anderen Länder dient, die nach und nach vom Kapitalismus abfallen und in die Bahnen der sozialistischen Wirtschaft einlenken werden.« Sinowjew machte auf drei grundlegende Schwierigkeiten aufmerksam, die den Aufbau des Sozialismus in Frage stellen könnten: Erstens – die Verzögerung der Weltrevolution; zweitens – die Rückständigkeit Russlands und das Übergewicht der Bauernschaft und drittens – das Nichtvorhandensein einer kollektiven Parteiführung nach

Lenins Tod. In der Diskussion – 45 Redner äußerten sich – fand nicht nur ein kontroverser Meinungsaustausch statt, sondern die zum Teil gegensätzlichen ideologischen Positionen prallten aufeinander. Die Mehrheit der Diskutanten, z. B. Rykow, Ordschonikidse, Kirow, Shdanow, unterstützte die Politik des industriellen Aufbaus, neun Delegierte sprachen sich dagegen aus. Sokolnikow (Volkskommissar für Finanzen) meinte, dass die UdSSR noch lange ein Agrarland sein werde. Deshalb sei es richtig, den Export zu entfalten, »der in den nächsten Jahren nur ein landwirtschaftlicher Export sein kann.« Trotzki favorisierte für die Sowjetunion den klassischen Weg der kapitalistischen Industrialisierung. Die Bauernschaft sei das Ausbeutungsobjekt für die industrielle Entwicklung. Kamenjew (Vorsitzender des Rates für Arbeit und Verteidigung) sprach von der »falsche Linie der Genossen Stalin und Bucharin« und drückte seine Überzeugung aus, dass Stalin »nicht die Rolle eines Vereiners des bolschewistischen Stabes

spielen kann...« Die Witwe Lenins, N. K. Krupskaja, wandte sich dagegen, den Parteitag als »letzte Instanz« anzuerkennen. »Man darf sich nicht damit beruhigen, dass die Mehrheit immer recht hat«, bemerkte sie völlig richtig.

In der Resolution des Parteitages – wesentlich von Stalin und Bucharin geschrieben – wurde die Orientierung auf die sozialistische Industrialisierung gegeben: »...dass die UdSSR sich aus einem Land, welches Maschinen und Ausrüstungen einführt, in ein Land verwandelt, welches Maschinen und Ausrüstungen produziert«. So werde sie »kein Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft bleiben, sondern eine selbständige ökonomische Einheit, die sozialistisch aufgebaut ist ...«

Heute, mit dem Wissen der 90jährigen Entwicklung nach dem XIV. Parteitag wird klar, dass es Mitte der 1920er Jahre sehr wohl alternative Möglichkeiten in der Sowjetunion gab. Es gab einen Weg der langsameren, konfliktärmeren und die Bevölkerung mehr schonenden Entwicklung, einen Weg, industrielle Kerne vorrangig in der Leichtindustrie anzusiedeln und erst später mit der Schwerindustrie fortzufahren. Diese Möglichkeit bestand. Die Konsequenz wäre eine langanhaltende wirtschaftliche und letztlich politische Abhängigkeit von den kapitalistischen Ländern gewesen. Die UdSSR hätte den Krieg 1941 bis 1945 nicht erfolgreich führen können – das sozialistische Experiment wäre bald zu Ende gewesen. Die Mittel und Wege zur Durchsetzung des Industrialisierungskurses – Stichwort GULAG, Stichwort Entkulakisierung – sind, wie der Kurs selbst – mit dem Namen Stalins verbunden. Bei der Festlegung der konkreten Maßnahmen ließ er keine Diskussionen mehr zu. Der Parteiführer entartete zum Verbrecher: Hunderttausende Kommunisten, Arbeiter, Bauern und Wissenschaftler wie millionenfach Russen, Ukrainer und Angehörige vieler anderer Nationen und Nationalitäten versklavte er, ließ sie elendlich dahinvegetieren und ließ sie ermorden.

Trotzdem bleibt aber eins: Die mit Nachdruck betriebene Durchsetzung der »sozialistischen« Industrialisierung eröffnete die Möglichkeit, einen europäischen oder weltweiten Sieg der Barbarei über die Zivilisation zu verhindern. Die Industrialisierung der UdSSR war eine entscheidende Grundlage für den Erfolg der Roten Armee im Großen Vaterländischen Krieg. Gemeinsam mit den Streitkräften der anderen Staaten der Anti-Hitler-Koalition wurde 1945 der Faschismus besiegt.

• Hartmut Kästner

Alle Jahre wieder erklingt in Leipzig zum Jahresende Beethovens »Neunte«. Und immer ist da zu lesen und zu hören, Arthur Nikisch habe 1918 diese Tradition des Gewandhauses begründet, obwohl im 1981 erschienenen Band »Die Gewandhauskonzerte zu Leipzig« dargestellt ist, dass dieses denkwürdige Konzert am 31. Dezember 1918 unter Leitung Arthur Nikischs als »Friedens- und Freiheitsfeier« des Leipziger Arbeiter-Bildungsinstituts in der Alberthalle stattfand.

Fortan gab es bis 1932 alljährlich Silvesterkonzerte für das Arbeiterbildungs-Institut mit dem Gewandhausorchester, in denen jeweils eine der anderen Sinfonien Beethovens erklang. Erst seit 1945 ist dieses Gipfelwerk der Musikkultur alljährlich zum Jahresklang bei freiem Kartenverkauf (mit inzwischen gepfefferten Preisen) in Sonderkonzerten zu hören.

Der Gedanke, am Ende des Jahres 1918 die »Neunte« aufzuführen, lag damals in der Luft. Am nachdrücklichsten hat sich der damalige Feuilletonredakteur der »Leipziger Volkszeitung«, Dr. Rudolf Franz, dafür eingesetzt. Nach dem Tod dieses inzwischen vergessenen Mannes im Oktober 1956 kam dessen Witwe in die Kulturredaktion der LVZ und fragte mich in bittendem Ton, ob es nicht möglich sei, im Zusammenhang mit der 1956er Aufführung der »Neunten« einige Worte über ihren Mann zu schreiben. Das geschah in meiner Rezension. Sie erzählte mir, dass Rudolf Franz im November 1918 in Verbindung mit dem Bildungsinstitut und dem Chordirigenten Barnet Licht zu Nikisch ging, um ihn für eine Aufführung der »Neunten« zu gewinnen. Der berühmte Dirigent habe sich von dieser Idee begeistert gezeigt und kraft seiner Autorität vom konservativen Gewandhaus-Direktorium die Zustimmung erwirkt.

Bis zum Erscheinen der Biografie »Dr. Rudolf Franz 1882-1956« von Gerhard Engel in der »Edition Bordonik« war dieser Mann vergessen oder wurde totgeschwiegen. Warum das so war, deutet schon der Untertitel des Buches an: »Zwischen allen Stühlen – ein Leben in der Arbeiterbewegung«.

Diese Biografie schildert nicht nur den bewegten, von großem Schaffensdrang erfüllten Lebensweg des Mannes, sondern gibt zugleich ein anschauliches Bild von der komplizierten, von Widersprüchen geprägten Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Rudolf Franz erblickte am 1. September 1882 in Köln als zweiter Sohn des nationalliberalen und kulturinteressierten Gymnasialdirektors mit gleichem Vornamen das Licht

Eine Tradition und ein Vergessener

Späte Würdigung des Kulturjournalisten Rudolf Franz



Der streitbare Publizist als Familienvater

Foto: Edition Bordonik

der Welt. Er studierte in Bonn, Berlin und Marburg Germanistik, Philosophie und Literatur, beherrschte mehrere Sprachen und promovierte zur Dramatik Henrik Ibsens. Zum Entsetzen der Familie trat er während des Studiums in die SPD ein und begann im Sinne der Arbeiterbewegung zu wirken.

Nach dem Studium lebte Rudolf Franz in Berlin. Er entschied sich für eine journalistische Laufbahn. Der Theaterkritiker Alfred Kerr war sein Vorbild. Seine weltanschauliche Entwicklung wurde von Franz Mehring, Hermann Duncker und Wilhelm Pieck geprägt. Franz entfaltete als Journalist und Publizist eine vielfältige Tätigkeit. Seine Artikel und Publikationen zeichneten sich durch hohes gedankliches und stilistisches Niveau aus. Zudem erwies sich der junge Mann

als geistreicher, scharfsinniger Satiriker. Die Leseproben der Biografie, die man sich noch umfangreicher gewünscht hätte, belegen das.

1908 erhielt Franz ein Angebot der »Bremer Bürger-Zeitung«. Dann holte ihn 1914 der »Vorwärts«, die zentrale Zeitung der SPD, als Feuilletonredakteur nach Berlin. Doch die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten enttäuschten den linken Sozialdemokraten. Die Einberufung zum Militär beendete diese Tätigkeit. Auf Grund seines Gesundheitszustandes erreichte Franz im Januar 1917 eine Freistellung vom Militärdienst. Als Linker wurde er aber von der Redaktion des »Vorwärts« entlassen. Seine politische Aktivität führte er in der neu gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) weiter.

Eine günstige Wendung nahm seine Laufbahn, als er im September

1918 durch die Anstellung als Feuilletonredakteur der Leipziger Volkszeitung. Er begrüßte die November-Revolution auch mit emphatischen Gedichten, zeigte sich bald von deren Fortgang besorgt und vom Ende enttäuscht. Als sich Franz für die Aufführung der neunten Sinfonie Beethovens als Friedens- und Freiheitsfeier einsetzte, hoffte er noch auf grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen.

Die Auseinandersetzungen in der USPD, die regional verschieden zur Rückkehr zur SPD oder zum Übertritt in die zur Jahreswende 1918/19 gegründete KPD führten, brachten für Franz große Schwierigkeiten. Er weigerte sich, die von der LVZ-Leitung geforderte antibolschewistische Erklärung zu unterschreiben und wurde entlassen.

Neue Arbeitsmöglichkeiten fand er in Leipzig bei Tageszeitung »Der rote Kurier« und nach deren Verbot in der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung«. Als Feuilleton- und Lokalredakteur vertrat er seine von hohem journalistischen und inhaltlichen Niveau bestimmten Ansprüche gegen die von der KPD-Führung geforderte Linie. Das führte 1926 zum Ausschluss aus der KPD.

Franz verstand sich nun als parteiloser Marxist, geriet aber in die Isolierung und bei unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen mit seiner fünfköpfigen Familie in finanzielle Schwierigkeiten. Dennoch nutzte er auch während der Naziherrschaft die ihm im kleinen Kreis verbleibenden Möglichkeiten, antifaschistisch zu wirken.

Nach dem Ende des Weltkrieges stellte er sich 1945 für den kulturellen Neuaufbau in Leipzig zur Verfügung. Doch erst am 15. September erhielt der nun wieder in die KPD Aufgenommene im Kulturrat der neuen Stadtverwaltung eine Anstellung als Sachbearbeiter für Musik und Theaterfragen, Museen sowie für Angelegenheiten künstlerischer und wissenschaftlicher Einzelpersonlichkeiten. Er bewältigte ein enormes Arbeitspensum. Höhepunkte bildeten die Wiedereröffnung der Museen und die Feierlichkeiten zum 200. Geburtstag Goethes mit der Festrede Hermann Dunckers.

Nach den Goethe-Feierlichkeiten gab es wieder Probleme und Franz wurde als inzwischen 67-Jähriger mit monatlich 200 Mark in die Rente geschickt. Erst 1954 erhielt er dank der Fürsprache Dunckers eine Ehrenrente von 500 Mark.

Vereinsamt und krank starb er am 25. Oktober 1956. Es gab für ihn keine Anzeige und keinen Nachruf. Umso verdienstvoller ist es, dass Gerhard Engel nun diese aufschlussreiche Biografie und die Problematik beschrieben hat.

• Werner Wolf

Neues Wendejahr 2015 – Sachsen am Scheideweg

Fluchtbewegung, Kohleindustrie -Transformation, 10 Jahre Hartz IV

25 Jahre nach der Wiedererrichtung Sachsens steht uns durch die Folgen der Fluchtbewegung die nächste Wende bevor. Diesem Credo von Linksfraktionschef Rico Gebhardt hat bisher interessanterweise niemand widersprochen. Nachdem das hiesige Territorium binnen eines Vierteljahrhunderts fast eine Millionen Menschen verloren hat, kommen nun erstmal Zehntausende hinzu. Kein Wunder, dass dies das Thema Nummer eins des Jahres ist. Das zweifelhafte Vorspiel bescherte uns die Gründung der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«, Pegida, die bereits im letzten Jahr in Dresden zu spazieren begannen. Im Januar traf sich Sachsens Innenminister Markus Ulbig mit Pegida-Spitzenpersonal. Ein Tabubruch, der pikanterweise bis heute mit der Geheimhaltung des seinerzeitigen Treffortes einhergeht.

Danach hat natürlich ein Abgeordneter der Linksfraktion längst offiziell gefragt – ohne eine Antwort zu bekommen. So wie sich die Staatsregierung auch beim Aufwand für Schutz und Begleitung eines niederländischen Hetzredners und Pegida-Stargasts nicht in die Karten gucken lassen wollte. So waren wieder mal Klagen von Fraktionsmitgliedern vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof wegen Verletzung der Auskunftspflichten fällig – wie schon in der Vergangenheit mit guten Erfolgsaussichten. Wie schon in den vergangenen Legislaturperioden ist die Linksfraktion auch seit der letzten Wahl die fleißigste unter den Fraktionen, was die Produktion von Anträgen, Gesetzentwürfen – und Kleinen Anfragen angeht. Über der Sinnhaftigkeit der letzteren



wird – manchmal zu Unrecht, manchmal zu Recht – gern gestritten. Dabei sollte nie vergessen werden, wie oft die abgetrotzten Antworten Gegenstand öffentlicher kritischer Auseinandersetzung mit der Regierung werden.

Nicht vergessen werden dürfen auch die Großen Anfragen, die im Unterschied zu den Kleinen Sache der ganzen Fraktion sind. Da ging es zum Beispiel um zehn Jahre Hartz IV, worauf die Staatsregierung streckenweise geradezu vorsätzlich spärlich antwortete. Bei ernsthafter Beschäftigung müsste sonst womöglich auch ihr dämmern, dass die durch die Hartz-IV-Gesetze ausgelösten

sozialen Abstiegsängste den rassistisch orientierten Pegida-Umtrieben – und den vielen Nachahmungsgruppen einschließlich Legida, das in Leipzig von einer entschlosseneren Stadtgesellschaft in die Schranken gewiesen wurde – zusätzlichen Auftrieb gegeben haben.

Der Verkauf von Vattenfall und die industriepolitischen Verwerfungen rund um die Energiewende – noch so eine Wende, die ein »Weiter so« verunmöglicht – ließen die größte Oppositionsfraktion nicht ruhen, liegt der Linksfraktion doch ein geordneter Strukturwandel in den Braunkohlerevierern am Herzen. Dem soll auch ein vorgeschlagener »Braunkohle-Strukturwandelförderfonds Sachsen« mit jährlich zehn Millionen Euro für den Anschlag von Forschungs- und Investitionsvorhaben dienen. Es geht um zielstrebige Transformation, damit 2040, also wiederum in 25 Jahren, die klimafreundliche Nachfolge-Ära beginnen kann.

So ist Sachsen am Scheideweg – zwischen bekanntem, aber überholtem Alten und noch unbekanntem und offenem Neuen. Der Linken als »politischer Sozialversicherung« (Rico Gebhardt) stehen aufregende Zeiten ins Haus. »Prekarierte aller Länder, macht gemeinsame Sache«, rief er als Landesvorsitzender auf dem Parteitag in Neukieritzsch aus. In seinem Integrationspapier hat er dafür als Fraktionsvorsitzender eine praktische landespolitische Übersetzung geschrieben. Der nächtliche Anschlag auf das Tagungsgebäude in Neukieritzsch zeigte einmal mehr, wie sehr Hass in Sachsen gewachsen ist. Er darf nicht das letzte Wort behalten! • **Marcel Braumann**

6. Oktober

Chemnitz: Das 20. Kinder- und Jugendfilmfestivals »Schlinge«l bietet bis 11. Oktober 150 Streifen aus 46 Ländern. Im Rahmen des Festivals wird der Ehrenschilder an den Erfinder der »Sendung mit der Maus«, Gert Muntefering, verliehen.

8. Oktober

Zittau: 75 neue Studenten, die aus 15 Nationen kommen, werden am Internationalen Hochschulinstitut immatrikuliert. Die Gesamtzahl der Studenten beträgt damit mehr als 300, von denen ein Drittel aus dem Ausland kommt.

9. Oktober

Leipzig: In der Schau »Geschichte als Sensation« zeigt das Leipziger Bildermuseum bis 17. Januar Werke der französischen Historienmaler Eugène Delacroix und Paul Delaroche. Viele der Bilder sind Leihgaben großer Museen; allein 30 Gemälde stammen aus dem Louvre.

10. Oktober

Bautzen: Eine ehemalige Telefonzelle dient als öffentlicher Bücherschrank, der nach dem klassischen Büchertauschprinzip funktioniert: Wer ein Buch herausnimmt stellt ein anderes hinein.

Dresden: Das Gericht der EU hat entschieden, dass deutsche Bäcker weiterhin »Schlesischen Streuselkuchen« herstellen dürfen. Der Verband des Bäckerhandwerks hatte

SACHSENCHRONIK von Helmut Ulrich

Klage gegen den von Polen angemeldeten Namensschutz eingereicht, um seine Mitglieder vor wettbewerbsrechtlichen Konsequenzen zu schützen.

11. Oktober

Leipzig: Der Studentenrat der Universität fordert den Rücktritt des Hochschulrats, da das Vorgehen des Gremiums bei der anstehenden Rektorenwahl dilettantisch sei und nicht den Anforderungen an ein ordentliches Wahlverfahren entspreche.

17. Oktober

Leipzig: Die Stadtwerke haben sich mit dem Bundeskartellamt auf eine Senkung der Fernwärmepreise um insgesamt acht Millionen Euro pro Jahr in den nächsten fünf Jahren geeinigt.

18. Oktober

Dresden: Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet das »Symposium Schach in der DDR«, an dem der Großmeister Wolfgang Uhlmann teilnimmt.

20. Oktober

Leipzig: Die 19. Folge des Festivals »Literarischer Herbst« startet unter

dem Titel »Leipzig Vivre«. Mehr als 100 Autoren und Sprecher, darunter der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Navid Kermani, sind dabei zu erleben.

23. Oktober

Moritzburg: Zum Fischerfest, dessen traditioneller Höhepunkt das Abfischen des Schlossteiches ist, werden rund 30 000 Besucher erwartet. Die Fischer rechnen mit einer Ernte von 25 Tonnen Fisch, vorwiegend Karpfen.

25. Oktober

Marienberg: Der Sächsische Landesverband der Bergmanns-, Hütten- und Knappenvereine, der sich der Pflege bergmännischer Traditionen verschrieben hat, feiert sein 25jähriges Bestehen. Dazu gibt es einen Bergmännischen Gottesdienst und einen Marsch durch die Stadt.

27. Oktober

Leipzig: Die Lene-Voigt-Gesellschaft, die das Erbe der Leipziger Mundartdichterin Lene Voigt erhalten will, feiert den 20. Geburtstag. Neben der Veröffentlichung ihrer Werke veranstaltet sie auch Rezitati-

onswettbewerbe wie »Die Kaffeekanne« oder »Das Kakaotöpfchen«.

28. Oktober

Wurzen: Mit dem Projekt »Die hängenden Obstgärten« hat die Stadt den Ersten Preis, der mit 30 000 Euro dotiert ist, im Landeswettbewerb »Ab durch die Mitte« errungen.

31. Oktober

Chemnitz: Einer der drei Preisträger des Carl-von-Carlowitz-Preises für Nachhaltigkeit ist Prinz Hassan von Jordanien. Er wird dafür geehrt, dass er das Thema Nachhaltigkeit zwischen Juden, Christen und Muslimen vermittelt.

1. November

Leipzig: Das Internationale Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm, bei dem mehr als 300 Produktionen aus 62 Ländern gezeigt wurden, wird mit einem neuen Rekord von 48 000 Besuchern beendet; das sind 4 000 mehr als im Vorjahr.

6. November

Pulsnitz: Der traditionelle Pfefferkuchenmarkt, der von Sachsens Verbraucherministerin eröffnet wird, findet in diesem Jahr zum 13. Mal statt. Acht Pfefferkuchler und die Lebkuchenfabrik, deren Kreationen die Kunden auch verkosten können, stellen sich den Besuchern vor; im Museum nebenan ist die Sonderausstellung »Historische Pfefferkuchenrezepte« zu genießen.

Bedenkliche Unwucht in der Gesellschaft

Jour fixe debattierte »Flüchtlingsbewegung und Fremdenfeindlichkeit«

Die Flüchtlingswellen aus Kriegs- und Unrechtsland branden unvermindert gegen die als friedlich und demokratisch geltende EU-Bastion. Ihre Hauptströme halten Kurs auf das gelobte, weil reiche Deutschland. Sie lösen hier Abwehrreaktionen bei vielen der unvorbereiteten und ungefragten Einheimischen aus. Diffuse »Überfremdungsängste« kochen hoch. Anlass genug, den Oktober-Jour-fixe am Leipziger Sitz der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf die Flüchtlingsproblematik zu fokussieren. Moderator Manfred Neuhaus führt über 30 Gesprächsteilnehmer in das Debattenthema ein: »Fremd im eigenen Land? Bricht die Resonanzachse zwischen etablierter Politik und Teilen der Bevölkerung?« Die Diskussionsgrundlage hat der Leipziger Publizist und Wirtschaftsjournalist Helge-Heinz Heinker übernommen.

Wie bei Jour fixe üblich, startet das Forum mit einer themenbezogenen

Lektüreempfehlung. Monika Runge, langjährige Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, macht die Runde auf das im August erschienene dickleibige Aufklärungswerk »Die Angst vor dem Fremden. Die Wurzeln der Xenophobie« neugierig. Der Wiener Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Erhard Oeser verfolgt darin die Geschichte der Xenophobie – Fremdenfeindlichkeit – von der Antike bis heute. Seine Erkenntnisse liefern Einsichten und Argumente für die aktuelle Debatte und helfen, Vorurteile und Ängste auszuräumen, zieht Monika Runge das Fazit ihrer Rezension.

*

Co-Moderator Klaus Kinner leitet von Oesers »Theorie« zu praktischen Erscheinungsformen der Xenophobie über, wie sie sich auch bei Pegida und ihrem Leipziger Ableger äußern. Heinker betrachtet Pegida aber ursächlich als eruptiven Protest gegenüber der »Arroganz der Macht und der Abgehobenheit des Politikbe-

triebs«, wie sie sich auch zur sächsischen Landtagswahl 2014 ohne jegliche inhaltliche Botschaft gerierte. Für den politischen Gegenwind fand sich mit der Islamisierung schnell ein populistisches Thema. Die Bewegung wuchs an, weil sich auch der Ausländerfeindlichkeit unverdächtige Leipziger den Legida-Forderungen nach mehr Verteilungsgerechtigkeit angesichts uneingelöster Versprechen der Politik anschlossen. Erst als sich Legida radikalisierte und sich als politisch äußerst rechte, demokratiefeindliche und xenophobe Bewegung entpuppte, wandten sich viele von ihnen wieder ab. Doch bleiben sie, so Heinker, auch weiterhin mit ihren sozialen Problemen von der offiziellen Politik alleingelassen, mithin manipulierbar. In einer »bedenklich stimmenden Unwucht in der Gesellschaft«, in fehlender ehrlicher Kommunikation der Politik mit den Bürgern, an deren Stelle selbstherrliche »ad hoc-Entscheidungen am laufenden Band« und argumentationsfreie Aktionslosungen (»Wir schaffen das«) getreten sind,

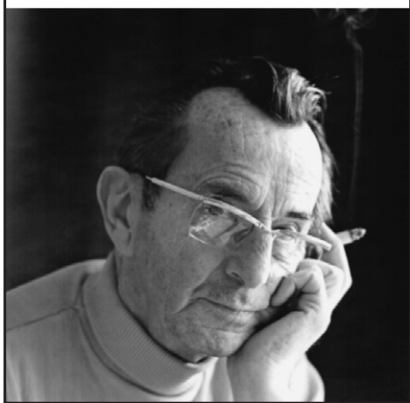
sieht Heinker Gefahren für die Zivilgesellschaft.

Die Diskussion reicht inhaltlich von sprachlicher Panikmache konservativer Politiker (Klaus Kinner) über die Verlogenheit vieler Medien (Bernd Jurahn, Michael Zock), die signifikant höhere Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland (Monika Runge), aber auch über die Nöte von Asylantenbetreuern vor Ort (Petra Lau) bis hin zum »Böckenförde-Diktum«, das das Dilemma freiheitlicher, säkularisierter Staaten beschreibt (Manfred Neuhaus). Die »Resonanzachse zwischen Politik und Bevölkerung« sei gebrochen (Volker Külöw). Mit »konservativen Methoden« könne die »Lücke zwischen politischer Kaste und den Massen« nicht geschlossen werden. Das sei, da »wir in der postnationalen Falle sitzen«, auch eine Chance. Sie zu nutzen heiße, der politischen Rechten nicht das »nationale Thema« zu überlassen, sondern das Nationale »in neuer Form« selbst zu thematisieren (Volker Caysa).

• Wulf Skaun

NEUERSCHEINUNG

Verfolgt – Bejubelt – Vergessen
Zum Leben und Werk von Bruno Apitz



Mit »Nackt unter Wölfen« erlangte der aus Leipzig stammende Schriftsteller Bruno Apitz weltweite Anerkennung. Nach 1990 geriet er fast in Vergessenheit. Der vorliegende Band entstand im Nachgang eines Symposiums zu Leben und Werk. Da sich neben dem 115. Geburtstag von Bruno Apitz im April dieses Jahres die Befreiung des KZ Buchenwald zum 70. Mal jährte und eine Neuverfilmung im Fernsehen zu sehen war, war es Ziel des Symposiums und des nun vorliegenden Tagungsbandes, Leben und Werk in einem differenzierten Licht zeigen sowie eine Diskussion anzuregen, ob dieser Autor

nicht doch einen Platz im gesellschaftlichen Erinnern verdient.

Stefanie Götz (Hsrg.): Zum Leben und Werk von Bruno Apitz, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2015, 115 S.

Aus dem Inhalt:

Marlis Apitz: Geleitwort

Lars Förster: Bruno Apitz im KZ Buchenwald

Denise Görlach: »Die Marmorstatue« – Ein Fundstück aus dem Archiv. Über die Entstehung und Edition eines Prosafragments von Bruno Apitz

Susanne Hantke: »...weil es mir darauf ankam, das Dschungelgesetz deutlich zu machen...«. Die Genese von Bruno Apitz' antifaschistischem Kultroman »Nackt unter Wölfen« 1955–1958

Bill Niven: Die Neuverfilmung »Nackt unter Wölfen« und zwei ältere Verfilmungen im Vergleich

Kostenbeitrag: 2 Euro, Mitglieder 1,50 Euro

PODIUMSDISKUSSION

Stimmungsmache, Hetze, Drohung

Wie Rechte soziale Medien nutzen, um die Gesellschaft zu verändern

Mit: **Simone Rafael** (Chefredakteurin Netz-gegen-Nazis.de der Amadeu Antonio Stiftung)

Martin Fuchs (Politikberater und Blogger)

Eric Hattke (Sprecher des Netzwerkes »Dresden für Alle«)

Gunter Neumann (Leiter Online/Social Media Redaktion, MDR Landesfunkhaus Sachsen)

Moderation: **Peter Stawowy** (Flurfunk Dresden)

● *Nicht erst seit PEGIDA ist klar, dass das Internet für die Verbreitung rassistischer und menschenverachtender Inhalte von Bedeutung ist. Mittlerweile finden sich nicht nur bei Facebook Kommentare, die Hetze, Drohungen oder Verschwörungstheorien beinhalten.*

● *Wir diskutieren:*

Welchen Einfluss hat die rechte Stimmungsmache im Netz auf die aktuelle politische Situation?

Inwieweit nutzen organisierte Rechte soziale Medien?

Welche Strategien verfolgen sie damit?

Wie groß ist der Einfluss über das Internet hinaus?

Oder überschätzen wir vielleicht die Auswirkungen völlig?

Was sind wirkungsvolle Gegenstrategien?

Siehe auch Seite 21 dieser LN-Ausgabe zur RLS!

Mittwoch, 2. Dezember, 19.00 Uhr
riesa efa, KulturForum Dresden, Dachsaal
Wachsbleichstraße 4a,
01067 Dresden



Foto: Archiv / Alexijewitsch

Das Ideal dieser Frau ist im Alltag »geerdet«

Literaturnobelpreis für die Weißrussin Swetlana Alexijewitsch

L iteraturinteressierten Leipzigern ist Swetlana Alexijewitsch schon länger keine Unbekannte mehr. 1998 wurde ihr der Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung verliehen. 2013 begegneten wir ihr als gerade ernannter Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels bei einer Lesung im gut besetzten Festsaal des Alten Rathauses. Vor kurzem hat ihr die Schwedische Akademie den Literaturnobelpreis zugesprochen – »für ihr vielstimmiges Werk, das dem Leiden und dem Mut in unserer Zeit ein Denkmal setzt«.

Unter den 112 Literaturnobelpreisträgern ist sie die 14. Frau. Aus dem sowjetisch-postsovietischen Raum wurde der Weißrussin diese Ehre nach Bunin (1933), Pasternak (1958), Scholochow (1965), Solshenizyn (1970) und Brodski (1987) als Sechster zuteil bzw. als Erster in Weißrussland. Wie zumeist flossen auch politische Motive in diese Entscheidung ein. Aber die gängige Kennzeichnung als »Regime-« oder »Kremlkritikerin« allein würde ihrer künstlerischen Leistung nicht gerecht.

Ihr Leben, ihre Persönlichkeit und ihr Schaffen wurden natürlich maßgeblich von den verschlungenen Phänomenen der dramatischen Geschichte der Sowjetunion und des jähren Umbruchs im Alltag der Menschen dieses Vielvölkerstaates geprägt, nach ihrer Formulierung über-

wiegend »im kommunistischen Versuchslabor«. 1948 wurde sie im westukrainischen Stanislaw (heute Iwano-Frankowsk) als Tochter einer Ukrainerin und eines weißrussischen Soldaten geboren. Nach Tätigkeiten als Erzieherin, Lehrerin und bei Lokalzeitungen studierte sie in Minsk Journalistik. Über Kurzgeschichten, Essays und Reportagen fand sie ab Anfang der 1980er Jahre zu einer ganz eigenen dokumentarisch-literarischen Prosa über Schlüsselereignisse sowjetisch-postsovietischen Lebens aus unverkennbar weiblicher Sicht. Ihre mittlerweile fünf Bücher wurden aus dem Russischen bereits in 35 Sprachen übersetzt, dramatisiert und verfilmt, ausgezeichnet und auch geschmäht. Nach zwölf Jahren im Ausland kehrte sie 2011 nach Minsk zurück. Der unmittelbare Kontakt zu den ihr vertrauten Menschen war ihr zum unverzichtbaren Schaffensimpuls geworden. Noch aber harrt sie in ihrer Heimat Belarus der Veröffentlichung ihrer Werke und direkterer Wirkungsmöglichkeiten.

Schon mit dem frühen Titel »Der Krieg hat kein weibliches Gesicht« (1983) signalisiert sie ihre Wahrnehmung des Großen Vaterländischen Krieges wie ihn sowjetische Soldatinnen durchgestanden haben. In »Die letzten Zeugen« (1985) lässt sie Menschen zu Wort kommen, die dessen Schrecken als Kinder erlebten. Zu lesen aus ihrer Feder sind des

Weiteren die erschütternden Erfahrungen sowjetischer Afghanistan-Veteranen in »Zinkjungen« (1989). Betroffene des Reaktorunglücks befragt sie in »Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft« (1997). In »Second-hand-Zeit« (2013) schließlich finden unterschiedlichste Zeitgenossen Gehör, wie sie die beiden verflossenen Jahrzehnte des dramatischen Systemumbruchs »auf den Trümmern des Sozialismus« in ihrem Lande durchlebt haben.

S o bietet Alexijewitsch eine Art Jahrhundertchronik, allerdings nicht als Historikerin, sondern »mit den Augen der Menschenforscherin«. Nicht aus Neugier befrage sie die Menschen, sondern aus Liebe, verriet die Schriftstellerin 2013 in Leipzig. Und die Früchte dieser weißrussischen Autorin sind lesenswert. Sie überzeugen in ihrer Authentizität und Wahrhaftigkeit. Sie offenbaren die Wirkungskraft der von ihr entwickelten Methode: Mit sensibler Einfühlung und persönlicher Zurückhaltung nämlich ermutigt sie immer wieder Betroffene der unterschiedlichen Brüche wie Katastrophen und vielfach Übersehene, ihre in Kummer erstarrte Seele zu öffnen, ihre Verluste und Gewinne, ihre Tragödien, Irrtümer und Fragen, ihre Enttäuschungen und Träume in Worte zu fassen. Auf erstaunliche Weise gelingt es der Künstlerin damit, die unverwechselbaren Stim-

men vieler ihrer oft traumatisierten Landsleute aufzuzeichnen und aus ihnen einen vielstimmigen Chor berührender Zeugenschaft zum Klängen zu bringen.

Dabei geht es Alexijewitsch um die Vergangenheit und Gegenwart, aber letztlich um unsere gemeinsame Zukunft. Sie sieht sich als Künstlerin nicht auf, sondern über der Barrikade. »Von dort beobachte ich und erhebe das Wort«, sagte sie 1998. Ganz in der verpflichtenden Tradition der reichen russischen Literatur versteht sie sich als humane Anwältin der Schutzbedürftigen und zugleich als Mahnerin gegenüber den politisch Mächtigen (jeglicher Orientierung), die Massen von Menschen nicht im Namen welcher hehren Ziele auch immer zu opfern, sondern ihnen endlich mit geänderter Prioritätensetzung ein auskömmliches, friedliches Miteinander zu ermöglichen. Ginge es nach ihr, würden die Militärausgaben weltweit reduziert. Aber es müsste eben weltweit geschehen. Swetlana Alexijewitsch erscheint damit weder naiv noch propagandistisch, sondern meint das ernst aus vielschichtiger Schmerzhafter Lebenserfahrung und Verantwortung. Das Ideal dieser Frau ist im Alltag »geerdet«. Sie ist beseelt davon, den Schutz und die Geborgenheit der Kinder, eigener wie fremder zu sichern, im Sinne einer menschengemäßen Zukunft.

• Adelheid Latchinian

»Hoffentlich bin ich ein wenig weiser geworden«

Angela Davis exklusiv im LN-Gespräch – ein altes Foto und Gedanken, 38 Jahre später



Ein Interview in der Redaktion und das Autogramm danach. Kristina Kogel (rechts mit Stift) bittet ein Davis-Porträt zu signieren, dass ihre Mutter seinerzeit von Angela gezeichnet hatte.

Foto: Eiltzer



Ein Motiv von der Verleihung der Ehrenpromotion, das Jahrzehnte danach Emotionen wach rief, sowohl bei Angela Davis als auch beim damaligen Dekan der Universität Prof. Dr. Kurt Schneider (links im Bild)

Foto: Privat

● *Wir möchten Ihnen zunächst eine alte schwarz-weiß Fotografie überreichen, die Sie bei der Verleihung der Ehrenpromotion durch die Universität Leipzig 1972 zeigt. An welche Ereignisse dieses besonderen Tages erinnern Sie sich?*

Ich erinnere mich an die wirklich überwältigende Begeisterung der Leipziger, und besonders der vielen jungen Menschen. Nach meinem Freispruch in allen Anklagepunkten am 4. Juni 1972 hatte ich das Bedürfnis, all jenen zu danken, die sich an der Bewegung für meine Freilassung beteiligt hatten. Zunächst besuchte ich US-amerikanische Städte wie Los Angeles, Chicago, Detroit und New York. Anschließend wollte ich die DDR und die sozialistischen Länder besuchen. Also kam ich in die DDR, in die Sowjetunion, Bulgarien und später Chile.

● *Nun dieser erneute Besuch nach langer Zeit. Sie trafen natürlich den Autor des Buches »Eine Frau schreibt Geschichte«, das jetzt zur letzten Leipziger Buchmesse im Verlag »Neues Leben« erschienen ist.*

Ja, und Klaus Steiniger erzählte mir noch einmal von der damaligen Gerichtsverhandlung gegen mich über eine – wenn man so will – lustige Begebenheit. Der Sheriff hatte sich eines Tages an ihn, den DDR-Journalisten, gewandt und die Bitte geäußert, dass die Leute in der DDR aufhören sollten, so viel Post zu schicken, da das Postamt die Massen nicht mehr in den

Griff bekommt. Sie können sich vorstellen, wie gerührt ich angesichts all der Postkarten und Briefe im Gefängnis war. Die Solidarität, besonders von Kindern und jungen Leuten aus der DDR, war beeindruckend, so dass ich dorthin reisen und mich bedanken wollte. Hier in Leipzig wurde mir damals ein unglaublich herzliches Willkommen bereitet, das ich niemals im Leben vergessen werde.

● *Inzwischen schreiben die Kalender das Jahr 2010. Viel ist inzwischen passiert. Wie sehen Sie die aktuellen Lebensumstände in den USA, wie gerecht oder ungerecht sind sie? Welche Dinge haben sich unter der Präsidentschaft von Barack Obama geändert?*

Es ist wichtig, dass wir nun einen Präsidenten haben, der nicht nur afrikanisch-amerikanischer Herkunft ist, sondern sich mit der, sagen wir schwarzen Tradition für den Kampf der Freiheit identifiziert. Trotzdem hofften und erwarteten viele Menschen, die Wahl Obamas würde die Gegebenheiten in den Vereinigten Staaten und der Welt grundlegend verändern. Nun bemerken wir, dass das nicht funktioniert. Unsere Fragen und Probleme kann nicht ein Individuum alleine bewältigen. Deswegen denke ich, dass sowohl in den USA als auch überall anders die unzähligen Fragestellungen nur durch das Entstehen einer solidarischen Massenbewegung gelöst werden können. Wir müssen garantieren, dass US-Truppen nicht nur aus dem Irak, son-

dern auch aus Afghanistan abziehen. Wir müssen garantieren, dass Guantanamo geschlossen wird. Und der einzige Weg, um diese Ziele bald zu erreichen, liegt darin, Obama durch eine Massenbewegung unter Druck zu setzen.

● *Rassismus ist immer noch sehr verbreitet in den USA ...*

Auch hier gingen viele davon aus, dass man mit der Wahl eines Präsidenten von afrikanisch-amerikanischer Herkunft alle historischen Probleme des Rassismus löst. Aber farbige Menschen leiden unverhältnismäßig stark unter Arbeitslosigkeit, fehlender Gesundheitsfürsorge und fehlender Bildung. Es sind verhältnismäßig mehr schwarze beziehungsweise farbige Menschen als Weiße vor Gericht bzw. im Gefängnis. In US-amerikanischen Gefängnissen sind rund 70 Prozent der 2,4 Millionen Inhaftierten farbige. Alles in allem bleiben also nach wie vor wichtige Herausforderungen bestehen.

● *Welchen Einfluss auf ihr Leben hatte die internationale Solidarität während ihrer Inhaftierung? Worin unterscheidet sich die Angela Davis der 1970er Jahre von der Angela Davis heute?*

Nun, ich bin fast vierzig Jahre älter geworden, so wie wir alle, die diese Zeit miterlebten. Hoffentlich bin ich auch ein wenig weiser geworden. (lacht) Ich habe viele Erfahrungen gesammelt. Aber ich habe die Idee beibehalten, dass

Menschen über nationale, ethnische und Geschlechtergrenzen hinweg zusammenkommen müssen. Ohne die damalige Bewegung würde ich wahrscheinlich heute noch im Gefängnis sitzen.

● *Nun unterstützen Sie Inhaftierte ...*

Ihre große Anzahl – 2,4 Millionen Menschen allein in den USA – hätte ich mir nie vorstellen können. Wir wollen Gefängnisse als die dominierende Variante der Bestrafung abschaffen. Die Art und Weise der solidarischen Bewegung in den frühen Siebzigern um meinen Fall war außergewöhnlich, wunderbar und erstaunlich. Dies hing mit dem internationalen Kommunismus zusammen, in fast jedem Land gab es eine kommunistische Partei. Ich war Mitglied der Kommunistischen Partei der USA, und viele von deren Mitgliedern nahmen den Kampf für meine Freiheit auf. Aber er ging auch von Menschen aus, die »nur« an Gerechtigkeit und Gleichheit glaubten. Ich denke, es ist wichtig, von dieser Kampagne historische Notiz zu nehmen. Nicht wegen mir als Individuum – mir macht es nichts aus, ob man sich an mich erinnert oder nicht – aber aufgrund der Tatsache, dass sich Millionen Menschen auf der ganzen Welt die Hände reichten. Kinder lernten, sich mit etwas, das größer ist als sie selbst, mit dem Kampf für Gerechtigkeit und Gleichheit, zu identifizieren.

siehe auch
www.leipzigs-neue.de

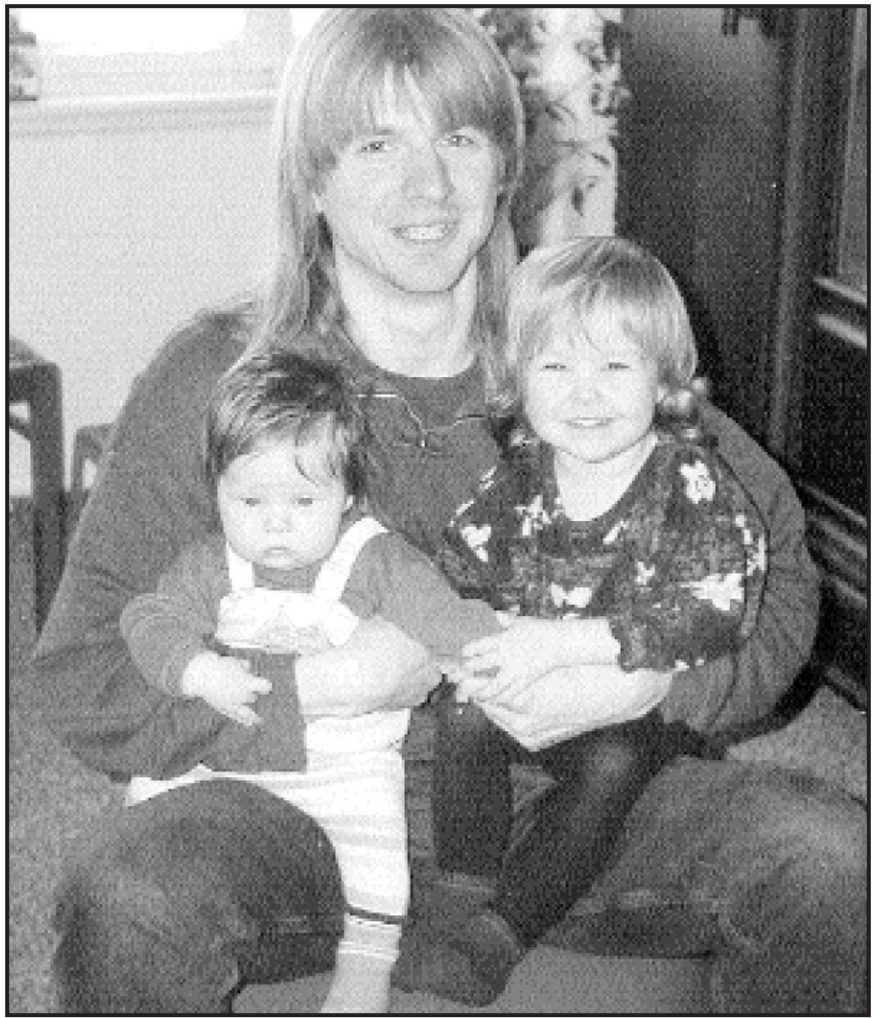


40 Prozent der Leipziger Studenten nehmen Drogen.

LVZ vom 8.1.98, Seite 1

Drogen sind nicht das Problem

Interview mit Boris Krumnow, Sozialwissenschaftler, Sprecher des Vorstandes des Bildungswerks der JungdemokratInnen / Junge Linke Sachsen (mjv)



Boris Krumnow, Jahrgang 1968 und Vater zweier Kinder, studierte zwischen 1989 und 1997 Philosophie, Religionswissenschaft und Zentralasienwissenschaften an der Uni Leipzig.

Herr Krumnow, am 8. Januar suggerierte die LVZ auf ihrer Titelseite, daß 40 % der Studenten drogenabhängig seien. Was halten Sie von dieser Nachricht?

Zunächst muß die Herkunft der entsprechenden Information hinterfragt werden. In dem Artikel wird auf eine wissenschaftliche Studie Bezug genommen. Die Interpretation von Ergebnissen solcher Untersuchungen ist keineswegs eine einfache Sache. Insbesondere muß berücksichtigt werden, mit welchen Methoden die Ergebnisse erzielt wurden. An der Uni Leipzig wird beispielsweise seit einigen Jahren eine Drogenstudie durchgeführt, wobei sich der Kreis der Befragten aus Freiwilligen zusammensetzt.

Wenn wir jedoch die Zahl von 40% drogenabhängigen StudentInnen zugrunde legen, scheint mir das doch sehr bedenklich...

Das ist es aber in keiner

Weise. Wir müssen uns klar machen, daß in den Massenmedien die Drogenangst (Drogenphobie) geschürt wird. Das entspricht durchaus den Interessen der Herrschenden. Mit Hilfe des Etiketts „Drogen“ läßt sich sehr gut das „Böse“ in unserer Gesellschaft ausmachen. Die meisten verbinden mit dem Wort „Droge“ Sucht, Krankheit, Prostitution, aber auch dealende AusländerInnen und organisiertes Verbrechen. Für uns Ex-DDRlerInnen kommt da auch die Erinnerung an die Drogendekadenz des faulenden und absterbenden Kapitalismus auf.

Aber ist der Zusammenhang zwischen Drogen und Krankheiten bis hin zum Tod nicht klar statistisch belegt?

Von der erwiesenen Harmlosigkeit von sogenannten leichten Drogen wie Hasch brauche ich wohl nicht zu reden. Aber auch korrekt dosiertes Heroin, einstmals sogar von Bayer als Hustenmittel vertrieben, erzeugt

beispielsweise keine organischen Schäden und führt schlimmstenfalls zu leichter Verstopfung. Selbst lebenslange körperliche Abhängigkeit beeinträchtigt die Lebensqualität und den gesundheitlichen Zustand der KonsumentInnen nur in geringem Maße, wie die Beispiele der opiumabhängigen ÄrztInnen und ApothekerInnen in der BRD der 50er und 60er Jahre zeigen. Der Begriff des Krankseins oder der Krankheit muß und wird heute wieder stärker in Frage gestellt. Gerade aus der Perspektive einer linken Sozialwissenschaft stellt sich die Zuschreibung „abweichend“ oder „krank“ auch als gesellschaftlicher Prozeß dar. Das heißt, jemandem wird solange eingeredet, daß er krank oder sozial abnorm ist, bis er sich so fühlt und schließlich sein Verhalten den Erwartungen der Gesellschaft anpaßt. Der Platz der auf diese Weise mit dem Etikett der Abnormalität Versehenen kann nur am Rande der Gesellschaft sein, wobei selbst qualvolle

Bemühungen und lustfeindliche Therapien nur in Ausnahmefällen eine Reintegration ermöglichen.

Fast täglich hören wir von Todesfällen in der Drogenszene...

Ursache für tödliche Unfälle und Folgeerkrankungen wie AIDS oder Hepatitis B sind Überdosierungen oder die schlechte Qualität des Stoffes und mangelnde hygienische Bedingungen. Das ist eine Folge der Kriminalisierung der KonsumentInnen und der Spezifik illegaler Vertriebsstrukturen, die eine Qualitätskontrolle unmöglich machen. Wenn ich eine Schnapsflasche in einer beliebigen Kaufhalle irgendwo in Mitteleuropa kaufe, brauche ich kaum zu befürchten, daß sie Methanolanteile enthält. Anders ist das in den GUS-Staaten, wo Todesfälle in Folge von Alkoholkonsum regelmäßig passieren. Auf dem Drogenmarkt herrschen bei uns ähnliche Qualitätsprobleme.

Die Repression durch den Staat, die Medien und, wenn wir so wollen, die von ihnen beeinflusste gesellschaftliche Mehrheit verschärft das Problem um ein Vielfaches. Nicht ohne Grund sprechen ExpertInnen auch von der modernen Todesstrafe.

Also müssen wir davon ausgehen, daß das Drogenproblem ganz anders gelagert ist, als es in der offiziellen Diskussion dargestellt wird?

So seltsam es auf den ersten Blick scheint: Die Drogen an sich, ob legale oder illegale, sind weder schädlich noch unschädlich. Es kommt vielmehr auf die Rahmenbedingungen des Konsums an. Das Drogenproblem ist vielmehr eben kein Problem für die Gesellschaft, solange die Herrschenden glaubhaft machen können, daß Drogenabhängige aufgrund persönlichen Versagens und ihrer Genußsucht zu Recht den Bodensatz der Gesellschaft bilden.

Fragen:

• STEFAN HARTMANN

Für eine Welt ohne Atomwaffen

Auch Leipziger nahmen an der bundesweiten »Nacht der 100 000 Kerzen« teil

Zum 65. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki riefen »Ohne Rüstung Leben« und weitere Organisationen des Trägerkreises »Atomwaffen abschaffen« zu einer »Nacht der 100 000 Kerzen« auf. Damit wurde eine Verbindung zu den großen Gedenkfeierlichkeiten hergestellt, die am 6. August 2010 um 8.15 Uhr Ortszeit (das entspricht 0.15 Uhr Mitteleuropäische Som-

merzeit) im Hiroshima-Memorial-Park begangen wurden.

Überall in Deutschland wurden am Donnerstag, dem 5. August (Vorabend des Hiroshima-Tages) in der Zeit zwischen 20.00 Uhr und 0.15 Uhr auf städtischen Plätzen oder vor Militäreinrichtungen, in Gottes- oder vor Rathäusern, auf Flüssen oder Seen Hunderte oder Tausende Kerzen zum Gedenken an die Opfer der Atombomben von

Hiroshima und Nagasaki angezündet. Es geht darum, den Gedanken einer atomwaffenfreien Welt in die Öffentlichkeit zu tragen und an das Verbrechen zu erinnern.

In Leipzig geschah das um Mitternacht, im Zentrum an der Petersstraße in der Nähe der Thomaskirche. Auch 65 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki gibt es keinen Grund zur nuklearen Entwarnung:

Das Friedensforschungsinstitut SIPRI schätzt die Anzahl einsetzbarer atomarer Gefechtsköpfe weltweit auf 8 400 Stück.

Während Deutschland im Rahmen der Europäischen Union (EU) mit diplomatischen Mitteln darauf drängt, dass Länder wie der Iran auf Atomwaffen verzichten, ist der deutsche Verzicht nicht grundgesetzlich verankert.

(LN)



Fotos: ege



Knurren vor großen Stahltreppen

Arbeitslosigkeit wuchs – Fehlstart für Berufseinsteiger

Ort: Arbeitsagentur Leipzig, Eingang. Datum: 29. Juli. Uhrzeit: 9.45. Ich treffe auf den Vertreter der Gewerkschaft und wir gelangen gemeinsam in den Anmeldebereich. An allen Schaltern stehen Schlangen und die meisten Leute schauen finster drein. Wie früher beim Bananenkauf, fällt mir ein, das Bild hat sich eben bei mir fest eingepägt.

Was den Anstehenden wohl für Gedankenspiele im Kopf herumgeisteren mögen? Der Gewerkschaftsmann neben mir knurrt an den großen Stahltreppen: »Sieht aus wie in einem Gefängnis.« Der Kasernencharme des Gebäudes lässt sich eben nicht übersehen.

Aber noch mehr regen meinen Nachbarn die »Hungerlöhne« auf, mit denen er täglich zu tun hat. Da redet er sich richtig in Rage über die Zustände in der »freien« Wirtschaft: »Eine Schande für Deutschland, weil viele Menschen von ihrer Hände Arbeit nicht mehr anständig leben können.«

Wir stehen vor der Tür, hinter der uns die neuen Zahlen des »Aufschwungs« präsentiert werden. Vor dem Beratungsraum begrüßt uns Pressesprecher Leistner freundlich wie immer. »Wir kom-

men als unschlagbare Doppelspitze« kündige ich an. Nach uns erscheinen noch der Vertreter der »Leipziger Volkszeitung« und eine mir nicht bekannte Kollegin.

Der Pressetermin geht mit gewohnter Routine und zunächst erstmal seinen gewohnten Gang, wie es hier in Leipzig so schön heißt.

Zu Beginn erfahren wir Folgendes: Die Wirtschaft kann erneut die Berufseinsteiger nach der Ausbildung nicht vollständig aufnehmen. Es fehlen 1000 Stellen und um diese Größe nimmt die Arbeitslosigkeit somit auf 53 060 Betroffene zu. Die Quote beträgt damit 13,4 Prozent.

»Erfreulich« daran, wenn man das so formulieren möchte, dass es 4681 weniger sind, als im Vorjahr bzw. 8,1 Prozent. Im Vergleich der Geschäftsstellenbereiche steht Leipzig wie gewohnt am schlechtesten da mit 14,4 Prozent. Erinnern Sie sich an den Begriff »Deutschlands Armutshauptstadt«? Den besten Wert in diesem Zahlenspiel hat Geithain mit 9,5 Prozent.

In den vergangenen drei Monaten hat sich der so genannte Arbeitslosenbestand nur um 1300 bewegt. Diese »Ruhe« täuscht jedoch. Die Zahl

der Neuanmeldungen ist auf 10 838 gestiegen, so viel wie 2009. Darunter aus der Erwerbstätigkeit 3604 und aus der Ausbildung bzw. sonstigen Maßnahmeabschlüssen 3820. Der Zugang seit Januar erhöhte sich auf 74601 – 1631 mehr als im Krisenjahr! Bis Jahresende wird es wieder ca. 120 000 geben – und dies ist die richtige Arbeitslosenzahl und eben nicht die knappe Hälfte!

Die Anmeldungen lagen auf der Bundesebene im Vorjahr bei 9,3 Millionen – eine von Politik und den meisten Medien nie eingestandene Größenordnung!

Die Wirtschaft befindet sich auch in Leipzig mit ihren Stellenangeboten weit unter dem Bedarf.

Die ARGE verzeichnete bis auf die Jugendlichen (plus 450) einen Stillstand. Ich erspare Ihnen die vielen weiteren Zahlen. Ihr Anteil an den Stadt-Arbeitslosen dürfte jedoch ein negativer Spitzenwert im Lande sein. Abschließend aber Wirtschaftsminister Brüderle im »Focus«: »Der Aufschwung ist da.« Die Leipziger Arbeitslosen lassen sich das sicher gern mal persönlich erklären.

• Joachim Spitzner

Reiner Süß zur Muko-Schließung:

Wie die Sprengung der Unikirche

Leipzig spart. Am 15. Mai sollten die Stadtverordneten Leipzigs das Aus für die Musikalische Komödie und das Tanztheater beim Schauspielhaus beschließen. Aber der Kulturdezernent, Dr. G. Girardet, hat seine Vorlage ausgesetzt. Doch was aussieht wie ein Rückzug, ist nichts weiter als eine Terminverschiebung.

Reiner Süß, Kammersänger und Leipzig-Kenner ist sauer. Seit achtzig Jahren glänzt die Musikalische Komödie (MUKO) mit Operettenaufführungen. "Inflation, Wirtschaftskrise, das 3. Reich, schwere Nachkriegsjahre und die DDR haben nichts daran geändert! Nun in der Demokratie das AUS?... Ein Schleifen der Muko wäre... für mich vergleichbar mit der Sprengung der

Universitätskirche." Auch andere prominente Persönlichkeiten haben sich nach dem Bekanntwerden der Girardet-Vorlage zur Schließung von Muko und Tanztheater zu Wort gemeldet. Der Intendant des Fürther Stadttheaters, Werner Müller, bescheinigt der Muko "herausragende künstlerische Substanz" und fordert die Stadträte Leipzigs auf, das Ensemble um der deutschen Theaterlandschaft Willen zu erhalten. Ann-Elisabeth Wolff, Direktorin der „euroscene-leipzig“, widerspricht der weitläufigen Auffassung, Leipzig hätte keine wirkliche Tanztheatertradition. Sie erinnert an Mary Wigman, Tom Schilling und an die große Ära von Dietmar Seyffert, die allesamt Leipzig mit „wegbereitenden Choreographien“ ausstatteten. Die Schließung der Muko ist, so Wolff, eine „von Hilflosigkeit geprägte Entscheidung, die nie wieder zu repara-

rieren sein wird.“ Und genau das ist der Punkt: Hilflosigkeit. Girardet muß 21 Mio DM einsparen. Da beißt auch die Theatermaus kein Stück vom Vorhang ab. Nach den umfangreichen Protesten der Leipziger ist die Vorlage vom 22.04.96 VORERST vom Tisch. Nun wird sie mit den gesamten Einsparungen der Stadt erneut vorgelegt. „Die Stadträte sollen die Möglichkeit erhalten, sich ein ausgewogenes Bild von der Situation in der Stadt und den notwendigen Sparmaßnahmen zu machen.“ Frau Kirmes, Pressereferentin von Dr. Girardet, versichert, daß sich das Amt die vorgelegten Entscheidungen nicht leicht gemacht hat. Die Sache erinnert an den Käfer im Sandkasten: je mehr er zu entleihen sucht, um so größer wird der Kraterrand. Denn an der Vorlage wird sich, so der Kulturdezernent am 29. April im Leipziger Radio 91,3, nichts

ändern. Tunlichst verschwiegen wurde bisher ein weiterer Krumen des Sparkuchens: die Ballettschule der Stadt Leipzig. Mit einem Sparvolumen von 2,85 Mill. DM rangiert sie nicht auf aktuell befahrenem Gleis, brächte jedoch über 2 Mill. DM Einsparung mehr, als bei der Schließung des Tanztheaters zu verzeichnen wäre. Die „Vorlage Nr. 150/96“ räumt jedoch im Punkt 5.1. ein, daß „eine Schließung der Ballettschule, sehr problematisch“ ist und, wenn überhaupt, nur „mittelfristig erfolgen“ könne. Girardet hoffte, durch ein vorgelegtes Sparvolumen von etwa 15,5 Mill. DM, die Restsumme erlassen zu bekommen. Wenn die Runde des OBM diese Hoffnung zunichte macht, war der bisherige Vorschlag-Hammer nur eine Art Kinderspielzeug. Die Leipziger wissen, daß sie um ihre Kultur kämpfen müssen. Und die Entscheidung, Kultureinsparungen nicht separat abzustimmen, sondern sie ins Verhältnis zur gesamten Sparsumme der Stadt zu setzen, zeigt, daß Kämpfen manchmal sogar Erfolg haben kann... KUNO

LEIPZIGER PITAVAL

LEIPZIGER PITAVAL

LEIPZIGER PITAVAL

Schon sieben Monate steht der 86jährige Widerstandskämpfer und Kommunist, ehemaliger Richter in den „Waldheimer Prozessen“ gegen in der Mehrzahl belastete Faschisten vor dem Leipziger Bezirksgericht – angeklagt wegen „Mord und Rechtsbeugung“.

Staatsanwalt Wolfgang Bauer und Richter Wolfgang Helbig sind beide aus dem Teil Deutschlands, wo bis heute nicht ein einziger ehemaliger Nazirichter zur Verantwortung gezogen wurde, von Schreitschältem wie Globke, Lübke und Oberländer ganz zu schweigen.

Der Angeklagte Antifaschist Otto Jürgens soll, wenn es nach dem Willen des Staatsanwalts geht, nach 42 Jahren verurteilt werden, weil er 1950 als Beisitzer am Todesurteil gegen den Nazistaatsanwalt Rosenmüller aus Leipzig beteiligt war – ganz abgesehen davon, daß Jürgens sich als einziger gegen dieses Urteil ausgesprochen hatte. Rosenmüller beantragte nachweislich 14 Todesurteile, die alle vollstreckt wurden. Er schickte Leute auf das Schaffott für Dinge, die entweder als „Delikte“ gar nicht hätten verfolgt werden dürfen, beziehungsweise nur zu geringen Strafen hätte führen können.

Die jetzigen Verhandlungen sind öffentlich. Der Zuhörer hat jedoch Schwierigkeiten, dem Prozeß zu fol-

Neue Schwierigkeiten mit der Wahrheit

Wie lange noch soll der 86jährige Otto Jürgens dieses deutsche Trauerspiel noch erdulden?

gen. Anfangs gab es überhaupt keine Mikrophone und dann, nach Rückfragen, nur welche für die Zeugen. Bis heute muß manches erraten werden, was Staatsanwalt und Richter teils dialektgefärbt und leise von sich geben. Auch beim Verlesen von teils handgeschriebenen Protokollen haben sie Schwierigkeiten. Zur Übersetzung russischer Texte wurde erst sehr spät ein Dolmetscher hinzugezogen, der die Exaktheit der Übersetzungen bestätigte.

Die Ausführungen der Verteidigung und des Angeklagten sind gut verständlich. Die Fragen und Darlegungen des Richters lassen das Bemühen um Objektivität und Verständnis erkennen. Der Staatsanwalt verfiel anfangs häufig in einen Tonfall, der an Zeiten des kalten Krieges erinnerte und bei mir Töne wachrief, die ich aus Vernehmungen bei der Gestapo kannte. Aber auch er hat sich inzwischen an einen anderen Ton gewöhnt. Besonders hart ging er mit Entlastungszeugen um. Eine Sachverständige wurde lange nach ihrem politischen und fachlichem Werdegang befragt.

Bis heute gelang es dem Staatsanwalt nicht, einen Zeugen zu benennen, der Otto Jürgens kannte, oder von ihm verurteilt worden wäre. So werden immer wieder Protokolle herangezogen, die in den meisten Fällen auch nichts mit dem Angeklagten zu tun haben.

Häufig werden die Zeugen von ihrem Erinnerungsvermögen im Stich gelassen, besonders dann, wenn es um ihre eigene nazistische Vergangenheit geht.

Otto Jürgens bekennt sich zum antifaschistischen Anliegen der Prozesse in Waldheim, ist bemüht, historische Vorgänge aufzuhellen und gesteht Fehler ein. Aber auch er hat manchmal Schwierigkeiten, sich nach 42 Jahren an Einzelheiten zu erinnern.

Es ist nicht nur dieser zeitliche Abstand, der Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit dieses und ähnlicher Verfahren rechtfertigt. Es gibt auch international immer mehr Bedenken gegen die Versuche der Sieger, mit Mitteln der Justiz Geschichte zu bewältigen.

Immer, wenn ich Otto Jürgens treffe, ist er zuversichtlich, denn er geht davon aus,

daß die Prozesse ihre historische Berechtigung hatten. Trotzdem spürt man, daß die sich hinziehenden Verhandlungen an den Kräften des alten Antifaschisten zehren. Ein- bis zweimal muß er wüchentlich zu den Verhandlungen nach Leipzig, zu Terminen in Berlin, Waldheim und sogar während einer Erkrankung wurde weiterverhandelt – bei ihm zu Hause in Halle. Am 2. Juni 1993 konnte er wegen eines Schwächeanfalls nicht zur Verhandlung erscheinen, nachdem er schon einige Tage an solchen Anfällen litt.

Und noch immer sind bis in den Juli hinein weitere Termine geplant. Herr Richter und Herr Staatsanwalt beenden Sie das unwürdige Schauspiel mit einem sehr alten Mann, der in der Zeit der faschistischen Barbarei seinen Mann gestanden hat, in einer Zeit, als unser Volk schwere Schwad an den Völkern Europas auf sich geladen hat.

Stellen Sie das Verfahren ein!

Karl Hauke

Ausgabe Juni 1993

115

Was sich hinter Leipziger Straßennamen verbirgt

Zu den ersten nach der Befreiung Leipzigs 1945 umbenannten Straßen gehörte die Pegauer Straße in Connewitz. Sie wurde dem Juristen, Werkdirektor und Antifaschisten Wolfgang Heinze gewidmet, dem Sohn eines sozialdemokratischen Eisenbahners. Am 25. Februar 1911 in Stralsund geboren, ermöglichten ihm dort die Eltern den Besuch eines Gymnasiums und nachfolgend ein Jura-Studium an der Humboldt-Universität. Hier schloss er sich der Roten Studentengruppe an, las Marx, Engels und andere linke Philosophen und trat offen gegen den immer stärker werdenden Faschismus auf. Da er mit der NS-Justiz nichts zu tun haben wollte, ging er nach dem Examen in die Wirtschaft. Den Weg dahin bahnte ihm ein Studienfreund, der Kunststudent Erich Köllmann, Sohn des Inhabers der Köllmann-Werke in Leipzig. Im Gegensatz zu seinem Vater war Erich kein Nazi. Darum wurde dem Direktor Köllmann auch nichts von der politischen Einstellung des Bewerbers gesagt. Nach der Referendarzeit beim Amtsgericht Leipzig wurde Heinze 1937 Rechtsberater des Rüstungsbetriebes Köllmann (in der DDR: Fahrzeugtriebwerkwerk »Joliot-Curie«), bald Prokurist und Direktionsassistent und später Personalchef. In dieser Funktion verstand er es, unter Beobachtung der Gestapo oder der Polizei stehende Antifaschisten im Betrieb unterzubringen und als »unabkömmlich« vor der Einberufung zu schützen.

Viel tat Wolfgang Heinze für die ausländischen Zwangs- und Zivilarbeiter. Er initiierte Unterkünfte und stritt für bessere Lebensmittelrationen. Er suchte die Verbindung zum Leipziger Widerstand. Das war für ihn, dem Mitglied der Betriebsleitung eines bedeutenden Rüstungsbetriebes, nicht einfach. Im Betrieb gab es zwar zwei kleine Widerstandsgruppen, doch unter den Bedingungen der illegalen Widerstandsarbeit waren diese gegenüber dem bürgerlichen Heinze zurückhaltend. Die Verbindung stellte schließlich seine Frau Hildegard über Gertrud Frank, die Frau des Kunstmalers Alfred Frank, her. Die beiden Ehepaare und Rosemarie



Archivbild:
»Goldene Krone«,
W.-Heinze-Str. 39,
auch als »Belvedere«
bekannt.
Um 1880 Veranstaltung-
sort der SPD.
1990 Treffpunkt zur
Zeitungsneugründung:
»Wir in Leipzig«
(bald eingestellt).

Wolfgang-Heinze-Straße

und Georg Sacke, die arbeitsbedingt in Hamburg lebten, sowie der Röntgenarzt Joseph Schölmerich bildeten einen linksintellektuellen Flügel der Widerstandsorganisation um Georg Schumann. Neben der bereits geschilderten Tätigkeit in den Köllmann-Werken war Wolfgang Heinze bemüht, die Fertigstellung eines Getriebes für den neuen Panzer »Tiger II« zu verzögern.

Am 19. Juli 1944 begann die Verhaftungswelle der Leipziger Gestapo gegen die Widerstandsorganisation um Schumann. Die Heinzes fielen den Nazis, nach einem Kurzurlaub am 3. August, in die Hände. Wolfgang Heinze wurde am 12. Januar 1945 in Dresden hingerichtet.

Im Abschiedsbrief an seine Eltern und die Schwester steht: »Ich glaube nach wie vor an die Mission der menschlichen Vernunft, gegen die Dummheit zu kämpfen und die Menschheit aus der Barbarei zu führen. Ich glaube weiter, dass es möglich ist, der Menschheit den Frieden zu bringen.«

• Dieter Kürschner



Foto: privat

Historiker Dieter Kürschner verstorben

Nach schwerer Krankheit ist der Leipziger Militärgeschichtler und Autor Dieter Kürschner im Alter von 78 Jahren verstorben.

Er wirkte an zahlreichen Büchern und Broschüren zur Stadtgeschichte mit. Sein Spezialgebiet war die Geschichte der Kasernen im Leipziger Norden. Intensiv arbeitete er im Team zur Gestaltung des »Gedenkbuches für die Leipziger Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 bis 1945« mit.

Geschätzt wurde seine Autorschaft auch in der Redaktion von »LEIPZIGS NEUE«. 116 Folgen ei-

ner von ihm gestalteten Serie über die Straßennamen der Stadt fanden über die Jahre einen interessierten großen Leserkreis.

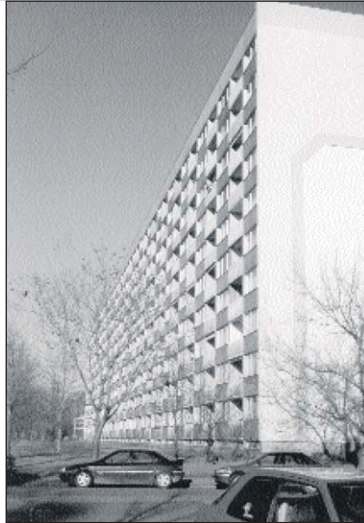
Seit dem Jahr 1996 diskutierte er als Sachkundiger in der Arbeitsgruppe »Straßenum- und -neubennung« mit. Die Geschehnisse rund um den Volkmarisdorfer Thälmannplatz waren für ihn u.a. eine »sinnlose Aktion«, die der Historie dieses Areals widerspricht.

Redaktion und Leser werden die kenntnisreichen Texte vermissen.

Seiner Familie gilt unser Mitgefühl ...
Das Redaktionsteam

Wogetra-Führung in der Klemme

Wie sich Mitglieder einer Leipziger Wohnungsgenossenschaft gegen die vermeidbare Privatisierung wehren



Die Überraschung für Wogetra-Mieter in der Leipziger Nordstraße: Ihre Wohnungen in diesem Gebäudekomplex werden bereits durch einen Zwischenerwerber per Inserat zum Stückpreis ab 57 250 und ab 108 480 DM verkauft. Die als „Objekt des Jahres“ unter dem verheißungsvollen Titel „Residenz am Zoo“ angezeigten Quartiere bieten als besondere Attraktion den Blick auf die dem Verfall preisgegebene Kongreßhalle.

„Der beste Mieterschutz ist die Mitgliedschaft in unserer Wohnungsgenossenschaft“ – dieser Satz schmückt hin und wieder eine Seite der WOGETRA-Rundschau, der Mitgliederzeitschrift der Leipziger Wohnungsgenossenschaft Transport e.G. Starke Zweifel am Wahrheitsgehalt dieser Losung haben Bewohner von Genossenschaftshäusern in der Stralsunder, der Simon-Bolivar-, der Gogol-, der Ziolkowski- und der Komarowstraße in Leipzig-Mockau, denn im September 1996 erfuhren sie aus ihrer Zeitschrift, daß ihre Wohnungen privatisiert werden sollen. Das bedeutet, die Mieter dürfen sie kaufen, ansonsten steht ein „Zwischenerwerber“ in der Spur, der alles übernimmt. Das ist eine Konsequenz aus dem Altschuldenhilfegesetz, mit dem Wohnungsgenossenschaften gezwungen werden, einen Teil ihres Bestandes zu verkaufen, um von der Kreditbelastung aus DDR-Zeiten zumindest teilweise befreit zu sein.

Ein dummes Gesetz

Natürlich ist dieses Gesetz umstritten – es überträgt unter völlig anderen Verhältnissen entstandene formale Verpflichtungen einfach in das gesellschaftliche System der Bundesrepublik –, doch es ist wie vieles andere ein Produkt des Einigungsprozesses, der die Ungleichbehandlung von Ost und West festschreibt. Da es bisher nicht gelungen ist, eine politische Lösung dieses Problems zu erreichen, müssen die Genossenschaften, ob es ihre Mitglieder wollen oder nicht, diesem Zwang des Gesetzes Rechnung tragen, auch bei Strafe des Untergangs. Das wissen auch die Mieter in den Genossenschaftshäusern in Mockau. Doch die Mieter wissen noch einiges mehr. Es hat sich inzwischen herumgesprochen, daß es eine Möglichkeit gibt, dem Gesetz Genüge zu tun und zugleich die eigenen Interessen zu wahren – die Abspaltung zur Neugründung einer Genossenschaft.

Ein Ausweg

Dieser Weg ist seit dem 18. 5. 1995, mit Veröffentlichung im Bundesanzeiger, durch das Bundesbauministerium akzeptiert. In einem Merkblatt des Ministeriums und der Kreditanstalt für Wiederaufbau vom April 1996 wird diese Ausgründung nach dem Umwandlungsgesetz ausdrücklich als Erfüllung der Privatisierungspflicht anerkannt. Es gibt Genossenschaften, die diese neuen Möglichkeiten bereits genutzt haben. So kann die Leipziger Wohnungsgenossenschaft Kontakt ein Schreiben vom kürzlich aus dem Amt geschiedenen Bundesbauminister Töpfer vorweisen, der am 29. 8. 1997 diesen Vorgang würdigte und die Minimierung der Altschulden bestätigte. Freilich ist die Ausgründung einer Genossenschaft keine einfache Sache, besonders wenn die Gleichberechtigung der in die neue Genossenschaft eingetretenen Mitglieder gegenüber den „alten“ gesichert werden soll. Die Vertreterversammlung der WG Kontakt hatte Ende 1995 deshalb auch eine 15köpfige Arbeitsgruppe gebildet, die dem Vorstand bei dieser komplizierten Aktion zur Seite steht, ihn berät und die Interessen der Mitglieder vertritt.

Unbequeme Initiative

Angesichts solcher Erfahrungen ist es den Mockauer WOGETRA-Mietern nicht verständlich zu machen, daß Vorstand und Aufsichtsrat ihrer Genossenschaft als einzigen Weg zur Lösung der Probleme aus dem Altschuldenhilfegesetz das Zwischenerwerbermodell sehen. Unter der maßgeblichen Mitwirkung von Günter Pießold, Werner Schramm und Werner Seifert, allesamt Mieter in der Stralsunder Straße, hat sich eine Mieterinitiative gebildet, die der WOGETRA-Führung schon seit Monaten unbequeme Fragen stellt. Ein Höhepunkt der Aktivitäten war am 6. Januar das Überreichen eines Mißtrauensantrages an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats in der WOGETRA-Zentrale. Dazu waren aus jedem der betroffenen Häuser Vertreter der Mieter anwesend, immerhin über 40 Personen.

Inzwischen geht die Auseinandersetzung weiter, sichtbar an den Aushängen in den Häusern. Der Aufsichtsrat hat die Kritik am Vorstand zurückgewiesen. Die Mieterinitiative hat gravierende Mängel aufgelistet. Sie stellt fest, daß in eine so wichtige Entscheidung wie den Zwischenerwerb die Vertreterversammlung nicht einbezogen wurde und in den betroffenen Wohngebieten keine Aussprachen mit den Mietern stattfanden. Entgegen der Forderung des Bauministeriums und der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden die Mieter nicht über die genossenschaftliche Möglichkeit der Ausgründung informiert. Die Genossenschafter zählen einige windige Argumente auf, die von Vorstandsmitgliedern gegen die Ausgründungs-Lösung vorgebracht wurden: „Das ist zu kompliziert“, „Wir haben eine andere Geschäftsstrategie“, „Das ist eine Mogelpackung!“ und „Ist nur für Kaufwillige geeignet“. Das ging bis zur Behauptung, jedes Mitglied der neuen Genossenschaft habe dann 10 000 Mark zu bezahlen.

Mit Arbeit verbunden

Am deutlichsten wird der Unwille des Vorstandes von der Vorsitzenden, Frau Borowitzka, ausgedrückt: „Ja, was denken Sie denn, was das für einen Aufwand bedeutet!“

Das ist nun mal eine ehrliche Meinung. Der Weg der Ausgründung ist tatsächlich mit Arbeit verbunden, die Materie stellt gewisse intellektuelle und kommunikative Anforderungen. Man muß sich in die Probleme hineindenken, mit den Betroffenen sprechen. Was ist von Vorständen und Aufsichtsräten zu halten, die sich hier überfordert fühlen?

Inzwischen hat die Mockauer Initiative auch Kontakt zu weiteren Mieterinitiativen der Wogetra in der Nordstraße und in Leipzig-Grünau aufgenommen. Für Ende Februar hat der Aufsichtsrat eine außerordentliche Vertreterversammlung angekündigt. Die wird gewiß nicht in der gewohnten Ruhe ablaufen.

Karls „Enkel“ kauften Liebknechts Geburtshaus

Nach langjährigen Bemühungen ist es der parteieigenen Immobilienfirma gelungen, das Haus in der Braustraße zu erwerben. Die Schlüsselübergabe an den Stadtverband der Leipziger LINKEN erfolgte am 29. August. Ehrengast war Dr. Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE. (links unten im Bild)



Freude und Symbolik vor und hinter dem Liebknecht-Haus.
Fotos Fiebelkorn /Eiltzer

Über eine halbe Million Euro betrug die Spendensumme aus dem gesamten Bundesgebiet, damit der Verfall dieses geschichtsträchtigen Hauses gestoppt werden konnte. Einige der „Geldgeber“ waren Gäste eines launigen Hoffestes... siehe auch **Seite 9**



Offener Brief***Rechtsextreme instrumentalisieren den Tod von Michelle***

Wie alle Leipziger Bürgerinnen und Bürger sind wir tief betroffen und entsetzt über den schrecklichen Mord an der 8-jährigen Michelle in unserer Stadt. Unser Mitgefühl gilt den Eltern und Angehörigen des Opfers, deren Leid niemand ermessen kann.

Mit großer Sorge erfüllt uns, dass Rechtsextreme das Verbrechen an dem Mädchen ausnutzen, um ihre menschenverachtende und demokratiefeindliche Ideologie zu verbreiten. Der Schock, die Wut und die Ratlosigkeit in der Bevölkerung werden von Rechtsextremen in ungeheurer Respektlosigkeit gegenüber dem ermordeten Kind für ihre politischen Zwecke missbraucht. In den vergangenen Tagen fanden in Reudnitz mehrere Demonstrationen statt, die Rechtsextreme offen vereinnahmt haben, um auf Transparenten unverhohlen einen »Nationalen Sozialismus« zu fordern. Noch bevor die schreckliche Vermutung zur Gewissheit wurde, dass Michelle einem Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen ist, forderten sie die »Todesstrafe für Kinderschänder«.

Diese Forderung darf nicht verwechselt werden mit dem verständlichen Ruf nach einer harten Bestrafung der Täter. Sieht man solch eine populistische Phrase in Verbindung mit Plakaten wie »Nationaler Sozialismus jetzt!«, so wird deutlich, warum es den Neonazis wirklich geht: Nicht in erster Linie um den Schutz unserer Kinder, sondern um den Aufbau eines totalitären Staates.

Wir alle verurteilen dieses furchtbare Verbrechen. Dennoch sollten wir in dieser aufwühlenden Situation besonnen bleiben und uns nicht von Rechtsextremen vereinnahmen lassen. Demokratie und freiheitlicher Rechtsstaat sind und bleiben die Grundlage für den Schutz unserer Kinder und die gerechte Bestrafung von Menschen, die ihnen Leid antun.

Bürgerinitiative Buntes Reudnitz

„M“ – Eine Stadt sucht einen Mörder

Über historische
Parallelen in Film und Politik
denkt ein Vater
dreier Kinder nach



Diese Bestie hat kein Recht zu existieren, die muss ausgerottet werden.“ Das fordert der Gangsterboss in Fritz Langs Filmklassiker von 1931 „M - eine Stadt sucht einen Mörder“. Kinderschänder sollten nicht wie Menschen behandelt werden, „keine Gnade“ für sie, gar am besten die Todesstrafe – das forderten Zettel und Plakate rund um die 25. Grundschule und den Hort in der Anger-Crottendorfer Martinstraße, in die Michelle ging. Wie in Fritz Langs Film, wie bei den später von den Nazis eingeführten Volksgerichtshöfen steht das Urteil schon vorher fest: „Unschädlich bist du nur, wenn du tot bist.“ (Zitat aus „M“) Dass sich in die Trauer über den gewaltsamen Verlust eines Kindes Wut und Empörung mischen, hilft vielleicht niemandem, ist aber menschlich und mir als Vater dreier Kinder nachvollziehbar. Wenn aber Rechtspopulisten und Nazis als Trittbrettfahrer die ohnehin hysterisch angeheizte Stimmung im Leipziger Osten zu Propagandazwecken nutzen, dann ist das unerträglich, denn hier sollen rechtsstaatliche Güter zur Disposition gestellt werden: Es geht eben nicht um „Gnade“, Gnade ist ein Begriff aus dem religiösen Bereich bzw. aus der Gerichtsbarkeit in einer Monarchie. Es geht um rechtsstaatliche, republikanische Grundwerte, nämlich darum, dass jedem Menschen stets eine menschenwürdige Behandlung zusteht, niemand vorverurteilt werden darf, und es geht um den Verzicht auf die Todesstrafe, da diese (nicht zuletzt aus Angst vor Justizirrtümern) zu vollstrecken sich aus humanistischer wie auch christlicher Gesinnung heraus verbietet. Nehmen wir an, der gesuchte Kindermörder würde gefasst, dann gefoltert, dann hingerichtet - wem wäre genützt? Fritz Langs Mörder sagt während seines

Tribunals: „Ich will vor mir selber davonlaufen, aber ich kann nicht! Kann mir nicht entkommen! (...) Wenn ich's tue, dann weiß ich von nichts mehr... Dann stehe ich vor einem Plakat und lese, was ich getan habe, und lese. Das habe ich getan?“ Wären die von Vielen geforderten „härteren Strafen“ wirklich abschreckend gegenüber zwanghaft Handelnden? Wohl kaum, aber eine Genugtuung für diejenigen, die sie fordern: Man kann schon, so die Logik, nichts tun gegen die soziale Chancenlosigkeit und Umweltzerstörung; der jährlich mehrere hundert Kinder tötende Straßenverkehr wird als notwendiges Übel gesehen, statt ebenfalls als zwanghaftes Verhalten; wer spricht in diesen Tagen von struktureller und nicht selten auch sexueller - dann jahrelanger! - Gewalt in den Familien, hinter den Wohnungstüren? Aber wenn es wie jetzt um eine konkrete Person geht, statt um gesellschaftliche und kulturelle Strukturen, da sind ebenso simple wie vorzivilisatorische Lösungen zur Hand. Und damit meine ich gewiss nicht, dass nicht das eine oder andere psychologische Gutachten über Sexualstraftäter kritisch auf den Prüfstand gestellt werden sollte. Innenminister Buttolo ruft nun zu allgemeinem Misstrauen auf, statt zu gesellschaftlicher Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt – aber anderes würde auch schlecht zu seiner neoliberalen Parteidoktrin passen. „Man muss eben noch besser auf die Kinder achtgeben...Ihr!“ So der letzte Satz in Fritz Langs Film, geäußert von einer Mutter. Man muss eben auch noch besser auf Rechtsstaat, Solidarität und Demokratie achtgeben ... Ihr! Auch das hat Fritz Lang gemeint und selten spürte man dies so klar und aktuell wie in Leipzig dieser Tage.

• JENS- E. JAHN

IRINA SCHERBAKOWA
KARL SCHLÖGEL DER
**RUSSLAND
REFLEX**
Einsichten in eine Beziehungskrise



Vielleicht erwartet mancher Leser bei diesem Titel ein Dialogbuch von Intellektuellen unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Tatsächlich – sagen wir es vorab – es lohnt sich, dieses Büchlein als spannende Lektüre zu lesen und unerwartete Sichten auf Russland und Deutschland zur Kenntnis zu nehmen oder überhaupt erst zu entdecken. Immerhin sprechen hier zwei Menschen in »Zeiten der Sprachlosigkeit« (wie sie selbst es formulieren)

Dialog in Zeiten der Sprachlosigkeit

mit kritischem Sinn mit- und übereinander und mit ihren Lesern, reflektieren ihr eigenes Leben und über das ihrer Völker; philosophieren schließlich über nichts weniger als über die heutige Beziehungskrise zwischen Russland und Deutschland sowie über ihre Heimatländer und suchen kenntnisreich nach Lösungen für die Zukunft, ohne sie zu finden zu können.

Die in Deutschland lebende russische Bürgerrechtlerin Irina Scherbakowa, aktives Mitglied der Menschenrechtsorganisation MEMORIAL und Organisatorin des russischen Geschichtswettbewerbs für Jugendliche, steht im Gespräch mit dem auch bei uns sehr populären deutschen Osteuropa-Historiker Karl Schlögel, das im Frühjahr 2015 in Berlin geführt wurde. Beide Wissenschaftler kennen einander bereits ziemlich lange und sind auch vielen hiesigen Lesern von »Leipzigs Neue« durch Besprechungen ihrer Bücher vertraut. In diesem Teil des Dialogs der beiden Autoren schwingen oft Privates und Autobiografisches, häufig auch eigene Erinnerungen mit. Nicht zufällig heißt das Eingangskapitel »Biografische Prägungen«; der folgende Abschnitt »Die Faszination des Anderen« nimmt die Fremdheit des Freundes, aber auch die des Gegners in den Blick. Der resümierende Schluss wird durch Begriffe wie »Geschichtsbild und Realität«, »Beziehungskrise«, »Das Ende des Imperiums«, aber auch durch die ewigen russischen Schlagwörter »Was tun?« und »Neue Generationen« charakterisiert.

Damit wird am Beispiel herausragender Persönlichkeiten und dem Kult um sie der Bogen vom beginnenden 20. Jahrhundert der Leninschen Revolution bis zu Wladimir Putins Praxis vom »starken Staat« und seiner erneuerten Sicht auf Eckpunkte russischer Geschichte geschlagen. Eben das macht den Reiz des Buches aus: Kenntnisreiche Zeitzeugen geben ihre Deutungen wichtiger geschichtlicher Ereignisse zu Protokoll, wobei allerdings ihr Blick auf die DDR und den Osten Deutschlands außen vor bleibt. Und selbst dort, wo man bei den beiden Gesprächspartnern anderer Meinung ist, bleibt immer das Gefühl, mit Spezialisten zu diskutieren, die einen mit ihren Kenntnissen über Russland, Deutschland und neuerdings die Ukraine bereichern. Gegen Ende dieses Dialogbuches schreibt Schlögel: »Wir müssen neu nachdenken über die Welt, in der wir leben, in der ein souveräner europäischer Staat angegriffen werden kann, in der die Europäische Union, wie sie sich über viele Jahrzehnte herausgebildet hat, vielleicht auseinanderfliegt.« Der geschichtliche Gang in Europa – man denke an die Ukraine, den Balkan, die gewaltige europäische Flüchtlingskatastrophe – zwingt zum Nachdenken. Schlögel und Scherbakowa regen dazu an.

• Erhard Hexelschneider

Irina Scherbakowa / Karl Schlögel. Der Russland-Reflex. Einsichten in eine Beziehungskrise. edition Körber-Stiftung. Hamburg 2015. 142 S., 17 Euro.



BRIEFKASTEN

Leonard Palm informierte uns und die Bahn über folgendes »Reiseerlebnis«

Heute Abend kam es in der Stadtbahn von Crimmitschau nach Leipzig zu Beleidigungen und Herabwürdigungen, zu Rassismus und Frauenfeindlichkeit in der Öffentlichkeit. Die Äußerungen wurden von der Zugbegleitung wahrgenommen. Auf Nachfrage reagierte sie mit der Bemerkung, da könne man nichts machen, die Betroffenen sollten einfach nicht hinhören.

Daher gelange ich zu der Überzeugung, dass solche zur Schaustellung von Rassismus und anderer Menschenfeindlichkeit von der Deutschen Bahn geduldet und dadurch unterstützt und befürwortet wird.

Ich fordere die Bahn auf, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und den Rassismus in ihren Gebäuden und Fahrzeugen nicht zu dulden und damit stillschweigend zu unterstützen. In dem betreffenden Zug, die S5 X, Abfahrt 18:17 in Crimmitschau, wurden Beleidigungen geäußert wie folgt: »Der Mohammed, der Mustafa, der kann das Geld gebrauchen, wirf dem mal 'n paar Cent zu!«, »ihr Ausländer geht doch nach Hause, warum geht ihr nicht dahin wo ihr hergekommen seid! Ich muss hier arbeiten und ihr seid alle so reich!« / »Auslän-

der raus, ihr Syrer, ihr nehmt uns das Geld weg, ihr seid schuld, dass ich so arm bin!« / »Mustafa! Mustafa!« / »Du bist doch sowieso nur eine Frau, irgendwo zwischen Haustier und Biomüll!« Diese Situation wurde von der Bahn über 45 Minuten lang geduldet.

Als Kunde und als Mensch bin ich persönlich beleidigt und lege großen Wert auf die Sicherheit meiner Mitmenschen in der Bahn, die Betroffenen fühlten sich bedroht und beleidigt. Angst haben die Menschen, die von Menschenfeindlichkeit bedroht sind und nicht die Rassisten und Menschenfeinde. Diese wähen sich in der Mehrheit, darum wird aus ihrer Angst der Hass, der eine Bedrohung ist, heute Abend eben auch für die Fahrgäste der Bahn!

Bitte korrigieren Sie diesen Fehler und erstatten Anzeige gegen die mit ihren Überwachungskameras aufgenommenen Personen, befragen Sie dafür die betreffende Zugbegleiterin als Augen- und Ohrenzeugin der Ereignisse! Fordern sie ihre Zugbegleitungen auf, keinen Rassismus und keine andere Menschenfeindlichkeit zu unterstützen, fordern sie sie auf, die zuständige Polizei jeweils zu verständigen, um die Gefährder zu entfernen.

Wir zitieren, mit Genehmigung des Empfängers, aus der **Antwort der Bundesbahn:**

*Sehr geehrter Herr Palm,
vielen Dank für Ihre E-Mail.*

Uns ist es wichtig, dass sich jeder Fahrgast in unseren Zügen gut aufgehoben fühlt. Unsere Mitarbeiter sind in diesem Zusammenhang angehalten zu vermitteln. In kritischen Situationen rufen sie die Bundespolizei hinzu. Diese ist häufig bei großen Bundesliga-Spielen auf den Bahnhöfen anwesend und begleitet zum Teil die Züge. Bei starker Auslastung unserer Züge können sie allerdings nicht in allen Wagen präsent sein.

Sie können die Bundespolizei auch selbst direkt unter der kostenfreien Telefonnummer 0800/688800 rund um die Uhr erreichen.

Was keine Ordnungskräfte oder Zugbegleiter lösen können, sind gesellschaftliche Probleme, wie sie sich in dem von Ihnen Erlebten ausdrücken. Anders als beim Flugverkehr finden bei der Deutschen Bahn keine Zugangskontrollen statt. Daher können auch Fahrgäste, die sich nicht zu benehmen wissen, unsere Züge nutzen.

Ihren künftigen Fahrten im DB Nahverkehr wünsche ich einen positiven Verlauf.

(Unterschrift)

Leipziger Louvre

Innerhalb von elf Monaten stemmt das Museum der bildenden Künste drei hochkarätige Ausstellungen: Bernini (November 2014), Paul Klee (März 2015) sowie Delacroix & Delaroche (seit Oktober 2015). Leipzig wäre gut beraten, wenn es dieses Engagement stärker unterstützt.

Beeindruckende Sammlungen und reizvolle Sonderausstellungen – dieses Haus muss mit einer neuen Initiative seitens der Stadtpolitik gestärkt werden. Gerade die aktuelle Ausstellung zu zwei französischen Ikonen zeigt, wie exzellent die internationale Vernetzung funktioniert. Es ist eine Sensation, dass sich der Pariser Louvre von der Ölskizze eines seiner Hauptwerke (»Der Tod des Sardanapal« von Eugène Delacroix) temporär und exklusiv für Leipzig getrennt hat. Louvre in Leipzig.

Zwischen Revolution und Restauration haben zwei Künstler gewirkt: Eugène Delacroix (1798-1863), der wilde Moderne, und Paul Delaroche (1797-1856), der feine Historienmaler. Oder anders ausgedrückt: Schwarze Romantik gegen glänzenden Salon. Zwei Künstler, die in Paris fußläufig entfernt ihre Ateliers hatten. Den Zeitgenossen galt Delaroche als der Größere, heute wird es anders wahrgenommen. Die Präsentation beider, die es bisher in Frankreich so auch noch nicht gegeben hat, ermöglicht den Vergleich, eine unmittelbare Meinungsbildung. Am Ende die Erkenntnis: Beide begegnen sich auf Augenhöhe. • **D.M.**

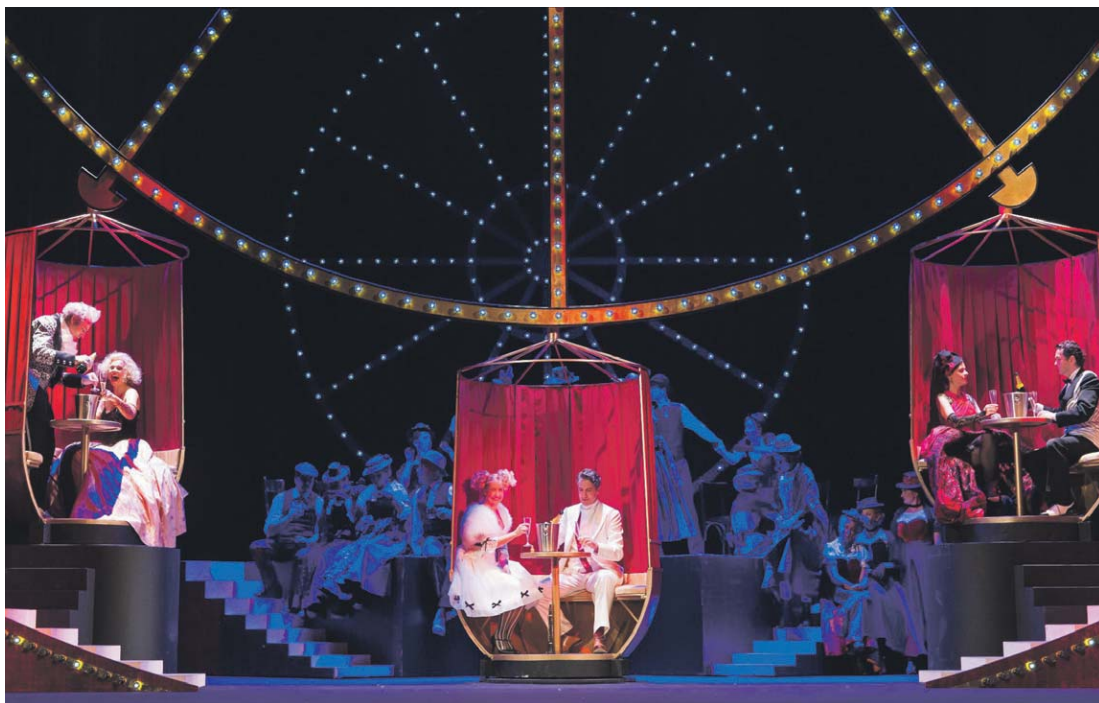


Paul Delaroche »Bonaparte überquer den St.-Bernhard-Pass im Jahr 1800«, 1850, Öl auf Leinwand, 279 cm x 214 cm, Liverpool, Walker Art Gallery

Foto: MdbK

»Eugène Delacroix & Paul Delaroche. Geschichte als Sensation«

Bis 17. Januar Museum der bildenden Künste Leipzig, Katharinenstr. 10: Di. u. Do.-So. 10-18 Uhr, Mi. 12-20 Uhr, Feiertage 10-18 Uhr, am zweiten Mittwoch im Monat freier Eintritt, Katalog: 39,- Euro



Ein ganz spezieller, walzerseeliger Saft, gekellert von Johann Strauß.

Foto: MUKO Leipzig

»Nachtschwalbe« ... karg »Wiener Blut« ... heiß

Einen derartigen Opernskandal wie bei der Uraufführung von Boris Blachers Einakter »Die Nachtschwalbe« nach einem Text von Friedrich Wolf im Jahr 1948 hat es seither in der Leipziger Oper nicht wieder gegeben. Das war aber, wie ich als Ohren- und Augenzeuge vor und während der Aufführung erlebte, keineswegs eine spontane Reaktion, sondern eine durch gezielte Mundpropaganda organisierte Aktion.

In diesem Stück gab es eine vom Regisseur erdachte handgreifliche Liebesszene auf einer Couch, die etliche Leute nicht zulassen wollten. Und genau da brach während der Vorstellung ein wildes Trillerpfeifenkonzert (wer geht eigentlich mit einer Trillerpfeife in die Oper?) los, das zur Unterbrechung der Vorstellung zwang. Erst als der Intendant vor dem inzwischen geschlossenen Vorhang erschien und erklärte, das ja auch Theaterbesucher anwesend sind, die für ihr Eintrittsgeld das Stück sehen und hören möchten, konnte weitergespielt werden.

Als dann der letzte Akkord noch gar nicht verklungen war, setzte ein noch wilderes Trillerpfeifenkonzert ein, das schließlich sogar zu einigen Handgreiflichkeiten im Parkett führte.

Nicht wenige Besucher der jetzigen Wiederaufführung im Spie-

gelzelt fragten sich, worüber sich die damaligen Trillerpfeifer empören konnten, zumal sich der Regisseur Kristof Spiewok an das Original hielt.

Er inszenierte das Werkchen, wie es von den Autoren gedacht war, als einen Einblick in die zwiespältige Seite des gesellschaftlichen Lebens in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Da wollten sich Viele endlich wieder vergnügen und es wurde in manchen Lokalen auch geschachtet.

Mehr als ein Versuch ist das Stück nicht. Friedrich Wolfs Text holpert zuweilen. Boris Blacher nutzte für seine Komposition Elemente der Musik der 1920er Jahre und der damaligen Gegenwart in sachlich kühler Weise. Das aber führten die Akteure und das klein besetzte Gewandhausorchester unter der Leitung von Christoph Gedschold einsatzfreudig und temperamentvoll vor. Die Premierenbesucher nahmen es beifallsfreudig auf.

*

Die Musikalische Komödie wartete indes mit einer opulenten Inszenierung der unverwüsthchen Operette »Wiener Blut« mit der Musik von Johann Strauß auf. Über das von den routinierten Textschreibern Victor Leon und Leo Stein erdachte Libretto mit Verwechslungen und Affären

muss man keine Worte verlieren. Der Vergnügen besteht darin, wie das Geschehen und die Musik geboten werden. Und da haben die Inszenatoren und der Dirigent mit dem wie immer ausgesprochen spielfreudigen Ensemble in die Vollen gegriffen.

Der bisherige Oberspielleiter und nunmehrige Gastregisseur Volker Vogel animiert die Akteure zu mimischen, gestischen und partiell auch artistischen Glanzleistungen. Für das wienerische Idiom des Stückes ist es ein Glücksfall, dass mit Mirjam Neuner und Andreas Reiner zwei österreichische, in Wien ausgebildete Künstler zum Ensemble gehören, deren Tonfall auch die anderen Akteure animiert. Mit ihnen brillieren Lili Wünschler, Iva Schell, Kostadin Arguirov, Radoslaw Rydlowski, Milko Milev, Patrick Rehbeck und weitere Ensemblemitglieder.

Die fabelhaften sängerischen Leistungen werden nach jeder Gesangsnummer mit spontanem Beifall bedacht. Der Chor, das Ballett und das vom neuen Chefdirigenten Stefan Klingele souverän geleitete Orchester erhielten ebenfalls lebhaften Applaus. Die stattlichen Bühnenbilder und die originellen farbenfreudigen Kostüme Beate Zoffs tun das Ihre zum starken Gesamteindruck dieses Abends.

• **Werner Wolf**

Stilles Requiem

Ein Schicksalsschlag zertrümmert eine Ehe: Sie haben ihren Sohn verloren. Umgekommen in Afghanistan. Nach Jahren treffen sich die Eltern wieder. Es werden Erinnerungen und Schmerzen geteilt, nachdem jeder sein Leben neu ordnen musste.

Lot Vekemans hat mit diesem Text im Jahr 2010 den niederländischen Theaterpreis gewonnen. Regisseurin Ev Schreiber zeigt dieses Zweipersonenstück im Theater Fact als beklemmendes Kammerstück. Ein Wiedersehen auf dem Friedhof im Schnee. Stille, die von Klavierakkorden gebrochen wird. Stille, die mitunter schwer auszuhalten ist. Trauer, die nicht zur Schau, sondern in den Raum gestellt wird. Die finale Frage nach dem Umgang mit dem Tod eines geliebten Menschen kann nicht beantwortet werden. Ev Schreiber hat den Text geweitet, neuen Interpretationen zugänglich gemacht, indem sie – entgegen dem Original – aus dem Sohn einen NATO-Söldner machte, der in Afghanistan eingesetzt wurde. Damit bekommt diese Geschichte eine politische Dimension. Privates und Politisches im Wechsel.



Das Licht- und Farbenspiel, von kaltem Blau, ausweglos, bis ins zart Morgenrote und Hoffungsgrüne. Mit wenigen Effekten gelingt Großes. Ein Lob an die Assistenz (Marcel Pütz) und Technik (Jens Fröhlich, René Switala).

Ute Hiersemann überzeugt durch ihre gestrandete Unerbittlichkeit, durch filigrane Härte. Dietmar Voigt zeigt sanftmütig die Abgründe, die auch im neuen Leben stecken. Fazit: Ein stilles Requiem, unter die Haut gehend. Akzeptieren, dass es das hier ist: unser Leben. • D.M.

Theater Fact,
Hainstraße 1, Leipzig
Kartentelefon: 0341 - 961 40 80

Foto: Tom Schulze/Theater Fact



Fassade
Schauspiel-
haus
Foto: D.M.

Freiheit der Einmischung

Am Puls der politischen Debatten zeigt sich die Doppelinszenierung von zwei so nahen wie fremden Texten: Das Leipziger Haus von Intendant Enrico Lübke ist das erste ostdeutsche Theater, welches den 2013 erschienenen Text »Die Schutzbefohlenen« von Elfriede Jelinek auf die Bühne bringt. Nicht allein dies ist bemerkenswert, sondern auch die erstmalige Verschränkung mit »Die Schutzfliehenden« von Aischylos.

Draußen prangt ein Transparent: »Das Land, das die Fremden nicht beschützt, geht bald unter.« Und dieser Geist des Westöstlichen Divans ist in den Mauern der Bosestraße zu Hause.

Mit drei mal drei Schlägen gegen den heruntergelassenen Eisernen beginnt das Spiel um Flucht, Leiden und gegebener und verweigerter Hilfe. Ein zerteiltes, wohl geborstenes Schiff, einer halbrunden Röhre gleichend, bildet den Raum (Bühne: Hugo Gretler), wo sich die Tragödien entfalten: »Vielfältig ist der Menschen

Not!« Aus ferner Zeit hören wir unsere Debatten, Aischylos lässt mahnen: »Wer Hilfe weigert, soll ehrlos sein!« In der Gegenwart landen wir mit der Literaturnobelpreisträgerin und dem ehemaligen KPÖ-Mitglied: Elfriede Jelinek. Sie weist auf die geistige Armut mancher Zeitgenossen und die nimmermüde Doppelmoral hin. Während Hilfesuchende im Kirchenasyl ausharren, werden Prominente schnell eingebürgert.

Enrico Lübke bürstet Aischylos nicht gegen den Strich, sondern lässt den Chor agieren und kommentieren. Zugleich wird Jelineks Text straff und dynamisch erzählt, die Stärken der poetischen, rhythmischen Vorlage nutzend. Es entsteht in der Bitterkeit des Geschehens eine virtuose Musikalität. Wortkaskaden stürmen, Flüchtlingsmonologe fließen. Dazu klebrige Süße, wenn mit altem Schlagler die Elendsszenen konterkariert werden. Spießige Seligkeit ergießt sich: »Die Freiheit brauchen wir für die Freizeit!« Sattes

Bürgertum gegen agiles Denken. Wahre Dialektik. Partygirls kontra Armut. Und hier scheint das Spielzeitmotto, allerorten plakatiert, blitzartig auf: »Wieso dürfen die und wir nicht!« Das Ensemble spielt in Höchstform, allen voran Ellen Hellwig: sensibel, weise und aufmüpfig. Intendant und Regisseur Enrico Lübke verbindet das vornehme und hohe Recht eines Stadttheaters auf Einmischung mit dem Bildungsauftrag. So erleben wir das ungeschminkt Gegenwärtige und die nie angestaubte Antike an einem Abend.

Fazit: Hier wird im besten Sinne aufgeklärtes und aufklärerisches Theater gezeigt!

• D.M.

**Nächste
Aufführungen:**
5. und 18. Dezember



Foto: Fiebelkorn

Das Letzte:

Ja, dieser Durchgang von den Passagen zur Petersstraße war mal Kult, als im Petershof fast 70 Jahre der international bekannte Filmopalast »Capitol« einlud. Längst abgerissen und durch Ladentempel wie »Kult« ersetzt. Nur, die werden offenbar kein Kult, denn sie geben sich jährlich die Klinke in die Hand.. Die »Kult«-Reklame ist inzwischen wieder abgebaut. Dichtgemacht hat der Laden. Nun soll ein Hotel rein. Und was wird aus dem berühmten, inzwischen verrotteten »Hotel Astoria« am Hauptbahnhof?, fragen da die Alt-Leipziger. Müssen wir uns weiter an diese Bausünden gewöhnen? • mic

»Aufschwung Ost« – Kapitalismus ohne Grenzen



In den 1990er Jahren erschien – auch getragen von Wellen der öffentlichen Erregung – über die Treuhandanstalt eine Flut von Veröffentlichungen, die im Jahrzehnt danach deutlich abebbte. Obwohl prägend bis in die Gegenwart, scheint die Verfahrensweise der Privatisierung – die Wandlung der Treuhand vom Bewahrer zum Verkäufer des

›Volks‹eigentums – als Thema abgehakt. Obwohl in diesem Kapitel der Geschichtsschreibung ›dunkle Punkte‹ bleiben, hinter denen oft leicht erkennbare Interessen stehen. Wem im Osten die Galle hochkam, der sollte aufs Messer spucken, nicht auf die Operateure.

Seit vielen Jahren bewegen sich die einschlägigen Publikationen zwischen Beweihräucherung (so Fischer/Hax/Scheider: »Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen«, 1993) und Fundamentalkritik (Otto Köhler: »Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte«, 1994, 2011).

Klaus Behling nennt sein jetzt veröffentlichtes Buch: »Die Treuhand. Wie eine Behörde ein ganzes Land abschaffte«. Wer zwei Jahrzehnte nach Schließung der Anstalt mit einer Neuerscheinung aufwartet, muss sich die Frage nach dem eigenständigen Beitrag gefallen lassen. Es bestehen nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist bislang unentdecktes Tatsachenmaterial auszuwerten oder bekannte Vorgänge und Dokumente werden mit einem neuem analytischen Ansatz gesichtet. Um es vorwegzunehmen: Behling bietet keins von beidem.

Gelungenen Kapiteln zu einigen

Aspekten (z. B. zur gescheiterten Privatisierung der Landwirtschaft) steht oberflächlich Zusammengefasstes gegenüber (wie beim Kriminalfall Berliner Wärmeanlagenbau). Dass es keine neuen ›Enthüllungen‹ zu Wirken und Auswirkungen der Treuhand gibt, ist gewiss nicht Behling anzulasten. Wozu aber bereits vielfach und ausführlich Dargestelltes – ich nenne nur die Skandale in der Treuhandniederlassung Halle – hier noch einmal ›aufgebrüht‹ wird, hat sich mir nicht erschlossen.

Eine Fleißarbeit – mit Lücken. Leider fehlen, auch bei einschneidenden Details, Quellenangaben. Ausgiebig ist eine Fülle von Prominenten-Zitaten (Christa Luft, Lothar de Maizière, Theo Waigel usw.) mit einer Vielzahl von Privatisierungsbeispielen (von Interflug und Interhotels bis zu Sachsenring) aneinandergereiht. Dazu referiert der Autor ›Volksgemurmel‹, von Kneipenbesuchern oder ›einer Frau im Fleischerladen‹ oder einer ›dicken Frau‹, das er noch küchenpsychologisch ausdeutet, etwa so: »Das Volk baute darauf, es würde schon alles gut gehen. Der Zug in die Einheit mit dem reichen Bruder aus dem Westen rollte.«

Fragen über das Tagesgeschäft hinaus – ich erinnere nur an das Agieren der Banken – bleiben weitgehend unbeleuchtet. Offenkundige Defizite, die jeden erwarten, der sich mit dem Thema Treuhand befasst, werden nicht benannt: beispielsweise die Aktivität oder Passivität des Verwaltungsrats; immerhin: Wenn Verkäufe oder Schließungen von Betrieben mit hohen Umsatz- und Beschäftigtenzahlen abzustimmen waren, spielten die Ministerpräsidenten ostdeutscher Länder und Gewerkschaftsvertreter eine Rolle – welche, das bleibt in ferner Zukunft zu klären. Eine tiefgehende Darstellung von Macht und Eigenmächtigkeit der Treuhandanstalt wird sich erst schreiben lassen, wenn die Sperrfristen für Vorstands- und Verwaltungsrats-Akten abgelaufen, also alle Beteiligten und Betroffenen tot sind.

Behlings Treuhand-Bilanz, für die am Schluss fünfzig Seiten aufgewendet werden, gerät jedoch so ›abgewogen‹, dass der Autor dahinter verschwindet.

• Norbert Marohn

Klaus Behling: *Die Treuhand. Wie eine Behörde ein ganzes Land abschaffte.* Edition Berolina 2015, 480 S., 14,99 Euro

Die Politik hätte die Entscheidungen, die wir treffen mussten, nie fällen können. Sie hätte das nie verkräften können. Abgeordnete wollen wiedergewählt werden. Dies gehört zur Logik unserer Ordnung.

Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel, 1993



184 Seiten mit Grafiken
von Marc Ranstetter
11,90 Euro

Erscheint am 14. Dezember 2015
Bestellschrift per Post:
Berg Edition, Oststraße 39,
04420 Markranstädt,
Bestellungen per Mail:
bergpr1@gmx.de

Der Autor, seit acht Jahren mit kürzeren Unterbrechungen im Hartz-IV-System gefangen, spürt aus eigenem Erleben Menschenrechtsverletzungen nach, misst diese am Grundgesetz der Bundesrepublik und vergleicht deren Auswirkungen auch mit Unrecht in der DDR. Er provoziert hin und wieder: Ob nicht jeder, der im Jobcenter Bedürftige sanktioniert und Leistungen streicht, Körperverletzung begehe?

Er wirft den Parteien zweierlei Maß vor und fragt, ob Deutschland wieder am Ende einer Republik und vor einer neuen Diktatur steht.

Er kritisiert die Justiz, die längst nicht so unabhängig ist, wie sie dargestellt wird.

Und ihn interessiert die Rolle des Verfassungsgerichtes, welches die Menschenrechtsverletzungen duldet und trotz Rügen der UNO die Augen vor der bundesdeutschen Realität verschließt.

Eine Streitschrift, die einen gesellschaftlichen Diskurs »Quo vadis Deutschland?« anschieben möchte. Widerspruch ist daher erwünscht. LN

Derzeitige Sportberichte sind meist Nachrichten, über Doping, Korruption, Gewalt und auch Terror.

Korruption im Zusammenhang mit dem Fußball – FIFA-Skandal, DFB-Praktiken um die WM-Vergabe 2006 an Deutschland – und dann noch eine Werbung für ein Fußballbuch in »LEIPZIGS NEUE«.

Ja, jetzt unbedingt, denn es hebt sich ab von der allgemeinen Sportliteratur, die oft im Regal steht.

Wie es der Titel sagt, der Dresdner Fußballspieler und -trainer Eduard Geyer denkt laut über den Sport und die Welt nach. In zwanzig äußerst lesenswerten Kapiteln, auch für Nichtfans, gibt er Antworten nicht nur auf folgende Fragen: »Was bekam denn ein (DDR)-Nationalspieler für die Nominierung oder als Auflaufprämie, wenn er von Anbeginn spielen durfte?«

»Waren Sie Fan des westdeutschen Fußballs?«

»Warum traten Sie im April 1990 als Verbandstrainer zurück?«

»Der Fußball definiert sich immer mehr über Geld. Macht das die Sportart nicht kaputt?«

• Ralf Fiebelkorn



Eduard Geyer: *Einwürfe. Über Fußball, die Welt und das Leben in Gesprächen mit Gunnar Meinhardt.* Neues Leben Berlin 2015, 272 S., 17,99 Euro

Man möchte immer weinen und lachen in einem



Die Überschrift, die der Aufbau Verlag diesem Buch gab, findet sich in Klemperers darin abgedruckten Tagebuch und bringt die darin vorherrschende Gefühlsambivalenz des damals in München lebenden Romanisten auf den Punkt, bezogen auf die im Untertitel »Revolutionstagebuch 1919« bezeichneten historischen Ereignisse. Dazu gehört auch der nachfolgende »Hinweis zum Text«, in dem es heißt: »Die zweispaltig gesetzten Zeitberichte verfasste Victor Klemperer unmittelbar im München der Revolutionszeit zwi-

schen Februar 1919 und Januar 1920, unter dem Pseudonym »A.B.-Mitarbeiter« (Antibavaricus) für die »Leipziger Neuesten Nachrichten«. Ein Großteil der Berichte wird hier erstmals zugänglich gemacht.« Von diesen im Zeitungsdruck zweispaltig wiedergegebenen Texten unterscheiden sich jene, die in »normalem Satzspiegel« zu lesen sind, »1942 auf die Revolution zurückschauend« entstanden, zu jener Zeit also, als der Philologe Klemperer damit anfang, für sein 1947 erschienenes Buch »LTI« die Sprache des »Dritten Reiches« kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Im Bildteil des Buches dokumentiert ein Foto dagegen die Geburtsstunde des Journalisten, der just in den Revolutionswochen als Privatdozent von Leipzig nach München übersiedelte. Es zeigt das »Cafe Merkur«, wo sich Klemperer mit Mitarbeitern der hiesigen Tageszeitung traf, die ihn zum »Antibavaricus« werden ließen, für ein Blatt mithin, das er später zutreffend »reaktionär« nannte. Der erste nach Leipzig geschickte Text ist »Politik und Bohème« überschrieben und verrät auch gleich, wen der zugehörte Akademiker dazu zählt: die »Urbayern Eisner, Mühsam und Leven«, die er in der Folgezeit auch persönlich kennenlernte und die in den nächsten Wochen den Revolutionsverlauf maßgeblich mitbestimmen werden, bis sie so enden werden wie in Berlin Karl Liebknecht und Rosa

Luxemburg, ermordet von denen, die nun auch nach München auf den Weg gebracht werden, mit »weißem Terror« zu beenden, was Klemperer: zuvor in den Tagen der Räterepublik als »roten Terror« wahrgenommen hat.

Was Historiker über diese Zeit geschrieben und Dokumentaristen anhand von zeitgeschichtlichem Material aufbereitet haben liest sich bei Klemperer selbst in den später geschriebenen Tagebucheintragungen tafrisch aus dem unmittelbaren Erleben heraus: Gespräche mit Freunden und Kollegen und Bajuarisches aus Volkes Mund, das anders als die intellektuellen Protagonisten in den »Preußen« nun ihre Befreier mit Jubel empfangen (den heimischen Ritter von Epp eingeschlossen), dessen Freicorps sich nun auch die Studenten der Universität anschließen und dafür vom Studium freigestellt werden.

Als Nachspiel der Ereignisse von 1919 hat Klemperer am 17. Januar 1920 unter dem Titel »Münchener Tragikomik« eine Episode notiert, die für sich spricht: »Eine eigentümliche Büchersammlung steht hier seit einiger Zeit zum Verkauf (...) All diese Bücher tragen den Stempel, manche den selbstgeschriebenen Namen des Besitzers: Kurt Eisner (...) Daß es sich hier aber um die Bibliothek des bayrischen Ministerpräsidenten handelt, wer wollte das erraten? Es ist Münchener Tragikomik.« Als »Tragiko-

mödie« erscheint dem Chronisten nicht weniger, was die Studenten zu dieser Zeit veranstalten. Sie gehen für den Eisnermörder, der vor Gericht steht, auf die Straße.

Der Schlusstext mündet in Klemperers eigene Definition: »Es ist tragisch für den Beteiligten und komisch für den uninteressierten Zuschauer. Wie schade, daß man nicht gleichzeitig bloßer Zuschauer sein kann, wenn man Deutscher ist.«

Was auf 1919 folgte, hat Jahre später ein echter Bayer in einem Roman mit dem Untertitel »Drei Jahre Geschichte einer Provinz« fortgeschrieben, nun schon mit einem Akteur auf der historischen Bühne, der München als »Hauptstadt der Bewegung« adelte, nämlich Lion Feuchtwanger in seinem Roman »Erfolg«. Danach hat Klemperer als Tagebuchschreiber fortgesetzt, was einst in München begann. So auch das, was unter dem Titel »LTI« in unseren Tagen wieder in die Hand genommen zu werden verdient, wenn auf Straßen und Plätzen in Wort und Schrift wieder Töne angeschlagen werden, deren Herkunft wir kennen sollten.

• Klaus Schuhmann

Victor Klemperer: Man möchte immer weinen und lachen in einem. Revolutionstagebuch 1919, mit einem Vorwort von Christopher Clark und einem Essay von Wolfram Wette Berlin 2015, Aufbau Verlag, 263 S. 19,95 Euro

Bewahren vor dem Vergessen

Leonhard Kossuth: ... aber der Wagen, der rollt. Literatur- und Zeitgeschichtliches in 120 Rezensionen. Zum Gedenken an Charlotte Kossuth. NORA Verlagsgemeinschaft, Berlin 2015. 612 Seiten, 36,00 Euro.

Kossuth hat diesen Band seiner 2014 verstorbenen Frau Charlotte gewidmet. Insofern ist dies auch ein sehr persönliches Buch. Es lebt von Materialien über Entwicklungen und Prozesse in der einstigen Sowjetunion – künstlerisch erfasst, gespiegelt, dargestellt, manchmal überhöht, manchmal verstörend, von schon bekannten und anerkannten Meistern des Wortes oder eben die Bühne der Literatur Betretenden und literaturkritisch sowie in Übersetzung für die Öffentlichkeit (in der DDR) aufbereitet. Ihre Bedeutung ist seit dem Zerfall der

Union, wie umgekehrt, auch durch das Verschwinden der DDR, also des »Rezipienten«, in einem analogen Vorgang Geschichte geworden. Eine Tatsache, die den Verfasser mit seinem scharfen Blick für historische wie aktuelle Geschehnisse beschäftigt und das Entstehen dieses Bandes begleitete. Was er auch immer wieder seinen Lesern vermittelt (z. B. das Nachdenken über die aktuellen Ereignisse in den früheren baltischen Sowjetrepubliken, einst einem besonders üppig sprudelnden Quell literarischer Neuentdeckungen – die psychologischen Romane der Litauer Mykolas Skuckis oder Justinas Marcinkevicius zum Beispiel, seinerzeit von Volk und Welt für die DDR »entdeckt«). So gesehen hat der Band den Charakter einer Publikation historischer Quellen, deren Haupterzeuger Kossuth ist. Er hat durch rastlose Rezensententätigkeit, Literaturpropaganda im besten Wortsinne, für ein wertvolles Konvolut gesorgt, das – welches ein Glücksumstand! – nicht in einem Archiv abgelegt, sondern nun in Buchform der Öffentlichkeit anvertraut wurde.

Namentlich sei auf Kossuths fast anderthalb Jahrzehnte währende re-

gelmäßige Medienpräsenz als »Kritiker am Mikrofon« verwiesen. Das Ergebnis: über 60 Beiträge von je etwa 3112 Druckseiten, in denen die deutsche Ausgabe (zumeist von Übersetzern des Volk-und-Welt-Verlags) soeben entstandener oder bereits »gestandener« Werke von Autoren aus der multinationalen Sowjetunion besprochen werden. Und zwar dergestalt, dass der Leser freilich mit einem hohen geistigen Anspruch – jedes Mal eine kleine »Literaturgeschichte« geboten bekam. Mühelos kann man über 100 Autoren herausfinden – von Fjodor Abramow und Wassil Bykau über Paul Kuusberg, Valentin Rasputin, Juri Rytcheu bis Otar Tschiladse und Arvo Valton, über die auf diese Weise Kenntnis gegeben wird: über das gesellschaftliche Sein, das sie umgab, das sie beschrieben, über ihren Schaffensprozess, ihre Einordnung in kulturelle Entwicklungen, über Bezüge zur nahen und ferneren historischen Vergangenheit. Für Kossuth bot sich – davon kann man wohl ausgehen – mit dieser medienmäßigen Einbindung eine großartige Möglichkeit, sein Maßstäbe setzendes Mitwirken an der verlegerischen Rezeption literarischer Werke aus der nationalen Viel-

falt sowjetischer Literatur, so wie sie sich im damaligen zeithistorischen Umfeld mit all ihren Widersprüchen entfaltete, für das Lesepublikum in seinem Land erlebbar zu machen, das ja für ähnliche oder gleichartige gesellschaftliche Ziele stand.

Er bekennt, dass er für sich nicht in Anspruch nimmt, »die Multinationalität der Sowjetliteratur ... entdeckt zu haben«, es ihm aber in seiner verlegerischen Methodik explizit um die »Erschließung der National-literaturen der UdSSR« ging, darin eingeschlossen die Kenntnisnahme der jeweiligen Geschichte und kulturellen Spezifik. Und – als Methodik – die zielgerichtete Recherche. Es fällt nicht schwer, diese Grundsätze in den Rundfunkrezensionen und Texten nachzuvollziehen.

Auch mit dem vorliegenden Buch nimmt er Bewahrenswertes vor dem Vergessen (und Verfälschen!) in Schutz. Man sollte es unbedingt im Kontext mit den vorangegangenen Publikationen aus seiner Feder, die ja alle das legendäre DDR-Verlagshaus Volk und Welt aus der Sicht dieses Akteurs betreffen, zur Kenntnis nehmen.

• Sonja Striegnitz

»Tänzeln über ein Minenfeld«

25 Jahre nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD hat die Journalistin Burga Kalinowski 27 ehemalige DDR-Bürger – es sind Bürgerrechtler, Schauspieler, Künstler, Arbeiter, Politiker u.a.m. – befragt:



Für die Autorin ist Erinnern an die Geschichte der DDR »Tänzeln über ein Minenfeld«. Denn: »Man weiß nie, welche Vorstellung wird sofort in der Luft zerfetzt, welche Bilder bleiben, welche werden überschmiert oder, schlimmer noch, vernichtet und welche werden als Waffe zur Lüge umretuschiert.« Ein bemerkenswerter Propaganda-Erfolg der neuen Erinnerungs- und Gedenkkultur sei es, dass mittlerweile etliche in der DDR gelebte Menschen ihrem eigenen Leben nicht mehr so ganz übern Weg trauen.

Die von Burga Kalinowski Befragten haben die politischen Ereignisse 1989/90 erlebt und in unterschiedlichem Maße mitgestaltet. Sie fragt, welche ihrer einstigen Erwartungen, Ziele und Hoffnungen wurden verwirklicht, von welchen Vorstellungen mußten sie sich trennen, mit welchen unerwarteten Entwicklungen sahen sie sich konfrontiert.

Die Antworten belegen einmal mehr, dass für die Menschen die sich im Zuge einer umfassenden Volksbewegung vollziehende politischen Wende, verstanden als tiefgreifende revolutionäre Erneuerung der DDR, ein grundlegender Lebenschnitt war. Für viele stand jedoch, wie Peter Bause (Schauspieler) sagt, »die Gesellschaftsordnung nicht infrage. Der Sozialismus sollte ein anderer werden, ein demokratischer und offener Sozialismus.« Unterschiedlich nuanciert, ist das auch die Meinung

nahezu aller von Kalinowski Befragten. Steffen Mensching (Kulturwissenschaftler, Intendant) sagt von sich: »Das war nicht die Wende, die ich wollte.« Und Daniel Rapoport (Chemiker) urteilt: »Die Wende ist auf jeden Fall nicht etwas, das ich gewollt habe, sondern eher etwas, das mir zugestoßen ist.« Isolde Paris (Garten- und Landschaftsgestalterin) verweist auf Jurek Becker, der kurz vor seinem Tod 1997 in einem Interview sagte: »Ich hätte mir gewünscht, dass die DDR mehr Erfolg gehabt hätte.« Dass sie untergegangen ist, ist nicht schade, »diese DDR hat es nicht besser verdient. Aber das, was die DDR hätte sein können, untergegangen ist, darum tut es mir sehr leid.« Andere sehen das anders. So Alicia Garay-Garate (Erzieherin), die 1974 mit ihrem Mann und den sechs Kindern aus Chile in die DDR geflohen war und hier eine zweite Heimat gefunden hatte.

»In den 25 Jahren, die seither vergangen sind, hat sich bei mir die Überzeugung gefestigt, dass wir nichts dringender brauchen als eine Alternative zu dieser Gesellschaft, die die ostdeutschen Anführer, Frau Merkel und Herr Gauck, als alternativlos bezeichnen.«

Gisela Oechelhaeuser,
(Germanistin, Kabarettistin)

Auf die Frage, warum es nicht die von ihnen gewollte Wende war, lauteten die Antworten: »Ich habe gehofft, dass die Idee gerettet werden kann... Denn viele Menschen haben gelebt für diese Idee bis hin zum Martyrium.« Wir wollten Reformen, »das ist ein Riesenunterschied zu dem, was dann kam«, (Ronald Paris, Maler und Grafiker). »Der Westen, der viel, viel bunter nach außen wirkt, ist nach innen viel, viel grauer, als der Osten es je war« (Daniel Rapoport).

Und Manfred Stolpe (Jurist, Ministerpräsident des Landes Brandenburg 1990-2002) betont, sich stets gegen jede Verteufelung der DDR und gegen die übliche Schwarz-weiß-Malerei gewendet zu haben. Den Kapitalismus, der über die DDR kam, findet er als »bedrohlich, weil es eine Gesellschaftsordnung ist, die mehr auf Egoismus setzt als auf Gemeinwohl. Das macht Angst. Es ist eine Gesellschaftsordnung der spitzen Ellenbogen.« Die gefährlichste Ausprägung des Kapitalismus sieht Stolpe im Finanzkapital. »International

organisiert«, sagt er, »entgleitet es dem Zugriff der einzelnen Staaten, und man hat den Eindruck, dass wir an einen Punkt gekommen sind... wo Regierungen oft gesteuert werden von Kapitalinteressen«. Ähnliches sagt H.-J. Tschiche (Theologe, Politiker) über seine Haltung zur DDR. Mario Walter (Lockschlosser, Lockführer, Busfahrer) erklärt unumwunden, sich im Westen, wo »alles kalt« sei, nicht wohl zu fühlen. Er meint: »Dieser Staat muß einfach sozialer werden, menschenfreundlicher. Es ist schon verachtend, was hier passiert beim Arbeiten. Das ist das totale Ausnutzen... Das ist alles rückschrittlich... Die Ausbeutung wird immer schlimmer. Im Grunde genommen lebt man in Angst, was morgen ist.« Diese Erfahrung, dass in sozialer Hinsicht die DDR der BRD eindeutig überlegen war, prägt viele Antworten. Auf die damit verbundenen Schwierigkeiten für den ökonomisch schwächeren Staat, weist Christa Luft hin. Bedenkenswert ist, was Peter-Michael Diestel, der mit Gleichgesinnten in Leipzig die »Deutsche Soziale Union« gegründet hatte, über die Negierung von Ostinteressen sagt.

Walfriede Schmitt (Schauspielerin), die von sich sagte, dass die »Mächtigen in meinem Land es uns zunehmend schwer gemacht haben, dieses Land zu lieben«, erkannte frühzeitig die Gefahren, die der DDR drohten, worum es wirklich geht in der kapitalistischen Welt: »Um Macht, um Besitz, um Sieg! Sieg um jeden Preis!« Von ihr war daher zu hören: »Passt bloß auf das kleine graue Land auf. Was danach kommt, wird wild.«

Rainer Kirsch, im März 1990 Vorsitzender des Schriftstellerverbandes geworden, war erstaunt »von der Masse der krähenden Wendehälse, die auf einmal alles schon gewusst hatten und nun stolz waren, das Sagen zu haben. Und was für Leute da hochgesprül wurden.« Man wollte als Sieger der Geschichte dastehen. »Und wenn man selber nichts leistet, haut man wenigstens andere in die Pfanne.« So wurde nach der Wende Prof. Dr. Siegfried Vogel, als Neurochirurg in der internationalen Fachwelt ein gefragter Kollege, übel mitgespielt, als es um seine Berufung an die Charité Mitte ging. Der Vorgang, über den Vogel ausgiebig berichtet, ist nicht nur skandalös, sondern nahezu kriminell. So wurden »zum Beispiel 160 000 D-Mark an den Gesundheitssenator gezahlt, damit ich keine Stelle in Berlin bekomme«.

Gisela Oechelhaeuser, (Germanistin, Kabarettistin), sagt von sich: »In den 25 Jahren, die seither vergangen

sind, hat sich bei mir die Überzeugung gefestigt, dass wir nichts dringender brauchen als eine Alternative zu dieser Gesellschaft, die die ostdeutschen Anführer, Frau Merkel und Herr Gauck, als alternativlos bezeichnen.« Und sie ergänzt: »Unsere Erde ist in Not. Keine der Überlebensfragen ist in den letzten 25 Jahren auch nur im Ansatz gelöst worden: nicht die Erhaltung der Erde ist das gewinnbringende Geschäftsmodell, nein ihre Verramschung und Verschacherung.« In aller Deutlichkeit ist von ihr zu hören: »Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Der Reichtum wächst, ohne dass die Armut abnehmen würde. Die Schwachen haben anscheinend keine Stimme. Es ist so viel Unrecht und so wenig Empörung dagegen. Nein, das kann es wirklich noch nicht gewesen sein!«

Für Victor Grossmann, der 1952 als Deserteur der US-Armee in die DDR gekommen war, hatte den Ruf »Wir sind ein Volk« höchst kritisch beurteilt. Die DDR war auf Antifaschismus gebaut, von Anfang an. Im Unterschied zu ihr, war »die Bundesrepublik von oben bis unten absolut bis in die sechziger, siebziger Jahre von Nazis durchsetzt«. Ganz in diesem Sinne war für ihn die DDR »trotz all ihrer Dummheiten und ihrer Bosheiten ein großer Fortschritt... Die DDR war eine Barriere gegen diese Krupp-, Thyssen, Deutsche-Bank-Leute. Deshalb blieb ich der DDR treu.«

Der historische Rückblick belegt, dass zwischen »Wir sind das Volk!« und der folgenden Entwicklung »Wir sind ein Volk!« strikt zu unterscheiden ist. War ersteres auf die Erneuerung und damit auf den Erhalt die DDR gerichtet, diente die Entwicklung danach ihrer Liquidierung mittels der Einverleibung in den BRD-Kapitalismus. Letzteres war seit der Gründung der BRD das Ziel, wofür der Artikel 23 des Grundgesetzes galt. Bereits im Vorfeld der DDR-Volkstammerwahlen am 18. März 1990, die seitens der BRD aggressiv als eine innerdeutsche Wahl geführt worden war, war eine grundlegend neue Lage erkennbar. Die Abwicklung der DDR wurde zur Chefsache ihrer neu gewählten Regierung.

Den an der deutschen Zeitgeschichte Interessierten ist dieses Buch wärmstens zu empfehlen.

• Kurt Schneider

Burga Kalinowski: »War das die Wende, die wir wollten? Gespräche mit Zeitgenossen.« Verlag Neues Leben, Berlin 2015. 319 Seiten, 19,99 Euro

1 / KALENDERBLATT Vor 125 Jahren geboren: Theodor Neubauer

Geboren am 12. Dezember 1890 in Ernschwert an der Werra, übersiedelte Theodor Neubauer 1990 mit seinen Eltern und drei Geschwistern nach Erfurt, wo er von 1901 bis 1910 das Gymnasium besuchte. Der Vater war kaisertreuer Nationalist, der seine Kinder in diesem Sinne erzog. Nach der Reifeprüfung studierte der Sohn in Brüssel, Jena und Berlin Geschichte und neuere Sprachen und legte die Prüfungen für das Lehramt an Höheren Schulen ab. Ende 1913 promovierte er zum Thema »Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Erfurt vor der Reformation«. Entsprechend seiner damaligen neoliberalen Gesinnung, meldete sich Neubauer 1914 freiwillig zum Kriegsdienst, aus dem er nach einer Gasvergiftung, an der Westfront 1917, als Leutnant ausschied.

Im Dezember 1918 wurde er Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und im Spätsommer 1919 trat er in die USPD ein. Zunächst als Hilfslehrer am Lyzeum in Erfurt tätig, wurde Neubauer aus dem Schuldienst entlassen, da er sich im März 1920 als einziger Lehrer der Schule am Generalstreik gegen den Kapp-Putsch beteiligt hatte. Er übersiedelte nach Ruhla, fand eine Anstellung als Oberlehrer und stieß im Dezember 1920 mit den USPD-Linken zur KPD. Ab 1. Oktober 1922 war er Studienrat am Realgymnasium in Weimar.

1921 wurde Neubauer für die KPD in den Thüringischen Landtag gewählt. Im Oktober 1923 gehörte er als Staatsrat für Gotha der sozialdemokratischen – kommunistischen Arbeiterregierung in Thüringen an. Als er gegen den Einmarsch der Reichswehr protestierte, wurde seine Immunität aufgehoben. Es gelang ihm jedoch, durch Flucht ins Rheinland der Verhaftung zu entgehen. Ab Dezember 1924 gehörte er dem Reichstag an. 1929 wurde er als Finanzsachverständiger der Reichstagsfraktion der KPD nach Berlin berufen.

In der vordersten Linie im Kampf gegen den Faschismus stehend, wurde Neubauer im August 1933 verhaftet und von der faschistischen Justiz zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Bis 1939 wurde er in den Zuchthäusern Berlin-Plötzensee und Brandenburg/Havel-Görden sowie in den Konzentrationslagern Lichtenburg, Papenburg, Esterwegen und Buchenwald gefangengehalten. In Buchenwald gehörte er der Leitung der illegalen Lagerorganisation der KPD an. Nach seiner Entlassung im Jahre 1939 nahm er sofort wieder Kontakte zur illegalen Arbeit der KPD im Innern des Landes auf und wurde im Sinne der Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD wirksam. 1943/44 gehörte er der operativen Leitung der KPD an.

Am 14. Juli 1944 verhaftete die Gestapo Neubauer erneut. Der faschistische »Volksgerichtshof« verurteilte ihn am 8. Januar 1945 zum Tode. Am 5. Februar wurde Theodor Neubauer im Zuchthaus Brandenburg/Havel-Görden ermordet.

• Kurt Schneider



Dieser Stolperstein wurde in Tabarz gesetzt.

Foto: Wikipedia

Am 20. November 1945 begann in Nürnberg – der Stadt der einstigen Reichsparteitage der NSDAP – vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMG) Großbritanniens, der UdSSR, der USA und Frankreichs der Prozess gegen einen Teil der deutschen Hauptkriegsverbrecher. Einige hatten sich durch Selbstmord der Verantwortung entzogen (Hitler, Himmler, Goebbels). Der Einbeziehung der hauptverantwortlichen Monopolherren stimmten die Westmächte nicht zu.

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess erfolgte gemäß den alliierten Vereinbarungen: der Moskauer Erklärung über die Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Verbrechen vom 30. Oktober 1943, auf der Grundlage des Londoner Abkommens vom 8. August 1945 über die Bildung eines Gerichtshofes zur Aburteilung von solchen Verbrechen, für die ein geografisch bestimmter Tatort nicht vorhanden ist sowie dem Statut des Internationalen Militärgerichtshofes vom 6. Oktober 1945. Hauptanklagevertreter waren Robert H. Jackson (USA), Francois de Menthou (Frankreich), R. A. Rudenko (UdSSR) und Sir Hartley Shawcross (Großbritannien). Als Vorsitzender des Internationalen Militärgerichtshofes fungierte der britische Lordrichter Lawrence. Großbritannien hatte die längste Zeitspanne (vom 3. September 1939 bis 8. Mai 1945) aktiv Krieg gegen Hitlerdeutschland führen müssen. Die Bestrafung von Kriegsverbrechern gehörte schon früh zu den offiziellen Zielen der Antihitlerkoalition.

Auf der Grundlage des Statuts des IMG beinhaltete die Anklage Verbrechen gegen den Frieden (Verschwörung zu Handlungen gegen den Frieden, Führung eines Angriffskrieges), Kriegsverbrechen (im engeren Sinne, zum Beispiel gegen Kriegsgefangene und Zivilpersonen) und Verbre-

chen gegen die Menschlichkeit (Mord, Verfolgung und unmenschliche Handlungen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen).

In Nürnberg wurden erstmalig in der Geschichte die für die Vorbereitung und Entfesselung eines Aggressionskrieges Verantwortlichen haftbar gemacht und verurteilt. Das betraf auch faschistische Organisationen und Gruppen. Zwölf Angeklagte wurden zum Tode verurteilt (Göring, Ribbentrop, Rosenberg, Frank, Frick, Bormann, Streicher, Seyß-Inquart, Sauckel, Kaltenbrunner, Keitel, Jodl), sieben zu Freiheitsstrafen zwischen zehn Jahren und lebenslänglich (Heß, Funk, von Schirach, Speer, Raeder, Dönitz, von Neurath). SS, SD, Gestapo und das Korps der politischen Leiter wurden zu verbrecherischen Organisationen oder Gruppen

erklärt. Das offizielle Protokoll des Nürnberger Prozesses (42 Bände) stellt ein wichtiges Quellenmaterial zur Geschichte des Naziregimes dar. Die Schuld der Verurteilten war nach den in und zwischen den zivilisierten Staaten geltenden Rechtsgrundsätzen unbestreitbar.

Im Statut des IMG und im Nürnberger Urteil wurden neue, demokratische Grundsätze des Völkerrechts angewandt. Sie fanden ihre Bestätigung als allgemeingültige Grundsätze am 11. Dezember 1946 durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen.

Die Verpflichtung des einzelnen Bürgers auf die allgemeinen Regeln des Völkerrechts und das Verbot eines Angriffskrieges gingen auch in das Grundgesetz der BRD ein (Artikel 25 und 26).

Gemäß den mit dem Statut des IMG begründeten und von der Vollversammlung der UNO bestätigten völkerrechtlichen Grundsätzen wurden und werden vom Internationalen Strafgerichtshof Verfahren wegen Kriegsentfesselung, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen einige afrikanische und einige vormalige in Jugoslawien herrschende Staatsmänner geführt. Es ist geboten, in gleicher Weise auch gegen andere Schuldige wegen Entfesselung von Angriffskriegen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorzugehen, beispielsweise gegen George W. Bush, Blair und Rumsfeld.

Im 21. Jahrhundert stehen nach dem Zweiten Weltkrieg geborene Politikerinnen und Politiker in der Verantwortung für den Gang der Ereignisse in ihren Ländern und in der Welt. Sie sollten sich an den 1945 und 1946 begründeten völkerrechtlichen Grundsätzen orientieren und daran wirken, alle internationalen Streitfragen ausschließlich politisch lösen.

• Winfried Steffen

Das Urteil von Nürnberg



Diese Postkarte aus der Hamburger Sammlung wurde 1925 von der Leipziger Arbeiter-Esperantogruppe verbreitet. Vielleicht kommt es ja auch in Leipzig einmal zu einer Ausstellung politischer Postkarten aus der Hamburger Sammlung. Wer Informationen zu dem Sammelthema hat oder mit eigenen Objekten dazu beitragen kann, E-Mail-Adresse: info@proletcard.info.

Außergewöhnliche Postkarten-Sammlung

So mancher Besucher des jüngst in Berlin veranstalteten Willi-Münzenberg-Kongresses staunte nicht schlecht über die ausgestellten vier Tafeln mit postalischen Ansichtskarten der Internationalen Arbeiterhilfe aus den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

Was hier zu sehen war, war nur ein kleiner Ausschnitt aus einer seit Jahren zusammengetragenen Sammlung von Ansichtskarten der besonderen Art – der der politischen Postkarte der Arbeiterbewegung. Sie entstand und wird weiter ausgebaut im Rahmen der in Hamburg ansässigen Willi-Bredel-Gesellschaft. Was hier bisher unter Leitung des Projektverantwortlichen René Senenko gesammelt und aufbereitet wurde, ist wahrlich bemerkenswert. Über 300 Ansichten aus vie-

len Ländern umfasst die Sammlung gegenwärtig, viele von ihnen sind auf der Homepage im Internet zu sehen und sollen künftig auf weiteren Ausstellungen gezeigt werden.

Mit dem Projekt haben sich die Macher die Aufgabe gestellt, eine repräsentative Auswahl von Postkarten der 1920er und 30er Jahre aus allen Regionen der Erde zu versammeln, die gegen Kriegsgefahr, gegen Kapital und Faschismus gerichtet waren. Bleibt zu hoffen, dass die Macher diesen sich selbst gestellten Auftrag, erfüllen können. Es wäre nicht zuletzt ein bedeutender Baustein zur Bewahrung der politischen Kultur der internationalen Arbeiterbewegung.

• esch

Im Stadtteil Altona gab es den Bürgerentscheid »Platz zum Wohnen«. Zur Wahl stand die Frage: »Sind Sie für den Bau von Wohnungen auf dem Parkplatz der Zeise-Hallen und für eine entsprechende Änderung des Bebauungsplans Ottensen 49, d.h. für eine Ausweisung des Parkplatzes als allgemeines Wohngebiet?« Anders die Frage der Bezirksversammlung an den Wähler: »Sind Sie dafür, dass durch das Bauvorhaben Zeise II im Stadtteil Ottensen rund 850 Arbeitsplätze für den Bezirk Altona entstehen?«

Wahlberechtigt waren 198 979 Personen. Nach Auszählung sprachen sich 74,53 Prozent für den Vorschlag der Bürgerinitiative aus. Die Vorlage der Bezirksversammlung scheiterte. Damit ist die Vorlage des Bürgerbegehrens angenommen. Im Nebel derzeit die Lösung, da bereits ein Baubescheid vom Bezirksamt für ein Bürogebäude vorliegt. Hintergrund: Es war die SPD, die den Bau des Gebäudes für einen Werbekonzern förderte. Im Wohnquartier Ottensen wurden um die Jahrhundertwende medizinische Gläser hergestellt. Wegen der oft lungenkranken Glasbläser hieß dieser Stadtbezirk einmal Mottenburg. In der Schiffsschraubenfabrik Zeise wurden bis zu ihrem Konkurs im Jahr 1979 Schiffspropeller gegossen. Danach hatte in den Räumen der Firma das bekannte Hamburger Filmbüro seinen Sitz, bis es vor 20 Jahren an die Wand gefahren wurde. Verbleibender kultureller Rest aus diesen Zeiten: das Zeise-Kino.

In diesen Tagen wurde auch bekannt, was die Elbphilharmonie jährlich für den Betrieb benötigt. Es sind 13 Millionen Euro im Jahr,

ohne dass eine Aufführung stattgefunden hat. Mit der Fertigstellung der neuen Musikhalle wird im Februar 2017 gerechnet. Dann sollten auch die Kosten des Umbaus des Kaispeicher bekannt sein. Böse Zungen gehen von über einer Milliarde Euro an Um- und Neubaukosten aus. Der »Ole von Beust-Musiktempel« sollte einmal, so hat Ex-CDU-Bürgermeister v. Beust dafür geworben, nur 70 Millionen Euro kosten, die Sponsoren allein aufbringen. Nun muss die Hamburger Steuerkasse, damit der Traum Realität wird, das Geld locker machen. Ob der Musiktempel nach seiner Eröffnung »Ole« usw. heißt, darüber wird noch gestritten.

Eine andere Baustelle ist die mit dem Land Schleswig-Holstein betriebene HSH-Nordbank. Die bei-

Hamburger Korrespondenz

Bürgerentscheid / Bankgeschäfte / Elbphilharmonie / Olympia

Straßenplakate werden debattiert und (manchmal) auch verändert. Fotos: Walloch

den Eigentümer, die mit dem Zusammenlegen ihrer Landesbanken das große Rad im Finanzgeschäft drehen wollten, werden mit einem Minus enden. Inzwischen gibt es mit der Europäischen Union im Beihilfverfahren eine Einigung. Mit dem Verkauf von acht Milliarden Euro Schrottkrediten soll die Bank gerettet werden. Davon übernehmen die Eigentümer bis zu 6,2 Milliarden, zwei Milliarden sollen auf dem freien Markt verkauft werden. Wenn sich dafür jemand findet?

Mit der Bewerbung für die Olympischen Spiele im Jahr 2024 kommen neue Probleme auf das Bundesland zu. Wohl trommeln SPD, Grüne, CDU und FDP für ein »Ja« der Bürger. Im Parlament der Hansestadt ist das in der Regel

anders. Einzig DIE LINKE hat sich klar gegen das Spektakel ausgesprochen, fordert stattdessen Mittel für Sportstätten in der Stadt.

Geblendet vom künftigen Olympia-Gold, wenn auch erst 2024 in der Region Hamburg, hat auch die hiesige Stadtreinigung ihren olympischen »Stimmenfang« zu bringen. So werden Busse und U-Bahnen sowie die S-Bahn werbewirksam mit »Feuer und Flamme« um den Olympiastimmenkampf aufgerüstet. Zur späten Stunde am 29. November werden wir es wissen, ob Hamburgs Steuer-Euro-Millionen ausgereicht haben, dass die Stadt am Endspurt um Olympia im Jahre 2024 teilnimmt.

Mein »NEIN« für habe ich bereits in die Post gegeben.

• Karl-H. Walloch

In memoriam

Prof. Dr. sc. oec. Joachim Tesch



Am 1. November ist unser Vereinsfreund Prof. Dr. sc. oec. Joachim Tesch im Alter von 82 Jahren verstorben.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen verliert einen ihrer langjährigsten und verdienstvollsten Mitstreiter. Als stellvertretender Vorstandsvorsitzender hat sich Joachim Tesch viele Jahre mit Erfolg für die Geschicke unserer Stiftung engagiert. Seiner Moderation des Wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitskreises verdanken wir gewichtige Wortmeldungen im sozialpolitischen und globalisierungskritischen Diskurs der Linken. Veröffentlichungen zur politischen Bildung und Leipziger Baugeschichte tragen seine redaktionelle Handschrift und künden von enormer Kompetenz

und erstrebenswerter verlegerischer Sorgfalt.

Wir werden Joachim Tesch ein ehrendes Andenken bewahren und bezeugen seinen Angehörigen unser tiefempfundenes Beileid

Prof. Dr. Ernstgert Kalbe



Nach schwerer Krankheit ist unser Vereinsfreund Prof. Dr. sc. phil. Ernstgert Kalbe am 7. November 2015 im Alter von 84 Jahren verstorben.

Ernstgert Kalbe gehörte zu jenen Gelehrten, die das wissenschaftliche Leben und die politische Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen viele Jahre außerordentlich geprägt und bereichert haben. Mit dem Arbeitskreis Osteuropa und den Leipziger Jahrbüchern »Osteuropa in Tradition und Wandel« hatten er und seine Freunde wichtige Diskussionsforen geschaffen, die weit über Sachsen hinaus Aufmerksamkeit und Interesse fanden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen hat einen langjährigen und verdienstvollen Mitstreiter verloren. Wir bezeugen seinen Angehörigen unser tiefempfundenes Beileid und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Prof. Dr. Peter Porsch,
Vorsitzender der Stiftung

Stefanie Götze
Geschäftsführerin

Prof. Dr. Manfred Neuhaus
Vors. d. Wissenschaftlichen Beirates

Zeit schmerzlicher Berufsverbote

Wende an der Universität Rostock 1989 bis 1992

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern führte auf Anregung von Prof. Dr. Wolfgang Methling in diesem Jahr ein bemerkenswertes Kolloquium zur Rostocker Universitätsgeschichte 1989-1992 durch. Der Vereinsvorsitzende Prof. Dr. Werner Pade erinnerte bei der Eröffnung daran, dass bereits im Mai 1991 zur Zeit seines 25. Dienstjubiläums feststand, dass er ein halbes Jahr später seine Tätigkeit als Lateinamerikawissenschaftler an der Universität beenden muss, was de facto einem Berufsverbot auf Lebenszeit gleichkam.

Rektor Prof. Dr. Wolfgang Schareck würdigte in seinem Grußwort die Zeit des Mauerfalls und der damit verbundenen politischen Wende als den erhabensten und glücklichsten Moment der deutschen Demokratiegeschichte. Daneben sei es »natürlich auch eine Zeit von sehr schmerzlichen Berufsverböten« gewesen. Prof. Dr. Gerhard Maeß, Rektor in der Zeit der politischen Wende, sah seinen Hauptauftrag darin, den Prozess der politischen Erneuerung der Universität auf den Weg zu bringen. Die Parteileitung der SED, über Jahrzehnte eine Art Schattenregierung, verschwand.

Die Sektion Marxismus-Leninismus löste sich auf. An ihre Stelle traten Institute für Philosophie, Soziologie, Ökonomie und Kommunalpolitik. Über die Löschung des Ehrennamens »Wilhelm Pieck« wurde entschieden und eine Rehabilitationskommission eingesetzt. Der Behauptung des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, dass die Forschungslandschaft im

Osten einer Wüste gleiche, setzte Maeß entgegen, dass es in manchen Wüsten auch Oasen gäbe. Rostock sei so eine. Alsbald wurde Maeß Senator in der Max-Planck-Gesellschaft, was insgesamt 14 Neugründungen von Instituten, darunter eines Institut Français, in Mecklenburg-Vorpommern erleichterte. Maeß sparte nicht mit Kritik an der Art und Weise des Einigungsprozesses. Angesichts der in der DDR niedrigen Reallöhne und der niedrigen Ersparnisse hätte anstelle der Abwertung eine Aufwertung der DDR-Mark erfolgen müssen. Ebenso vermisste er einen Reparationsausgleich zugunsten der DDR-Bürger. Nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages hätte als Beitrag zur internationalen Entspannung die NATO aufgelöst werden müssen.

Weitere einführende Beiträge hielten Prof. Dr. Wolfgang Methling über die Arbeit der Ehren-, Überleitungs- und Übernahmekommissionen und Dr. Sybille Bachmann über die Personalentwicklung. Typisch für das Wirken dieser Kommissionen sei gewesen, dass sie das grundsätzliche Rechtsstaatsprinzip der Unschuldsvermutung in eine »Schuldvermutung« verwandelten. Urteile und Empfehlungen standen oft schon vorher fest. »Schwarze Listen« sollen eine Rolle gespielt haben. Acht Natur- und Gesellschafts-Wissenschaftler kamen in vorbereiteten Diskussionsbeiträgen und 14 in spontanen Diskussionsbeiträgen zu Wort. Lediglich die Theologie fehlte.

Dem Geschäftsführer der RLS MV, Dr. Michael Herms, gebührt Dank und Anerkennung, als

Erster ein so schwieriges Thema in Angriff genommen und »Abbrüche, Umbrüche und Aufbrüche« für die weitere Erforschung der Rostocker Universitätsgeschichte fruchtbar gemacht zu haben.

• **Siegfried Prokop**

Personalabbau in Zahlen

- Übernahme von 1564 Mitarbeitern bis zum 3.10.1992
164 Professoren
450 wissenschaftliche Mitarbeiter
950 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter
- Kündigungen knapp 700 im Jahr 1992 insgesamt 1100
- von den 1989 tätigen 575 Hochschullehrern wurden lediglich 75 Professoren und 102 Dozenten übernommen. Wegfall von 1544 Mittelbaustellen bis 1992
- am 31.12.1991 gab es 3122 Beschäftigte (ohne Medizin)
- am 31.12.1993 gab es 1957 Beschäftigte (ohne Medizin)

Quelle Uni-Rostock

Geschäftspapiere, Broschüren, Flyer, Plakate und vieles mehr.
Von der Beratung über Konzept, Gestaltung, Druck bis zur Auslieferung bleibt

Alles in unseren Händen.



Ralf Fiebelkorn

gepr. Bilanzbuchhalter und Mediengestalter,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig
Tel.: 0341/4808275,
mail: fiebelkorn@leipzig-neue.de

Hans-Jürgen Berg

graphic - publishing - photodesign,
Oststraße 39, 04420 Markranstädt
Tel.: 034205/18010, mail:
bergpr1@gmx.de

*Zu Deinem
88. Geburtstag
am 25. Oktober
wünschen wir Dir,
liebe Genossin
Annelies Körnich,
nachträglich alles
erdenklich Gute.*



*Gleichzeitig danken wir
für Dein jahrelanges Wirken
bei der Entwicklung einer
immer stärker werdenden Partei.
Deine Genossen und Mitstreiter
der BO 114/1 der Partei DIE LINKE.*

*Genossin
Christel
Blume-
Benzler*



*begeht am
26. November ihren
90. Geburtstag.*

*Die Mitglieder des OV Con-
newitz/Dölitz der LINKEN
gratulieren herzlich.*

*Sie danken für ihre jahr-
zehntelange Arbeit und
wünschen ihr für die kom-
menden Jahre alles Gute,
Gesundheit und Schaffens-
kraft.*

**Stadteilzentrum
Messeamagistrale**

Leipzig, Str. des 18. Oktober 10a

3.12., 15 Uhr: *Vorweihnacht-
liches und Besinnliches*

Lesung mit Hans-Georg Türk.

10.11., 19 Uhr: *Chorkon-*

*zert, Kammerchor Volks-
sing-akademie »Vom Him-
mel hoch, oh Englein
kommt«*

*16.12., 14.30 Uhr: Singen
für und mit Alt und Jung
zur Weihnachtszeit*

*17.12., 15 Uhr: Weihnachts-
feier der Volkssolidaritäts-
gruppe 406*

*19.12., 10.30 Uhr: Kinder-
weihnachtsfeier mit Über-
raschungen und dem
Weihnachtsmann.*

**JETZT AM KIOSK!
MELODIE UND RHYTHMUS**

AUSGABE SEPTEMBER/OKTOBER 2015

**SCHWERPUNKT:
DDR-MUSIKEN, WAS BLEIBT.**

- Reinhold Andert berichtet, warum die Ost-Mugge die Zeiten überdauern wird
- Von unten gewachsen: Der Oktoberklub wäre im nächsten Jahr 50 geworden
- Über den kulturhistorischen Wert der Musik in der DDR: Dirk Zöllner, Veronika Fischer, Bernd Begemann, Uschi Brünig, Joe Raschke u.a.

AUSGABE ONLINE BESTELLEN!
WWW.MELODIEUNDRHYTHMUS.COM



Buchhandlung Rijap

Neu bei uns

**Landolf Scherzer
Der Rote**
Aufbau Verlag, 19,95 Euro

**Ulrich Borchert
Bunte DDR**
Bilder aus einem lebendigen Land
Neues Leben, 24,99 Euro

Wolfgang Kohlhaase und Günter Agde (Hrsg)
**Um die Ecke in die Welt
Über Filme und Freunde**
Neues Leben, 14,99 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch
in Leipzig ab 20 Euro frei Haus.
In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto.

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
Tel./ Fax: 0341 - 5 90 60 74
Email: wall@buchhandlung-rijap.de
Internet: www.buchhandlung-rijap.de



In Leipzig finden Sie uns in der
Filiale Mockau Center
04357 Mockauer Str. 123
Filiale Wallmann
04155 Georg-Schumann-Str. 52

Wir gratulieren!



Johanna Blazek
feierte am 3. Oktober ihren 84. Geburtstag.
Gerhard Behr und **Edmund Schulz**
wurden am 1. bzw. am 9. November
85. bzw. 82. Jahre.
Im Dezember feiert
am ersten Weihnachtstag
Christa Pohl
ihren 85. Geburtstag,
einen Tag danach
Christel Falke
ihren 80.
Am Silvestertag wird
Eva Bauch 81 Jahre.

Die Genossinnen und Genossen
der Basisgruppe Lößnig der Partei Die LINKE.

Rosa Luxemburg

Tel.: 0341-9608531

Fax: 0341-2125877

Leipzig, 24.11., Dienstag, 18 Uhr
PHILOSOPHISCHE DIENSTAGSGESELLSCHAFT: *Fitness und Wellness – ethische Leitwerte heute?* Mit PD Dr. Peter Fischer (Leipzig)

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dresden, 24.11., Dienstag, 18 Uhr
REIHE: JUNGE ROSA *Bullenwagen klauen und Adorno zitieren – Die Linke zwischen Theorie und Praxis.* Mit Boris Krumnow WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Leipzig, 25.11., Mittwoch, 19 Uhr
Vortrag und Diskussion: *Wehrhafte Opfer – Frauen der Westsahara im Widerstand.* Mit Ananna Dkhil Bani und Regina Dietzold. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dresden, 25.11., Mittwoch 19 Uhr
Podiumsdiskussion: *Von Macht und Mächtschaften der geheimen Dienste und der Rüstungslobbyisten. Mr. und Mrs. Aufklärung sprechen darüber.* Mit den MdB Martina Renner, Katja Kipping und Jan van Aken WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21

Leipzig, 26.11., Donnerstag, 18.30 Uhr
ROSA L. IN GRÜNAU: Vortrag und Diskussion: *Angst vor einer »Islamisierung« Europas?* Mit Florian Illerhaus, Religionswissenschaftler, (Leipzig)
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Leipzig, 26.11., Donnerstag, 19 Uhr
Vortrag und Diskussion: *Verbrechen Liebe. Beziehungen zwischen polnischen Zwangsarbeitern und deutschen Frauen.* Mit Thomas Muggenthaler, Journalist und Autor Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Leipzig, 26.11., Donnerstag, 19 Uhr
MARXEXPEDITION 2015: *Krisen und soziale Bewegungen. Eine „Care Revolution“ als Antwort auf die Krise der (Re-)produktion?* Mit Gabriele Winkler
HSG, Hörsaal 4, Universitätsstraße 3

Leipzig, 26.11., Donnerstag, 18 Uhr
ROSA-LUXEMBURG-SEMINAR: *Heldenverehrung und theoretische Distanz nach 1945. Die »Tauwetterperiode« und der inkonsequente Bruch mit dem Stalinismus.* Mit Dr. Elke Reuter (Berlin)

Bibliothek der RLS, Harkortstraße 10

Dresden, 2.12., Mittwoch, 19 Uhr
Podiumsdiskussion: *Stimmungsmache, Hetze, Drohung – Wie Rechte soziale Medien nutzen, um die Gesellschaft zu verändern.* Moderation: Peter Stawowy (Flurfunk Dresden). Den Veranstaltungsort finden Sie in Kürze unter: www.sachsen.rosalux.de

Leipzig, 8.12., Dienstag, 18 Uhr
Seminar zur politischen Kommunikation: *Sexus – Gender – Genus in ihrem Verhältnis in der Sprache und im Gespräch.* Mit Prof. Dr. Peter Porsch und Dr. Ruth Geier.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Leipzig, 11.12., Freitag, 19 Uhr
REIHE MARXEXPEDITION 2015: *Krisen und soziale Bewegungen. Rückkehr des Islamismus im arabischen Winter.* Mit Ismail Küpeli.
HSG, Hörsaal 8, Universitätsstraße 3

Leipzig, 15.12., Dienstag, 19 Uhr
REIHE MARXEXPEDITION 2015: *Krisen und soziale Bewegungen. Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft: Die Linke in der Krise.* Mit Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft (Berlin)
Uni Leipzig, Raum wird noch bekanntgegeben

Leipzig, 17.12., Donnerstag, 18 Uhr
Jour Fixe – Ein unkonventioneller Gesprächskreis. *Zur Besetzung der Uni Leipzig vor 25 Jahren.* Mit Peer Pasternack
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10
Die Veranstaltungen sind öffentlich

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.

Sprechstunden:
jeden vierten Mittwoch,
16 bis 17 Uhr,
im Stadtteilzentrum
Messemagistrale,
Str. des 18. Oktober 10a.

Bach-Museum

Leipzig, Thomaskirchhof 15/16

So 06.12., 15 Uhr: Aus dem Notenbüchlein für Anna Magdalena Bach und weihnachtliche Gesänge. Konzert im Sommersaal. Mit Alexandra Röseler, Moderation, Sopran und Cembalo Thomaner-anwärter und ehemalige Mitglieder des Thomanerchores.
Fr 18.12., 15 Uhr: Bach in Leipzig Führung



Gohliser Schlösschen

Leipzig, Menckestr. 23

21.11., 19.30 Uhr: Teil III der Trilogie »Dinner for 3«. Die Schauspielerin Antje Poser widmet den drei großen Chanson-Ikonen Edith Piaf, Hildgard Knef und Frank Sinatra anlässlich ihres runden Geburtstages in drei Programmen außergewöhnliche Festtagsständchen.



Frank Sinatra, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre, steht im Zentrum des dritten Teils der Trilogie.
Eintritt: 15 / 12,50 Euro

Lieber Egon Groschopp, zu Deinem 94. Geburtstag
wünschen wir Dir alles erdenklich Gute.



In schwierigen Zeiten hast Du den Glauben an unsere gerechte Sache nicht verloren. Wir sind stolz auf Dich.

Die Genossinnen und Genossen Deiner BO Leutzsch der Partei DIE LINKE.

Lieber Hans-Georg Brandner, zu Deinem

80. Geburtstag

am 28. November übermitteln wir Dir die herzlichsten und besten Wünsche, auch für Deine Familie. Wir danken für Dein jahrzehntelanges Wirken für unsere Partei. Der Vorstand des SBV Altwest und Deine BO Leutzsch der Partei DIE LINKE.



Museum für Druckkunst

Leipzig, Nonnenstraße 38

Bis 10.1.16: PRINT WORKS – Grafikdesign zur Leipziger Messe. Leipzigs lange Tradition als Messestadt geht auf das Jahr 1165 zurück. Eins der ersten grafische Erscheinungsbilder ist das 1917 eingeführte Doppel-M. Die Ausstellung zeigt eine Auswahl an Plakaten, Büchern und anderen Drucksachen, als Reproduktion oder im Original, zu den Leipziger Messen.

Alte Börse

Leipzig, Naschmarkt 2

11.12., 19 Uhr: Weihnachtliches Gospelkonzert. Gospel Changes Leipzig.
13.12., 18 Uhr: Weihnachtskonzert. Modem Voices Leipzig e.V.
19.12., 15 Uhr: Veniredemptor gentium. Weihnachtskonzert Leipziger Kammerchor e.V.

Haus des Buches

Leipzig, Gerichtsweg 28

23.11., 19.30 Uhr, Literaturcafé des Verbands deutscher Schriftsteller (VS) in ver.di: *Migration und Integration.* Die VS-Kandidaten-Werkstatt am Literaturhaus stellt neue Texte zum Thema vor. Regine Möbius im Gespräch mit Autoren.

LEIPZIGS NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
Fax: 03212 / 11 80 370
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de

Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840
IBAN: DE60 8605 5592 1150 1148 40

Sprechzeiten: nach Vereinbarung (Tel. / mail)

Redaktion:

Kurt Schneider, Roman Stelzig, Helmut Ulrich,
Michael Zock (V.i.S.d.P.)

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,
Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Druck:

Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss

dieser Ausgabe: 16. November 2015

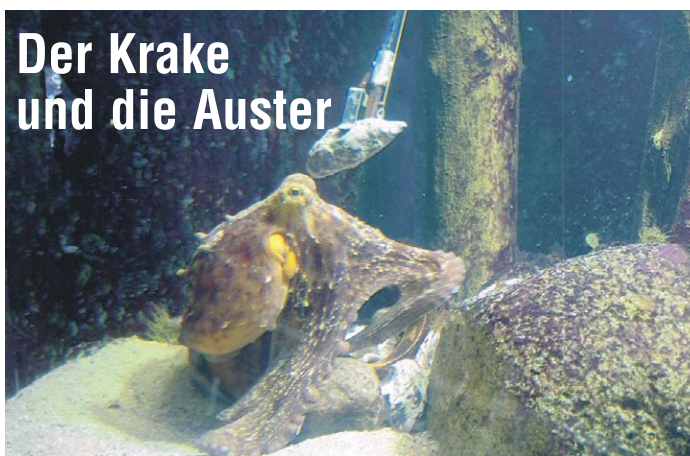
quer gedacht von Eva Lenn

Unser täglich Brot

Neulich zeigte mir die Nachbarin ihre neu gekaufte Kaninchen. »Sind sie nicht niedlich? Für die Tochter, die wird sich freuen, wenn sie aus der Schule kommt. ... und wenn Sie altes Brot haben – ehe Sie es wegwerfen – das knabbern die besonders gern.« Ich wurde verlegen, »Tja, ich hab' so was nicht – ich werfe überhaupt keine Lebensmittel weg.«

Die Frau blickte mich entgeistert an: »Was, Sie werfen keine Lebensmittel weg?« Das verschlug mir die Sprache. Offensichtlich gibt es eine größere Gruppe von Menschen, für die es zur selbstverständlichen Lebensweise gehört, Nahrungsmittel wegzuzwerfen – so wie man es gewohnt ist Müll wegzuzwerfen.

»Brot ist heilig«, stammelte ich, »das wirft man nicht weg – hat meine Oma gesagt – man kann es ditschen, einweichen – und in der Hungerszeit, im Krieg, und vor allem nach dem Krieg – da war uns jedes Stückchen Brot heilig«. Die Frau setzte ein verständnisvolles Gesicht auf: »Naja, wenn man religiös ist – und im Krieg, natürlich – doch diese Zeiten sind zum Glück schon lange vorbei.« Und sie blickte ein wenig herablassend auf mich, zuckte mit der rechten Schulter und drehte sich weg. »Nein, nein, das ist es nicht!«, wollte ich fast schreien, doch sie war schon im Haus verschwunden. »Nein« rief ich ihr lautlos hinterher, »nicht Religion noch Hunger sind der Grund dafür, dass Brot uns heilig ist, sondern weil Brot – der Inbegriff von Nahrung überhaupt – unsere Lebensgrundlage ist, die die Natur uns gibt, aus der wir selber hervorgegangen sind!«



Kurz vor der Verspeisung der »Französin«

Foto: Boldt

Nein, es folgt keine Fabel von La Fontaine, obwohl diese kleine Geschichte, die hier erzählt wird, auch mit Frankreich zu tun hat.

Es war am letzten Maientag in Nancy. Die Hauptstadt Lothringens war unsere letzte Station einer Studienreise durch die Ile-de-France und das übliche Abschiedessen fand im »Excelsior« statt, einem Nobelrestaurant, das seine Gäste im Vorraum mit einem Angebot an Schalentieren aller Art »begrüßt«. Hier kann sich, wer Appetit auf Austern, Krebse oder einen Hummer hat, auswählen, was er dann serviert bekommt.

Unsere Gruppe hatte gespeist und beim Verlassen des Restaurants kam mir beim Anblick der Meeresfrüchte eine Idee. Ich ließ den jungen Franzosen hinter der maritimen Theke fragen, wie lange sich wohl eine Auster hält. Zehn Tage bei sachgemäßer Lagerung, war die Antwort. Also wollte ich eine kaufen. Der junge Mann war verunsichert, denn wir kamen vom Essen, warum sollte man da eine Auster kaufen. Und dann nur eine? Also ließ er den Restaurantchef

kommen, der wissen wollte, warum ich eine Auster kaufen wollte. Ich antwortete, das Schalentier sei für den Kraken im Leipziger Zoo. Und da ich nicht informiert war, dass der aktuelle Krake Baileys heißt, sagte ich, die Auster sei für »Amarretto«. Das war Baileys Vorgänger. Man sah den beiden Franzosen an, dass sie eine solche Antwort nicht in ihren kühnsten Träumen erwartet hätten. Und auch die Reisegruppe, die das Geschehen verfolgte, war belustigt.

Jedenfalls wurde ein schönes Exemplar in eine Box verpackt, und als ich zahlen wollte, winkte der Restaurantchef ab. Es sei ein Geschenk für den Leipziger Kraken.

Aber dann begann der schwierigste Teil des Unternehmens, die Kostbarkeit ohne Kühlschrank durch eine Nacht und am nächsten Tag per Bus nach Mannheim und weiter mit der Bahn nach Leipzig zu bringen. In Leipzig bekam sie sofort ihre Kühlung und damit das Tierchen nicht auf den Gedanken kam, sich zu öffnen, verschloss ich die Schalenränder mit Wäscheklammern. Leider habe ich davon kein Foto, aber es belustigte Rolf Dudeck, den Reviertierpfleger im Zoo-Aquarium, der regelrecht verliebt in seine Kraken ist, schon, als ich die zugeklammerte Auster aus den Kühlpadis holte. Jedenfalls schwenkte er das Schalentier mit dem Ruf: »Das ist eine Französin« und machte mir die Freude, Baileys Lieblingsspeise sofort zu servieren. Das Foto schickte ich auch an den Restaurantchef des »Excelsior« nach Nancy, als Beweis an einen einmaligen Austernverkaufsschmaus. • Gisela Boldt

Es wird einfach nicht ruhiger bei der Leipziger Internetfirma »Unister«. Gesellschafter streiten sich, die Presse berichtet von schlechten Zahlen. Währenddessen werden Mitarbeiter entlassen und berichten nichts Gutes aus der Firma.

Kreuzer im Oktober 2015

Nach Angaben der Leipziger Stadtverwaltung würden vor allem im Jugendamt dringend neue Mitarbeiter gesucht, da die Zahl minderjähriger Flüchtlinge, die allein nach Deutschland kommen hoch, sei. Derzeit leben knapp 300 minderjährige Flüchtlinge ohne Eltern in Leipzig.

MDR-Video-Text am 2. November

Die deutsche Industrie hat die Große Koalition zu geschlossenem Handeln in der Flüchtlingskrise aufgefordert und zugleich vor zu großen Erwartungen gewarnt. »Diese Situation wird

lange dauern und eine gewaltige Kraftanstrengung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft« sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, gestern in Berlin auf einer Tagung vor 1200 Gästen, im Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

LVZ am 4. November



Umfragedesaster der CDU: »Bei unter 30 Prozent ist die Kanzlerin weg«, glaubt der Bonner Parteienforscher Tilman Mayer. Sie halte sich bislang im Amt, weil es keine Alternative gebe. Wenn aber die Entwicklung um die Flüchtlinge weiter katastrophale Züge annehme, würde die CDU nach einer anderen Lösung suchen.

T-online news am 10. November

»Erst macht Nikotin Krebs, dann Alkohol und jetzt auch noch die Wurst ...«

Kabarett im ZDF am 10. November

Mitte dieses Jahrhunderts werden rund zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben – Wand an Wand wohnen und schlafen, sich eng aneinander gedrängt durch den Alltag bewegen, dicht an dicht Luft atmen –, was ihnen das Leben nicht unbedingt erleichtert.

DAS MAGAZIN im November

»Smombie« ist das Jugendwort des Jahres 2015. »Smombie« ist aus den Wörtern Smartphone und Zombie zusammengesetzt und beschreibt jemanden, der auf sein Smartphone statt auf die Straße schaut.

Agenturen am 13. November

Entdeckt von Siegfried Kahl



WEISHEITEN
von Reinhard Lochner

Natürlich gibt es auch in Deutschland gewisse Mängel, doch welches andere Land kann sich rühmen, ganze Heerscharen von Kleininquisitoren hervorgebracht zu haben.

Um Zeitungen herzustellen, werden ganze Wälder abgeholzt, damit wir über das Abholzen der Wälder von den Zeitungen informiert werden können.

